

Grünberger Wochenblatt.

Ersteinstägliche.
Monatlicher Bezugspreis: Aus der Geschäftsstelle
oder den Ausgabestellen abgeholt 1.50 RM. (wöchentlich
1 Pf.) ins Haus gebracht 1.75 RM.
Durch die Post bezogen kostet das Wochenblatt monatlich
1.50 RM.; durch den Briefträger ins Haus gebracht
1.35 RM.

Zeitung für Stadt und Land.

Anzeigenpreis: Die einseitige 30 Millimeter breite
Zeile kostet 20 Pf. — Die Reklamezeile (30 Millimeter
breit) kostet 80 Pf. Fernsprecher: Nr. 2 101 und 102
Postfach-Konto Breslau 123 47.
Bank-Konten: Dresdner Bank, Deutsche Bank und
Disconto-Gesellschaft, Stadt-Sparasse, Kreis-Sparasse
sämtlich in Grünberg in Schlesien.

Das Arbeitsprogramm des Reichskabinetts.

Bericht über Genf — Winterhilfe — Arbeitsbeschaffung — Siedlung. — Am Donnerstag Rundfunkrede des Reichskanzlers. — Eine Lösung der preussischen Frage vor Januar 1933 nicht zu erwarten.

Diese Woche wird noch eine Reihe wichtiger politischer Beratungen und Ereignisse bringen. Wie jetzt feststeht, tritt das Reichskabinett am Mittwoch zusammen, nachdem voraussichtlich am heutigen Dienstag der Reichsaussenminister dem Reichspräsidenten über das Ergebnis von Genf Bericht erstattet hat. Auch im Kabinett wird hierüber natürlich gesprochen werden. Außerdem sind ja eine Reihe anderer wichtiger Punkte aktuell und man kann wohl annehmen, daß sie den Gegenstand der nächsten Kabinettsberatungen bilden. Dazu gehört z. B. die Winterhilfe, die gestern auch den Haushaltsausschuß beschäftigt hat. Ob sie sich in dieser Form durchführen läßt, ist allerdings eine noch offene Frage. So wie sie vom Haushaltsausschuß beschlossen worden ist, würde sie etwa 400 Millionen RM. kosten. Natürlich hat das Reichskabinett sich auch sehr ernst mit der Frage zu beschäftigen, wie die Finanzierung zu ermöglichen ist.

Am Mittwoch wird das Kabinett sich vor allem auch mit der Abgrenzung des Aufgabengebietes des neuen Reichskommisars für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, befassen. Wie bereits bekannt geworden ist, ist nicht beabsichtigt, einen neuen Apparat aufzustellen. Die Arbeit der Tätigkeit Dr. Gerekes ist vielmehr so gedacht, daß er Ideen und Richtlinien für die Arbeitsbeschaffung liefert, und daß die zuständigen Ressorts sich mit ihren besonderen Aufgaben in diese Richtlinien einfügen. Damit wird ohne besonderen Neuaufwand eine gewisse zentrale Einheitlichkeit in der Arbeitsbeschaffung gewährleistet. Sachlich gehören zu diesem Gebiet vor allem auch die Fragen der Siedlung. Für dieses Problem hat Reichskanzler von Schleicher immer ein besonderes Interesse bewahrt. Es ist deshalb anzunehmen, daß die künftige Behandlung der Siedlung sehr stark unter seinen persönlichen Einfluß gestellt werden wird. Weiter gehören zu den nächsten Aufgaben des Reichskabinetts noch die Widerungen, die für die jetzt geltenden Verordnungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit beabsichtigt sind.

Zu den Höhepunkten in der politischen Entwicklung dieser Woche gehört weiter die Rundfunkrede des Reichskanzlers am Donnerstag. Sie findet von 7.30 bis 8 Uhr abends statt. Der Kanzler wird sich natürlich über die ganzen wesentlichen Grundzüge des Programms seiner Regierung verbreiten. Am Donnerstag findet außerdem noch die Reichsrats-Sitzung statt, in der die vom Reichstag beschlossene Amnestie behandelt werden soll. Wie bereits früher gemeldet, herrscht in politischen Kreisen die Meinung vor, daß der Reichsrat diese Vorlage nicht passieren lassen wird.

Für Freitag ist der Auswärtige Ausschuß einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Berichterstattung des Reichsaussenministers, Freiherrn von Neurath, über die außenpoli-

tische Lage, und zwar besonders über die Abrüstung und über die Fünfmächtebesprechung. Aus diesem ganzen Programm ergibt sich, daß die laufende Woche noch nichts von der Weihnachtstruhe verspüren läßt, die in früheren Jahren schon verhältnismäßig früh einzutreten pflegte. Im Gegenteil sind die politischen Arbeiten noch immer im vollen Gange.

In einer Frage wird die Entwicklung sich allerdings vor Weihnachten nicht mehr sehr vorwärts bringen lassen, nämlich in der Wahl des preussischen Ministerpräsidenten. Nachdem die beiden nationalsozialistischen Parlamentspräsidenten von Reich und Preußen gestern beim Reichspräsidenten gewesen sind, nimmt man in unterrichteten Kreisen nicht an, daß es zu dieser Wahl noch in diesen Wochen kommt. Auch das Zentrum ist offenbar nicht gewillt, die Dinge zu

überstürzen, nachdem der ihm besonders genehme Kandidat für den Ministerpräsidentenposten, Gregor Strasser, nicht mehr in Frage kommt. Unter diesen Umständen wird eine Lösung der preussischen Frage keinesfalls vor Januar erwartet. Aber auch für den Anfang des nächsten Jahres ist sie zunächst noch problematisch. Denn sie ist nicht möglich ohne Berücksichtigung der Verhältnisse im Reich. Eine Wiederherstellung des Dualismus Reich-Preußen kommt überhaupt nicht in Frage. Deshalb, so glaubt man allgemein, kommt ein neuer preussischer Ministerpräsident nur in Frage, wenn er gleichzeitig Mitglied des Reichskabinetts werden würde. Darüber ist aber bisher eine Verständigung mit den Nationalsozialisten noch nicht erzielt oder auch nur für die nächste Zukunft sichtbar geworden.

Eine aufsehenerregende Festnahme im Haus Doorn.

Anschlag auf das Leben des früheren Kaisers geplant?

In Haus Doorn, der Besitzung des ehemaligen Deutschen Kaisers, kam es gestern zu einem aufsehenerregenden Vorfall, bei dem vermutlich ein Anschlag auf das Leben des Kaisers geplant war.

Am Laufe des Nachmittags überstieg ein unbekannter Mann an einer einsamen Stelle die Haus Doorn umgebende Mauer, ohne daß jemand ihn dabei bemerkte. Später wurde der Eindringling jedoch von mehreren Dienern in einem der Räume des Schlosses entdeckt, überwältigt und der Polizei übergeben. Es stellte sich heraus, daß er einen Revolver, mehrere Kaliber sowie einen großen Dolch bei sich führte. Der Festgenommene ist deutscher Staatsangehöriger. Er verweigert hartnäckig Auskunft über seine Personallisten sowie über den Zweck seines auffälligen Treibens. Es ist jedoch bereits festgestellt worden, daß er sich seit vergangener Sonnabend in Doorn aufhält.

Es ist bisher noch nicht aufgeklärt, ob es sich bei dem vermutlichen Anschlag auf den vormaligen Deutschen Kaiser um ein planmäßig vorbereitetes Attentat oder um die Tat eines Unzurechnungsfähigen handelt, oder ob man es mit einem bloßen Einbruchsvorfall zu tun hat, bei dem sich der Täter

bewaffnete, um einer Festnahme gewaltsamen Widerstand entgegenzusetzen zu können.

Allerdings spricht der Umstand, daß der unbekannte Eindringling sich schon vor mehreren Tagen in Doorn aufgehalten hat in der offensichtlichen Absicht, die örtlichen Verhältnisse genau kennen zu lernen, zu einer günstigen Gelegenheit einen Durchbruch zu erzwingen. Bei der auszuführenden, mehr als eine planmäßige Vorbereitung. Bedenklich muiet auch an, daß der Eindringling bis in ein Turmzimmer gelangte, das sich ganz in der Nähe des Arbeitszimmers des vormaligen Kaisers befindet, ehe er entdeckt und überwältigt werden konnte.

Da Doorn verhältnismäßig klein ist und nur der Charakter eines Dorfes hat, besitzt der Ort kein Gefängnis, so daß der Verhaftete die Nacht im Gemeindehaus zubringen mußte. Die genaue Untersuchung des bisher noch ungeklärten Vorfalles wird Dienstag früh einfeilen.

Der Zwischenfall auf Haus Doorn wird mit einem anderen merkwürdigen Vorfall in Zusammenhang gebracht, der sich bereits am Sonntag ereignete.

Als am Sonntag ein Kraftwagen durch das Auentor der Besitzung des früheren Kaisers, an dem sich stets zwei holländische Gendarmen aufzuhalten pflegen, hindurch fuhr, gelang es einem fremden Mann, hinter dem Automobil unbemerkt durch das Tor zu schlüpfen und so in den dahinter liegenden Park zu gelangen. Er konnte auf diese Weise bis in die Vorhalle des Schlosses vordringen. Dort wurde er jedoch angehalten. Er erklärte darauf, daß er den ehemaligen Deutschen Kaiser sprechen müsse. Da man ihn aber für einen Geisteskranken ansah, wurde er der Polizei übergeben. Als diese jedoch den Häftling, der deutsch sprach und augenscheinlich ein deutscher Staatsangehöriger war, nach einiger Zeit auf freien Fuß setzte, erklärte er, daß er bald wieder zurückkehren werde. Diese Ankündigung, die man anfangs nicht allzu ernst aufnahm, ist wahrscheinlich von dem Manne jetzt verwirklicht worden.

Die Nachricht von dem Attentatsversuch (?) auf den vormaligen Deutschen Kaiser scheint in der ganzen Welt wie eine Bombe eingeschlagen zu haben. Ununterbrochen wurde das Telefonamt von Doorn gestern in den späten Abendstunden und heute in den ersten Nachstunden von den verschiedensten Plätzen Europas, u. a. auch aus Deutschland, angerufen. Es konnte aber nur ganz selten eine Verbindung mit dem gewünschten Anruf hergestellt, da die Bewohner des Ortes Doorn sehr früh zu Bett zu gehen pflegen und auf telefonische Anrufe nicht mehr reagieren. Auch Haus Doorn, der Mittelpunkt der telefonischen Erfundigungsversuche, gab keine Antwort.

Berlin, 13. November. Die Generalverwaltung des vormaligen regierenden preussischen Königshauses teilt dem BZV. zu dem Vorfall im Haus Doorn folgendes mit:

„Am gestrigen Montag, dem 12. Dezember, wurde von einem Bediensteten von Haus Doorn am hellen Nachmittag innerhalb des Parks unmittelbar vor dem Haus ein fremder Mann beobachtet. Der Diener hielt ihn an und fragte ihn, wie er in den Park gekommen sei und was er wolle. Der Eindringling sagte, er sei über die Umzäunung in den Park gekommen und wolle zu dem Kaiser. Der Diener brachte ihn auf die im Vorgebäude von Haus Doorn stationierte holländische Wache. Dort fand man bei dem Mann, der ein Deutscher ist, einen Revolver und einen Dolch. Er erklärt, daß er sich durch den Revolver durch Lustschüsse habe bemerkbar

Beschlüsse des Reichstags-Haushaltsausschusses zur Winterhilfe.

Die Mittel fehlen noch.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde gestern nach längerer Debatte die vom Sozialpolitischen Ausschuß vorgeschlagene Entschließung zur Winterhilfe mit einigen Änderungen angenommen. Die Entschließung ersucht die Reichsregierung, „alsbald durchgreifende Maßnahmen zu treffen, durch die den großen Massen der notleidenden Bevölkerung eine angemessene Weihnacht- und Winterbeihilfe gewährt wird, und dabei folgende Forderungen zu berücksichtigen:

1. Für den Winter 1932/33 wird für alle Arten Empfänger von öffentlichen Unterstützungen und Renten (Arbeitslose, Sozialrentner, Empfänger von Kurzarbeiter-Unterstützungen, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte und sonstige Hilfsbedürftige) eine zusätzliche Winterhilfe geschaffen. Ihre Durchführung wird den Gemeinden (Gemeindeverbänden) übertragen.

2. Die Winterhilfe besteht in unentgeltlicher Belieferung mit solchen Naturalien (zum Beispiel Brot, Kohlen, Heizungsstoffe), mit denen je nach den örtlichen Verhältnissen der Notlage am besten gesteuert werden kann. Sie darf nicht zu einer Verminderung der Geldunterstützung führen.

3a (eingefügt auf sozialdemokratischen Antrag): In den Monaten Dezember bis April sind für jeden unterstützungsberechtigten Haushalt zu liefern: 2 Kilogramm Brot wöchentlich, 2 Zentner Kohlen, 1/2 Kilogramm Fleisch wöchentlich. Diese Mengen sind bei einem Haushalt von mehr als drei Köpfen entsprechend höher, bei ledigen entsprechend niedriger zu bemessen.

3. Die Mittel für die Durchführung der Winterhilfe, von der auch die Kleinstehenden nicht ausgeschlossen werden dürfen, stellt das Reich den Gemeinden (Gemeindeverbänden) zur Verfügung.

4. Diese Reichsmittel dürfen für andere Zwecke der

Wohlfahrtspflege weder vom Reich verrechnet noch von den Gemeinden verwandt werden.

Annahme fand weiter der nationalsozialistische Antrag, den Landwirten, dem gewerblichen Mittelstand und dem Kohlenbergbau die Möglichkeit zu geben, rückständige Steuern abzulassen durch Naturallieferungen für diese Hilfsaktion.

Schließlich wurde mit Mehrheit eine vom Zentrum eingebrachte Entschließung angenommen, in der die Reichsregierung ersucht wird, in einem Zweimonatsprogramm in eine praktische Winterhilfe einzutreten, und zwar soll die Reichsregierung die von ihr vorzunehmende Arbeitsbeschaffung beschleunigen und die Sicherstellung der Gemeinden für die Leistungen der Wohlfahrtsverbände gewährleisten. Da diese Maßnahmen, so fährt die angenommene Entschließung fort, nicht hinreichen, der schweren Notlage des Winters zu steuern, hat die Reichsregierung Mittel zur Verfügung zu stellen, die nach den Richtlinien des Sozialpolitischen Ausschusses gemäß der Entschließung vom 10. Dezember 1932 zu verwenden sind. Dem Haushaltsausschuß ist baldigt zu berichten.

Der Haushaltsausschuß wird zu seiner nächsten Sitzung Dienstag nachmittag zusammentreten. Auf der Tagesordnung stehen Anträge, die sich mit den Notverordnungen vom 14. Juni und vom 5. September beschäftigen. Der Reichsfinanzminister ist gebeten worden, dem Ausschuß in einer besonderen Erklärung u. a. Mitteilungen über den Reichs-etat für 1933 zu machen. Voraussichtlich wird der Haushaltsausschuß des Reichstages seinen vorweihnachtlichen Tagungs-Abschnitt am Mittwoch abschließen können.

Da der Reichsfinanzminister erklärt hat, daß der als Paragraph 2a in die Entschließung des Haushaltsausschusses aufgenommene Antrag der Sozialdemokraten die finanziellen Kräfte des Reiches weit übersteigen, ist mit seiner Durchführung nicht zu rechnen.

machen wollen, falls er dem Kaiser im Park begegnet wäre. Den Dolch habe er bei sich geführt, um gegebenenfalls einen Dolchstoß niederstrecken zu können. Der Mann ist in Gessow bei Berlin gefasst worden. Er macht einen heftig nicht normalen Eindruck.

Dort, 13. September. Der gestern im Haus Doorn festgenommene Eindringling hat der Polizei mitgeteilt, daß er Feder heisse und aus Dormagen (Rheinprovinz) komme; sein Alter hat er mit 33 Jahren angegeben. Der Mann war gut gekleidet und macht äußerlich keinen ungünstigen Eindruck.

Wie zu dem Vorfall noch aus der Umgebung des ehemaligen Kaisers verlautet, soll Feder bei seinem ersten Erscheinen innerhalb der Festung des ehemaligen Kaisers am Sonntag erklärt haben, daß er „eine Botenschaft von Hitler“ überbringen wolle. Man hielt ihn jedoch nicht für zurechnungsfähig und ließ ihn durch die Polizei entfernen, die ihn nach kurzer Zeit auf freien Fuß setzte.

Göring und Kerrl beim Reichspräsidenten.

Besprechung der Frage Reich-Preußen.

Berlin, 12. Dezember. Der Reichspräsident empfing heute in Gegenwart des Reichskanzlers von Schleicher den Reichspräsidenten Göring und den Reichspräsidenten Kerrl zu einer Besprechung über die weitere Behandlung der Frage Reich-Preußen.

Die SPD. ergänzend erfahren, ist die Initiative zu dieser Besprechung von Reichspräsident Göring und Reichspräsident Kerrl ausgegangen. Ueber den sachlichen Inhalt der Aussprache ist Vertraulichkeit vereinbart worden, so daß an den unterrichteten Stellen Einzelheiten nicht zu erfahren sind.

Für Kürzung der Spitzengehälter.

SPD. Antrag im Reichstag.

Die Sozialdemokraten haben im Reichstag ein Initiativgesetz über die Kürzung der hohen Gehälter und Pensionen eingebracht. Danach dürfen alle Gehälter in der öffentlichen Verwaltung, bei öffentlichen Unternehmungen, bei Unternehmungen, an denen öffentliche Körperschaften beteiligt sind oder die aus öffentlichen Mitteln gestützt werden, oder wenn sie Steuererlass und Steuererstattung für mehr als drei Monate in Anspruch nehmen, die Höchstgrenze von 12.000 RM. nicht überschreiten. Die unteren und mittleren Gehälter sollen bei der Neufestsetzung nicht verändert werden. Als Pensionshöchstgrenze wird bei den gleichen Unternehmungen 6000 RM. gefordert.

Der Konflikt im Hauptauschuß des Landtages.

Der Hauptauschuß des Preussischen Landtages nahm Montag nachmittag seine Arbeiten wieder auf, um eine Reihe wirtschaftlicher Anträge zu beraten. Die beiden deutsch-nationalen Mitglieder waren nicht erschienen. Bekanntlich hatte der nationalsozialistische Abg. Hinkler als Vorsitzender des Ausschusses am 23. November in von den Angegriffenen als beleidigend empfundenen Form den deutsch-nationalen Mitgliedern falsche Berichterstattung über die Vorgänge im Ausschusse vorgelesen.

Wie das Nachrichtenbüro der SPD. deutsch-nationaler Seite hört, ist bisher eine Entschuldigung nicht erfolgt, eine Teilnahme an den Sitzungen des Hauptauschusses sei daher den Deutsch-nationalen zur Zeit nicht möglich.

Zu Beginn der Sitzung gab der Vorsitzende Abg. Hinkler (Nat.-Soz.) den deutsch-nationalen Protest gegen sein Verhalten den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis. Es wurde beschlossen, die vorliegenden Anträge der deutsch-nationalen Fraktion im Ausschusse solange nicht zu verhandeln, als die deutsch-nationalen Vertreter dem Ausschusse fernbleiben.

Annahme fand ein nationalsozialistischer Antrag, der das Staatsministerium ersucht, auf die Reichsregierung einzurwirken, daß bei Zwangsvollstreckungen in das unbewegliche Vermögen von Arbeitern, städtischem und ländlichem Mittelstand die in den Paragraphen 5 und 7 der Notverordnung vom 14. Juni 1932 für die einstweilige Einstellung der Zwangsversteigerung vorgegebene Frist auf anderthalb Jahre festgesetzt werde und daß bei Zwangsvollstreckungen in das zugehörige bewegliche Inventar eines Grundstückes von Arbeitern, städtischem und ländlichem Mittelstand sinngemäß die Vorschriften des Paragraphen 5 der Notverordnung vom 14. Juni 1932 in der so abgeänderten Form in Anwendung gebracht würden.

Angenommen wurde auch ein nationalsozialistischer Antrag, der im Interesse der Kleinfischer des westdeutschen Kanals- und Fischgebietes eine Reihe von Maßnahmen zur Durchführung vorschlägt. In abgeänderter Fassung stimmte der Ausschuss einem kommunalistischen Antrag zu, worin das Staatsministerium ersucht wird, für die Rheinfischer Maßnahmen zu treffen.

Weiter fand ein nationalsozialistischer Antrag Annahme, worin das Staatsministerium ersucht wird, sofort geeignete Schritte bei den Behörden zu unternehmen, damit zur Verbesserung der Arbeitslage der freiwilligen Arbeitsdienstes vornehmlich nur Klein- und Mittelbetriebe aus Handwerk, Gewerbe und Einzelhandel sowie Genossenschaften zugelassen werden.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags

Am Freitag vormittag einberufen worden, um einen Bericht des Reichsaussenministers über die letzten außenpolitischen Ereignisse, namentlich über die Genfer Verhandlungen, entgegenzunehmen und dazu Stellung zu nehmen.

Verwaltungsratsitzung der VSB.

Basel, 12. Dezember. Die ordentliche Monatsitzung des Verwaltungsrates der VSB. begann heute vormittag 10 Uhr unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Dr. Meißner. Deutscherseits war ferner Reichsbankpräsident Dr. Lohse bei der Sitzung anwesend. Zur Beratung standen nur geschäftliche Angelegenheiten.

Die Blättermeldung, daß die Federal Reserve Bank in New York die Rückzahlung ihres Anteils von 21,5 Millionen Dollar an dem der Reichsbank gewährten Kredit von 86 Millionen Dollar zum 4. März 1933 verlangt, wird von unterrichteter Seite dementiert. Der Kredit läuft am 4. März 1933 ab. Es ist zu erwarten, daß die vier beteiligten Banken zu diesem Termin eine weitere Amortisation verlangen werden.

Die nächste Sitzung des Verwaltungsrates findet am 16. Januar 1933 statt.

Die Aussichten der Abrüstungskonferenz.

Auswirkungen der Gleichberechtigung Deutschlands. — Pressestimmen zum Genfer Ergebnis.

An ausländischer Berliner Stelle werden die Perspektiven, die sich aus der Genfer Einigung für den weiteren Gang der Abrüstungskonferenz ergeben, folgendermaßen beurteilt:

Die Forderung, wie wir im Sommer mit unserem Abzug von der Konferenz durchsehen wollten, ist gestern 100prozentig erfüllt worden. Damit ist eine wichtige Position gewonnen. Die Gegenseite hat erkannt, daß Abrüstungsverhandlungen mit Erfolg nicht ohne Deutschland geführt werden können.

Immerhin bleibt der Kampf weiter problematisch. Man weiß, wie gering der Abrüstungswille der anderen ist; in deutschen Kreisen gibt man sich deshalb auch keinen Illusionen hin. Unser Ziel ist nicht die Aufrüstung, sondern die Abrüstung, denn einen Rüstungswettlauf muß Deutschland schon aus finanziellen Gründen zu vermeiden suchen. Das ist angesichts unserer wirtschaftlichen, unserer Staatlage und unserer privaten Verschuldung selbstverständlich. Diese Abwärtswende des Rüstungsstandes durch Abrüsten zu erreichen, ist die Aufgabe, mit der die deutsche Delegation im Januar nächsten Jahres wieder in die Konferenz hineingehen wird. Sie hat durch die Gleichberechtigung ein Druckmittel in der Hand. Das aus der Konferenz noch kritische Momente kommen, ergibt sich aus der ganzen Situation von selbst. Aber wir würden dann selbstverständlich die Konsequenzen wie im Juli ziehen, wenn der zu erwartende materielle Inhalt der Konvention, die bei alldem Verlauf vielleicht im Frühjahr ausstehen könnte, nicht unseren Forderungen entspricht.

Die Situation für uns liegt jetzt, nachdem die Gleichberechtigung erreicht ist, ähnlich wie beim Vertrag von Lausanne über die Reparationen. Es wäre denkbar, daß dieser Vertrag daran scheitert, daß der eine oder andere Staat ihn nicht ratifiziert; dann würde nicht eine Rückkehr zum Young-Plan erfolgen, sondern es wäre nur eine neue Konferenz möglich. Ebenso würde bei einem Scheitern der Abrüstungskonferenz nicht der Vertrag von Versailles wieder in Wirksamkeit treten, sondern wir haben vielmehr auf der Basis der Gleichberechtigung alle Hände frei. Diese Lage ist auch deshalb gegeben, weil der Reichsaussenminister jeden Versuch, das künftige Konferenzergebnis einzuschränken, abgewehrt hat. Inzwischen wird durch die vereinbarte Zusammenarbeit der fünf Hauptmächte versucht werden, die Konferenz vorwärts zu bringen. Deutschland hatte im Sommer verschiedene solcher Besprechungen angeregt. Bisher sind sie aber nur von den anderen Hauptmächten abgehalten worden. Die Gleichberechtigung hat uns jetzt aber vollkommen eingeschaltet.

Schließlich muß noch gegenüber einer falschen Auslegung des Punktes 4 der gestrigen Erklärung darauf hingewiesen werden, daß wir auch keine irgendwie gearteten Verpflichtungen für die vorläufige Konvention übernommen haben. Der Punkt 4 ist gerade von unserem Standpunkt

aus ein großer Erfolg, weil in ihm die Abrüstung der anderen als Ziel der ganzen Verhandlungen noch einmal unterstrichen wird. Was dann noch die Sicherheitsfrage anlangt, so wird Deutschland nicht nur weiter seine These vertreten, daß die Sicherheit durch Abrüstung herbeigeführt werden muß, sondern es wird selbst unter diesem Titel eine Reihe von Forderungen anmelden. In diesem Zusammenhang versteht es sich von selbst, daß ein neuer Pakt über die Nichtanwendung von Gewalt für einen Staat, der abgerüstet hat, von großem Wert ist. Zusammenfassend ist festzustellen, daß unsere Position auch im Falle eines Scheiterns der Abrüstungskonferenz durch die Genfer Vereinbarung wesentlich stärker geworden ist, denn bei einer Wiederaufnahme der Verhandlungen würden wir nicht erst mehr um die Gleichberechtigung zu kämpfen haben. Sie ist vielmehr die fest selbstverständliche Basis.

Genf, 19. Dezember. Das Büro der Abrüstungskonferenz, an dessen Sitzung seit Juli wieder ein deutscher Vertreter teilnahm, hat heute beschlossen, dem Hauptauschuß eine Entschließung vorzuschlagen, in der das Ergebnis der Fünf-Mächte-Konferenz begrüßt und die Bereitschaft zu einer wirksamen Durchführung der Konferenzarbeiten ausgesprochen werden soll. Die nächste Sitzung des Büros soll am 23. Januar, die nächste Sitzung des Hauptauschusses am 31. Januar stattfinden.

Die „Völkische Zeitung“ sagt, jetzt beginne ein neuer Start der Abrüstungskonferenz. Es werde die Aufgabe des deutschen Delegierten sein, die Regierungen immer wieder an die Einlösung des Versprechens zu erinnern, das sie den Völkern mit der Einberufung der Konferenz gegeben hätten. — Der „Vorwärts“ nennt das Ergebnis der Fünf-Mächte-Konferenz eine Verminderung der internationalen Spannungen, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich. — Der „Börsencourier“ spricht von einer Schlacht, die der europäischen Friede gewonnen habe. — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ warnt davor, aus der Genfer Formel einen „Sieg“ der deutschen Politik und den Anbruch der Freiheit für unsere Nation zu machen. Das sei reiner Selbstbetrug oder Schlimmeres. Was von Neurath nach Hause bringe, sei ein Wechsel auf die Zukunft. — Die „Deutsche Tageszeitung“ sieht in der Einigungsformel zwar einige neue Anlauf- und Ausgangspunkte für unsere Abrüstungspolitik auf der Konferenz, die unseren Gegnern eine klare Verantwortung auferlegte, aber die entscheidenden Streitfragen seien ungelöst geblieben. — Der „Angriff“ spricht von einem „faulen Kompromiß“. Das Blatt nennt die Vereinbarungen nach manchen Richtungen hin sehr bedenklich. Man sei Deutschland äußerlich und in den juristischen Formulierungen etwas entgegengekommen, weil sich in der Tat herausgestellt habe, daß sich ohne Mitwirkung Deutschlands in der ganzen Abrüstungskonferenz praktisch überhaupt nichts erzielen lasse.

Die DMB. zum Genfer Fünf-Mächte-Abkommen.

In einem Kommentar zu dem Genfer Fünf-Mächte-Abkommen wenden sich die „Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei“ dagegen, daß die Wiederbeteiligung Deutschlands an der Abrüstungskonferenz ohne den Vorbehalt einer tatsächlichen und nicht nur theoretischen Anerkennung der Gleichberechtigung zugehandelt worden sei. In der Erklärung der fünf Mächte sei, so heißt es dann weiter, ausdrücklich nur gesagt, daß „einer der Grundsätze, die die Konferenz leiten sollen“, die Gleichberechtigung ist, und daß „die Art und Weise der Anwendung dieser Gleichberechtigung“ erst auf der Konferenz selbst „erörtert“ werden soll. Das Versprechen Deutschlands, Streitfragen nicht mit Gewalt zu lösen, könne von den Gegnern in eine Anerkennung des Status quo, ja sogar in ein Bekenntnis zum Mlocarno umgefaßt werden. Wenn zum Schluß von den Mächten erklärt werde, man werde ein „Abkommen“ ausarbeiten, das eine wesentliche „Herabsetzung und eine Begrenzung der Rüstungen herbeiführt“, so sei dies platonische Versprechen nur von geringer Bedeutung.

Gerade hier sei der Zusatz zu vermissen, daß Deutschland abgerüstet habe und daß die Abrüstung der anderen Staaten auf einen der deutschen Rüstung entsprechenden Stand erfolgen müsse. Daraus, daß nach der französischen These die Abrüstung in Etappen erfolgen soll und daß das Recht Deutschlands zur Aufrüstung auf den Stand der anderen Staaten ausdrücklich nicht anerkannt wird, folge die Frage, wie die deutsche Gleichberechtigung praktisch erreicht werden solle. Das Abkommen ergebe auf der einen Seite die Tatsache, daß Deutschland wieder bereit sei, an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, und auf der anderen Seite keinerlei Tatsache, aus der die Hoffnung zu entnehmen wäre, daß Deutschlands Schwächigkeit in absehbarer Zeit ein Ende nehmen wird.

Französischer Ministerrat.

Paris, 12. Dezember. Heute vormittag fand unter Vorsitz des Präsidenten der Republik ein Ministerrat statt, in dem Ministerpräsident Herriot und Kriegsminister Paul-Boncour die Anschläge bekräftigten, die im Laufe des gestrigen Kabinettsrates über die in Genf zustande gekommene Einigung über die Wiederbeteiligung Deutschlands an der Abrüstungskonferenz vorgebracht worden waren. Ministerpräsident Herriot stellte außerdem in großen Zügen die Erklärungen mit, die er heute vor der Kammer über die am 15. Dezember an Amerika zu leistenden Zahlungen und über die dabei zu machenden Vorbehalte abgeben wird.

Der Reichsaussenminister in Berlin eingetroffen.

Berlin, 12. Dezember. Reichsaussenminister Freiherr von Neurath traf heute 15.47 Uhr in Begleitung des Generalen Göpper und des Vortragenden Legationsrates Dr. Ragenberger auf dem Anhalter Bahnhof ein. Zu ihrer Begrüßung hatten sich Staatssekretär von Bülow, Vizekanzler Brüning und Staatssekretär Dr. v. Rheinbaben sowie mehrere andere Herren des Auswärtigen Amtes eingefunden.

Neunzehner-Ausschuß und Mandschurenkonflikt.

Genf, 12. Dezember. Der Neunzehner-Ausschuß der Völkerbundsversammlung beriet heute nachmittag über die Vorschläge für die Regelung des chinesisch-japanischen Konfliktes. Es ergab sich noch keine einheitliche Auffassung über die Grundsätze des weiteren Vorgehens. Ein Redaktionskomitee aus den Vertretern Englands, Frankreichs, Spaniens, der Schweiz und der Tschechoslowakei soll nun nach einer Formel suchen. Einig war man sich nur über die Wichtigkeit der Entschleunigung der Völkerbundsversammlung vom 11. März d. J., deren wichtigste Bestimmung die Nichtanerkennung der unter Verletzung der internationalen

Verträge geschaffenen Tatsachen bildet. Ueber die Einzuziehung Rußlands und der Vereinigten Staaten ist noch nichts beschlossen worden.

Die Berliner Börse

Nach am Montag die Einigung von Genf mit großer Befriedigung auf. Alle Marktgebiete zeigten optimistische Stimmung, die besonders Rentenwerten zugute kam. Da auch das Publikum Kauflust betätigte, konnten überall Kurssteigerungen eintreten, die allerdings nirgends einen sprunghaften Charakter annahmen. Im Verlauf ließ die Lebhaftigkeit des Geschäfts nach, der Grundton der Börse blieb aber bis zum Schluß fest.

Gaspreis-Senkung in Berlin.

Berlin, 13. Dezember. Der Aufsichtsrat der Berliner städtischen Gaswerke A.-G. hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, den Preis für Gewerbe- und Industrie-gas zu senken.

GA-Mann auf der Landstraße tot aufgefunden.

Rehna (Mecklenburg), 12. Dezember. In der Nähe der Ortschaft Röhlsdorf wurde Montag früh ein GA-Mann in Uniform als Leiche aufgefunden. In der Nähe lag ein Revolver. Die Leiche hatte eine Schußwunde in der Schläfe. Die Polizei untersucht, ob der GA-Mann, der aus Sievershagen stammt, das Opfer eines Verbrechens geworden ist oder ob er Selbstmord verübt hat.

Witterungsbeobachtungen vom 12. und 13. Dezember

Stunde	Barometer in mm	Temperatur in °C	Luftfeuchtigkeit in %	Windrichtung u. -stärke 0-12	Bewölkung 0-10	Niederschlag in mm
9 Uhr abends	755,6	- 4,6	91	SO 4	0	—
7 Uhr früh	758,6	- 2,5	88	SO 2	8	—
1 Uhr nachm.	758,7	+ 0,8	75	SO 2	7	—

Niedrigste Temperatur der letzten 24 Stunden: - 4,8.

In unserem Bezirk hat sich eine Frühfrostlage eingestellt. Unter ihrem Einfluß steigen die Temperaturen tagsüber an, während nachts immer noch Fröste auftreten.

Wie wird das Wetter am Mittwoch sein?

Zeitweise auflockernd südlicher Wind, wolfiges, zum Teil föhnig-aufsteigendes Wetter, tagsüber milder, Nachtfrost.

Wasserstand der Oder.

Datum	Flut	Ebbe	Flut	Ebbe	Flut	Ebbe	Flut	Ebbe	Flut	Ebbe
8 Uhr vormittag in Metern	Flut	Ebbe	Flut	Ebbe	Flut	Ebbe	Flut	Ebbe	Flut	Ebbe
11. 12.	0,93	2,10	-0,80	1,65	1,61	-0,68	0,87	0,87	0,74	0,58
12. 12.	0,88	2,14	-0,80	1,54	1,71	-0,72	0,72	0,84	0,71	0,58
13. 12.	0,88	1,96	-0,78	1,44	1,62	-0,71	0,85	0,76	0,69	—

Einweihung der Oderbrücke in Neusalz

in Anwesenheit des Oberpräsidenten von Niederschlesien.

Neusalz und mit ihm der Großkreis Grünberg hatten gestern einen Festtag — die Einweihung der neuen Odebrücke bei Neusalz. Die Gebäude der Kommunalbehörden der Stadt Neusalz waren aus diesem Anlaß in den Reichs-, Staats- und Stadtfarben geflaggt.

Auf die Vorgeschichte der neuen Odebrücke, die mit der Neuanlage der Straße Neusalz-Tschieser 1300 000 RM. kostet und das größte Bauwerk darstellt, was überhaupt bisher in Neusalz von einer öffentlichen Körperschaft in Angriff genommen wurde, einzugehen, erübrigt sich im Rahmen dieses Berichts. Diese Frage sowie die auch für den Laien interessanten technischen Arbeiten werden eingehend von sachmännlicher Seite durch den an der Bauausführung beteiligten Mitinhaber der Firma Beuchelt u. Co., Herrn Dipl.-Ing. Georg Henke-Grünberg, in anschließendem Artikel „Die neue Straßenbrücke über die Oder bei Neusalz“ behandelt. Lediglich zur

Frage der Finanzierung.

Wie im Hinblick auf das Milziger Brückenbau-Projekt besonders interessieren dürfte, sei gesagt, daß sie so vorgenommen wurde, daß die Mitglieder des Zweckverbandes, nämlich der jetzige Großkreis Grünberg und die Stadt Neusalz, keine unmittelbaren Lasten zu tragen haben. Im Interesse der Verzinsung und Amortisation muß aber ein Brückenzoll erhoben werden. Den Grundstock der Finanzierung bildeten 500 000 RM. aus der Dithilfe. 850 000 RM. sind für den Bau der Straße Neusalz-Tschieser, die bisher Eigentum des Preuss. Staats- und Domänenfiskus war, gezahlt worden. Die Provinz Niederschlesien gewährte eine Dithilfe von 180 000 RM.

An den Einweihungsfeierlichkeiten.

Wie um 3 Uhr an der flaggenbesetzten neuen Odebrücke stattfanden, nahmen teil der Oberpräsident der Provinz, Graf Degenfeld, der Provinzial-Regierungspräsident von Bahnte, der Ministerialdirektor Neumann, der Präsident des Landesfinanzamtes Hoffeld, der frühere Landrat des zum Kreise Grünberg geschlagenen Kreises Freystadt, von Treßow, der Festungskommandant von Glogau, Oberst von Winterfeld, Herren des Landratsamtes Grünberg, an der Spitze Assessor Dr. Koch als Vertreter des durch Krankheit verhinderten Landrats von Erdmann, der Strombaudirektor Fabian und andere führende Persönlichkeiten.

Erster Bürgermeister von Neusalz, Dr. Troeger, begrüßte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Zweckverbandes Odebrücke die Gäste und gedachte des Landrats des Großkreises Grünberg, der infolge von Krankheit nicht an der Einweihung dieses Brücke teilnehmen konnte. Landrat Erdmann hatte ein Telegramm geschickt, in dem er darüber sein Bedauern zum Ausdruck brachte.

Oberpräsident Graf Degenfeld sagte in seiner Weiheansprache

u. a., daß es ihm eine besondere Freude sei, bei Gelegenheit der Brücken-Einweihung in einen Teil der Provinz zu kommen, den er bisher noch nicht aus eigener Anschauung gekannt habe. Er gedachte ehrend der Erbauer der alten Odebrücke, die vor 62 Jahren in ebenfalls schwerer Zeit eingeweiht wurde. Nach dem Kriege seien Jahre des Glücks und des Wirtschaftsaufschwunges gekommen. Die heutige Notzeit müsse uns aber zum Bewußtsein bringen, daß wieder weiter aufgebaut werden müsse. Die heute einzuweihende Brücke sei ein Stein am Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Sie verkörpere den ungeborenen und unerschütterlichen Willen zum Bau einer besseren Zukunft. Ausführlich schilderte Graf Degenfeld die Nachteile der alten Brücke und alten Straße, die beide nicht mehr den modernen Verkehrserfordernissen genügten. Die alte Brücke sei bei der Oderschiffahrt ein verhängnisvolles Fahrthindernis gewesen. Das Bestreben von Reich und Staat ginge dahin, den Oderstrom als vollwertigen Verkehrsweg noch mehr auszubauen, um damit der ostdeutschen Wirtschaft zu helfen und Industrie und Handel zu beleben. Die neue Odebrücke sei ein sichtbares Zeichen für diese Bemühungen. Sodann dankte Oberpräsident Degenfeld allen, die an diesem Werke mitgearbeitet haben, besonders dem aus der Stadt Neusalz und dem Kreise Grünberg bestehenden Zweckverband unter Führung des Ersten Bürgermeisters Dr. Troeger, dem Direktor der Städtischen Werke Neusalz, Herrn Treibitz und seinem Stabe, Reich, Staat, Provinz, den am Bau beteiligten Firmen und Arbeitern.

Mit Worten des Dankes enthielt der Oberpräsident den

Gedenkstein

am Eingang der Brücke, der spätere Geschlechter an den ungeborenen Aufbauwillen unserer schweren Zeit erinnern soll. Der Gedenkstein enthält folgende Inschrift:

„Die Stadt Neusalz und der Kreis Freystadt, vereint im Zweckverband Odebrücke, haben mit Unterstützung des Deutschen Reichs diese Brücke in den Jahren 1931/32 errichtet.“ Der Stein zeigt links unten die alte Odebrücke und rechts unten einen Oderschiff mit vollen Segeln.

Mit dem Wunsch, daß der Tag des Wiederaufstiegs unseres Volkes nicht mehr fern sei, durchschnitt Graf Degenfeld das Band, das die Brücke sperrte und gab sie damit offiziell dem Verkehr frei. Während über Neusalz glühend die Sonne unterging, überschritten die Ehrengäste die neue Odebrücke, die geboren ist aus dem ungeborenen Unternehmungswillen deutscher Menschen, aus deutschem Fleiß und hochentwickelter deutscher Technik.

Im Anschluß an die Feier auf der Brücke wurde im Odebrücken-Restaurant ein der Zeit entsprechend einfach gehaltenes

Imbiß

eingenommen. Es ergriff dabei als Vertreter des verhinderten Landrats des Großkreises Grünberg, Assessor Dr. Koch, das Wort, der zunächst dem Oberpräsidenten für den Besuch dankte, den er auch als Besuch des neuen Großkreises aufsuchte. Der Brückenbau, den der Großkreis Grünberg mit aus der Erbmasse des Kreises Freystadt übernommen habe, erschließe altes Grünberger Hinterland. Er werde hoffentlich dazu dienen, daß beide Kreisteile fester ineinanderwachsen. Obwohl durch den Brückenbau in Neusalz der Milziger Brückenbau aufgeschoben werden mußte, weil Neusalz Grünberg 500 000 RM. aus der Dithilfe vor der Nase weggenommen habe, begehe der alte Kreis Grünberg doch in aufrichtiger Freude mit Neusalz diesen Tag. Für

Ministerialdirektor Neumann erwähnte die tatkräftige Arbeit der Stadt Neusalz, die notwendig war, den Bau zu ermöglichen, und würdigte besonders die Verdienste des Oberregierungsrates Theiß um den nördlichen Teil Niederschlesiens. Die neue Brücke sei ein sichtbares Zeichen für den Aufbauwillen der Staatsregierung im Osten und für eine bessere Zeit, der wir alle entgegengehen.

Der Landtagsabgeordnete Simon sprach ebenfalls ausführlich über die Vorarbeiten und räumte erfreulicherweise das Projekt Milzig in den Vordergrund, hoffend, daß dieses Projekt im Interesse der heimischen Industrie und Arbeiterschaft nun mit derselben Tatkraft und Initiative angefaßt würde, wie das Neusalzer. Nachdem nun dieses Werk errichtet worden sei, müßten Neusalz, Freystadt und Grünberg für das neue Projekt gemeinsam kämpfen, damit es im Interesse der so notwendigen Arbeitsbeschaffung sobald wie möglich durchgeführt werde.

Neben Stadtverordnetenvorsteher Brodtmann und Senator Eichberg, der für die am Bau beteiligten Firmen, in erster Linie für unsere heimische Firma Beuchelt u. Co. und die Breslauer Firma Dittmar Wolfsohn u. Co. sprach, ergriff auch der ehemalige Landrat des früheren Kreises Freystadt zu launiger Ansprache das Wort.

Zum Schluß dankte Erster Bürgermeister Dr. Troeger dem Oberpräsidenten und allen Rednern für die Glückwünsche und die gezollte Anerkennung. Er hob dabei in humoristischer Form das sich anspinnende gute Verhältnis der beiden alten Kreisteile hervor und erklärte, daß es zum äußeren Zeichen für dieses gute Einverständnis heute echten Grünberger gebe, der, wie alle wohl festgestellt hätten, qualitativ recht gut sei, wenn er quantitativ in genügenden Mengen vorhanden sei. Redner beendete seine Ausführungen mit einem Hoch auf die Stadt Neusalz, die neue Brücke und den Kreis Grünberg.

Bei völliger Dunkelheit wurden

beide Brücken durch Scheinwerfer angestrahlt.

Viele Neusalzer hatten sich eingefunden, um ihre alte, grane liebgewordene Holzbrücke zum letzten Male zu sehen, die heute Hammer und Axt zum Opfer fallen wird. Daneben leuchtete in jugendlichem, kraftvollen Zuge über den alten das neue Werk, das hoffentlich von langer zu langer Zeit und auf sich und um sich viel eines Lebens werden wird.

Wir Grüner aber geben die Hoffnung nicht auf, daß sich auch bald bei Milzig eine Brücke über die Oder spannen wird, damit zusammen gebracht wird, was zusammen gehört. — G. E.



Die neue Odebrücke bei Neusalz.

die Hilfe von Reich und Staat für dieses Werk, das nicht nur Arbeit, sondern auch Hoffnung gab, sprach Assessor Dr. Koch den besonderen Dank des Kreises aus. Das Werk sei ein Sinnbild zum festen Zusammenhalten.

Die neue Straßenbrücke über die Oder bei Neusalz.

Von Dipl.-Ing. Georg Henke.

Durch die am gestrigen Tage dem Verkehr übergebene neue Odebrücke bei Neusalz wird ein alter Überweg ersetzt, dessen Beseitigung in erster Linie von der Schifffahrt bezeugt wird. Die enge und niedrige Durchfahrt war nicht nur für Schleppzüge gefährlich, sondern auch für einzel-fahrende Fahrzeuge schwierig. Ferner hatte der wegen der verhältnismäßig kurzen Holzbrücke weit zum Strom vorgeschobene Straßendamm eine Einengung des Flußbettes zur Folge, wodurch die Abführung der bei Hochwasser durchfließenden Wassermengen erschwert war und schließlich lag auch der Neubau des gesamten Straßenzuges einschließlich einer neuen Brücke im Interesse des Straßenverkehrs. Die vorliegenden Gründe für einen Neubau waren also im vorliegenden Falle nicht schlechter Bauzustand der alten Brücke, sondern die notwendige Forderung, ein Schifffahrtshindernis zu beseitigen und die Strömungsverhältnisse der Oder zu verbessern.

Diese seit Jahren bestehenden Wünsche fanden erst im Jahre 1931 mit der Vergabe der Bauarbeiten ihre Erfüllung. Zwar waren seit 1928 viele Entwürfe ausgearbeitet worden und auch schon Ausschreibungen der Arbeiten erfolgt, doch mußte die Auftragserteilung mehrmals verschoben werden, da eine Finanzierung nicht möglich war. Diefelbe war endlich im Jahre 1930 gesichert. Bauherr wurde der Zweckverband Odebrücke Neusalz, dem neben Vertretern der Stadt Neusalz und des früheren Kreises Freystadt Vertreter der Strombauverwaltung, der Regierung zu Pless und der staatlichen Forstverwaltung angehören und dessen Vorsitzender der Erste Bürgermeister der Stadt Neusalz ist. Die Bauleitung wurde durch den Direktor der Städtischen Werke in Neusalz, Oberingenieur Treibitz, ausgeübt.

Das gesamte Bauvorhaben besteht aus drei Teilen, nämlich der Herstellung des eigentlichen Brückenbauwerkes, dem Neubau und der hochwasserfreien Höherlegung der beiderseitigen Zufahrtsstraßen von Neusalz bezw. Tschieser zur Brücke und der Regulierung des Vorgebietes einschließlich der Uferbegründungen. Sämtliche genannten Arbeiten wurden in den beiden vergangenen Jahren ausgeführt bis auf die Höherlegung der Straße zwischen der Brücke und Tschieser, die vorläufig zurückgestellt wurde.

Die Brücke hat eine Länge von 306 Meter. Nach Fertigstellung der in Aussicht genommenen Flußregulierung wird jedoch bei gewöhnlichen Wasserständen nur ein Wasserspiegel von rund 90 Meter Breite überbrückt, während bei den höheren Wasserständen das gesamte Durchflußprofil unter der Brücke zur Abführung des Wassers benötigt wird.

Die Mittellösung hat eine Stützweite von 88 Metern, an die sich zu beiden Seiten je eine Öffnung von 48 Metern Stützweite anschließt. Auf der Neusalzer Seite folgen dann 5 kleinere Öffnungen von je 20 Metern, auf der Tschieser Seite ist dagegen lediglich ein 22 Meter langer Aufbau an-

geordnet. Die nutzbare Breite der Brücke beträgt 8 Meter; hiervon entfallen 6 Meter auf die Fahrbahn und je ein Meter auf die beiderseitigen Fußwege.

Im Gegensatz zu den bestehenden Odebrücken wurden in Neusalz die gesamten Ueberbauten nicht aus einheitlichem Baustoff hergestellt. Die drei Mittellösungen erhielten stählerne Tragkonstruktionen. Sie bilden einen über die drei Öffnungen durchgehenden Parallelträger von 6,5 Metern Höhe, der mit seiner horizontalen Linienführung dem Tragwerk ein besonders ruhiges und gefälliges Aussehen gibt. Besonders interessant — nicht nur für den Laien, sondern auch für den Fachmann — war die Montage der großen Mittellösung. Nachdem die beiden seitlichen Öffnungen in üblicher Weise auf festen Unterbauten aufgebaut worden waren, erfolgte der Einbau der 88 Meter weit gespannten Mittellösung von beiden Seiten her als sogenannter Freivorbau. Mittels eines Schwenkranes wurden die einzelnen Teile vom Transportflur emporgehoben und unmittelbar an die schon fertige Konstruktion ohne besondere Unterstützung angebaut. Dieses Verfahren war möglich, weil die drei Öffnungen durch eine durchlaufende Konstruktion, einen sogenannten Gerberträger, überbrückt werden und das Gewicht der in die Mittellösung vortragenden Konstruktionen durch die Seitenöffnungen im Gleichgewicht gehalten wird. Auch im Stadium des weitesten Freivorbau, kurz vor dem Einbau des Mittelstückes, bestand keine Gefahr des Kippens. Die Durchführung einer solchen Montage erfordert natürlich ganz besondere Vorbereitungen. Die einzelnen Vorgänge sind aufs Genauste zu unteruchen, die Spannungen in den einzelnen Stäben müssen für die einzelnen Montagevorgänge errechnet werden, die Durchbiegungen der Knotenpunkte sind zu ermitteln und während des Zusammenbaues müssen die Längenmaße, tatsächlichen Durchbiegungen usw. durch tägliche Messungen laufend nachkontrolliert werden. Eine Freimontage erfordert daher durch die Besonderheit und Schwierigkeit ihrer Ausführung mehr Zeit und erhöhte Aufmerksamkeit als ein normaler Aufbau. Ihr Vorteil besteht im Fortfall der Gerüste und gleichzeitig in der Vermeidung einer sonst sehr hinderlichen Einengung der Schifffahrt. Gerade im vorliegenden Falle wären aber in Anbetracht der besonders schwierigen Durchfuhrsverhältnisse an der alten Holzbrücke Gerüste im Strom sehr unbequem und gefährlich gewesen.

Die gesamten kleinen Ueberbauten wurden als Eisenbetonbrücken gebaut. Ihre Ausführung erfolgte in üblicher Weise auf hölzernen Lehrgerüsten.

Verschieden war auch die Erbauung der Pfeiler und Widerlager. Die beiden Strompfeiler wurden nach dem Druckluftverfahren abgefaßt, während die übrigen Pfeiler und die Widerlager in offenen Baugruben zwischen eisernen Spundwänden auf hölzernen Pfählen gegründet wurden. Die

Senkflächen der Strompfeiler wurden vor der Versenkung durch das Wasser in einem Gerüst aufgehängt. Das stählerne Traggerüst des Senkflächens war nach der Spezialkonstruktion der Firma Deuschel ausgebildet, sein Gewicht nach der Betonierung betrug rund 240 Tonnen, so daß jede Spindel eine Last von rund 40 Tonnen bzw. 800 Zentnern zu tragen hatte. Die Fundamente wurden bis auf ca. 10 Meter unter den mittleren Wasserpiegel herabgeführt, der Luftüberdruck im Inneren des Arbeitsraumes betrug in dieser Tiefe also rund eine Atmosphäre. Die Absenkung wurde programmgemäß und ohne jegliche Zwischenfälle durchgeführt.

Die Fahrbahnabsenkung besteht aus Granitkleinplaster. Die Fußwege der Eisenbetonbrücken wurden in Verbindung mit dem übrigen Tragwerk als Kragkonstruktion ausgebildet und erhielten eine Estrichschicht, während als Fußwege der Stahlüberbauten Eisenbetonplatten verlegt wurden, die das Kunststeinwerk Ringel in Grünberg lieferte. Alle Ueberbauten erhielten ein eisernes Geländer. An der Brüstung des linken Widerlagers ist eine Gedenktafel mit einer Abbildung der alten Holzbrücke und den Jahreszahlen des Neubaus angebracht worden.

Der technische Unterbau der Brückenbauwerke entsprechend erfolgte die feinerzeitige Ausschreibung in drei Losen. Los I enthielt die Eisenbetonöffnungen mit den Fußpfeilern und Widerlagern, Los II die Gründung und Erbauung der beiden Strompfeiler und das Los III die Herstellung der eisernen Ueberbauten der drei Mittelöffnungen einschließlich der Eisenbetonfahrbahnplatte mit der Dichtung und den Fußwegplatten. Die Lose II und III wurden der Firma Deuschel u. Co. in Grünberg in Auftrag gegeben, die die Pfeiler und die Eisenbetonarbeiten der Fahrbahn durch ihre Abteilung Beton- und Tiefbau und die eisernen Ueberbauten durch die Abteilung Brücken- und Stahlbau ausführen ließ, während die Eisenbetonfahrbrücke der Breslauer Firma Dittmar Wolffsohn u. Co. übertragen wurde.

Bei Gelegenheit der Verkehrsübergabe der Oberbrücke bei Neusalz verbindet sich für uns Grünberger die Anteilnahme an der Vollendung dieses Bauwerkes mit der uns besonders wichtigen Frage, ob wohl auch die lang ersehnten Wünsche hinsichtlich einer

Oberbrücke bei Milzig

in Erfüllung gehen werden. Die Entwürfe für eine Brücke an Stelle der Milziger Fähre sind fertig ausgearbeitet. Sie entsprechen insbesondere den Vorschriften der Strombauverwaltung und den Erfordernissen der Schifffahrt und bilden die technische Grundlage, um jederzeit mit dem Bau beginnen zu können. Allein die Finanzierungsschwierigkeiten sind noch zu überwinden. Nachdem die Neusalzer Brücke aus Mitteln der Reichshilfe erbaut werden konnte, ist zuversichtlich

zu hoffen, daß nunmehr auch dem Bau einer Brücke bei Milzig diese Unterstützung zuteil wird. Zudem ist in unserem Kreise in Stadt und Land die Arbeitslosigkeit so entsetzlich groß, daß nur eine großzügige Arbeitsbeschaffung die Belebung des Wirtschaftslebens fördern kann. Eine fühlbare Auswirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung auf den Arbeitsmarkt unserer Gegend konnte bisher leider nicht festgestellt werden. Es wäre daher zu begrüßen, wenn bei der weiteren Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms diesen lokalen Verhältnissen Rechnung getragen würde. Es würde dadurch nicht nur die notwendige Verbindung der Dörfer der östlichen Kreishälfte mit der Stadt Grünberg hergestellt werden, sondern gleichzeitig für lange Zeit vielen Arbeitern Brot und Arbeit gegeben werden und der Kreis Grünberg würde endlich auch praktisch beteiligt sein an der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Beim Brückenbau zu Neusalz beschäftigte Firmen:

Eisenbetonbrücke: Dittmar Wolffsohn u. Co., Breslau.
Strompfeiler und Eisenkonstruktion: Deuschel u. Co., Grünberg.
Geländer-Arbeiten: Schlossermeister Adolf Schürmann, Max Gehardt, Karl Krause, sämtlich in Neusalz.
Eisenlieferung: S. Klenner u. Co., Neusalz.
Pflasterung der Brückenfahrbahn: Fr. Trimler, Freystadt.
Hofkuchenauftrieb der Eisenkonstruktion, Auftrieb des Rollhauses: Karl Bauernmeister, Malermeister, Neusalz.
Umbau des Rollhauses: Gustav Fischer, Tischlermeister, Neusalz.
Rechtsseitige Erdarbeiten (Bau der Durchlässe auf der rechten Oberuferseite, Straßenbefestigung rechts und links Oberufer): Heinrich Krause, Freystadt.
Rechtsseitige Erdarbeiten (Herstellung der prov. Straße auf der rechten Oberuferseite, Herstellung der Furt auf der Straße nach Alte Fähre): Karl Dud, Neusalz.
Bau der Furtbrückenpfeiler in Beton: Ewald Grundke, Neusalz.
Bau der linksseitigen Durchlässe: Winkler u. Co., Neusalz.
Arbeitsleistungen für prov. Straße, links Oberufer (Pflasterung, Kies- und Steinfahren pp.): Johann Barnitzke, Steinlegemeister, Eugen Thomauske, A. Brodmann u. Co., Friedrich Weber, Otto Eisert, Paul Reinsch, Paul Schneider, sämtlich in Neusalz.
Linksseitige Erdarbeiten (Bohrungen, Herstellung von Polygonalsteinen): Zweckverband Oberbrücke Neusalz, Regie-Arbeit.

Eugenberg über das Kabinett von Papen.

Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Eugenberg, beschäftigt sich in einem Aufsatz im „Tag“ mit der Entwicklung, den Leistungen und den Fehlern des Präsidialkabinetts Papen. Die Deutschnationale Volkspartei habe, so führt Dr. Eugenberg aus, für die Zusammenfassung und die Fäden des Kabinetts eine Verantwortung getragen. Sie habe aber nicht etwa von vornherein kritisiert, sondern bewußt den Kurs der Regierung Papen auch dann gestützt, wenn es vom parteipolitischen Standpunkte aus schwer tragbar erschienen sei. Das sei wegen der Ruhmestadt des Kabinetts Papen geschehen, die in der Verschlagung des Dualismus zwischen Reich und Preußen und in dem erfolgreichen Kampf gegen das schwarz-rote Regiment in Preußen bestünde. Nicht verständlich sei der Zweck des Philosophierens über allerlei Verfassungsfragen gewesen. Das Volk wolle Arbeit und Brot haben. Das Schicksal des Kabinetts Papen habe davon abgehangen, ob es den brennenden wirtschaftlichen Aufgaben zu Liebe ging und dabei Erfolg hatte. Was vom Kabinett Papen wirtschaftlich gemacht sei, sei nicht große Politik, sondern Kampf zwischen den Ressorts gewesen.

Der Gesamttritt des Kabinetts Papen habe bedeutet, daß Papen die Schuld für das Scheitern der wirtschaftlichen Aufgaben auf sich genommen habe und damit sich selbst und vielleicht auch den Gedanken des Präsidialkabinetts aufgegeben habe. Das Kabinett sei aber in seiner Uneinigkeit im wesentlichen bestehen geblieben.

„Manchester Guardian“ über Schleicher.

London, 12. Dezember. Unter der Überschrift „Schleicher in Aktion“ schreibt „Manchester Guardian“: General von Schleicher beginnt seine Amtszeit mit einem wahren Erfolg. Der General ist ein gewiegter Taktiker, der sowohl weiß, wann er handeln und wann er zur Seite treten muß. Der Erfolg an der Spitze eines „Blok rekonstruierter“ Papen-Kabinetts ist nach Ansicht des Blattes in gewissem Maße der Verschiedenheit der Persönlichkeit und Art zuzuschreiben. Schleicher scheint einzusehen, daß das Volk hauptsächlich Arbeit und Ruhe wünsche. Das Blatt meint, daß der Reichskanzler auch auf dem auswärtigen Gebiete vorsichtig sein werde und schließlich: Deutschland wird in seiner Forderung nach Gleichberechtigung nicht nachlassen, ob es von Schleicher oder einem anderen regiert wird.

Ernennung Dr. Martius' zum Gesandten in Niga.

Berlin, 12. Dezember. Der Reichspräsident hat den Vortragenden Legationsrat im Auswärtigen Amt, Dr. Martius, zum Gesandten in Niga ernannt.

Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion.

Genf, 12. Dezember. Durch einen heute bewirkten Notenaustausch zwischen Litwinow und dem chinesischen Delegierten Dr. Yen sind die normalen diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und China wiederhergestellt worden. Diese Maßnahmen entspringen, wie in den Noten erklärt wird, dem Wunsch beider Regierungen, im Interesse des Friedens die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern.

Zur Wiederherstellung der diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China übergab Volkskommissar Litwinow der Presse eine Erklärung, in der gesagt wird, daß die Politik der Sowjetunion die Aufrechterhaltung normaler Beziehungen mit allen Staaten gebiete und den Abbruch von Beziehungen nicht als ein angemessenes Mittel zur Regelung internationaler Fragen betrachte. Nach einem Hinweis auf die große Sympathie, die die Sowjetunion für China und seine Gleichberechtigungsbestrebungen habe, wird in der Erklärung zum Schluß betont, daß die Sowjetunion durch keinerlei geheime politische Kombinationen und Abmachungen gebunden sei und daß infolgedessen die Verbesserung ihrer Beziehungen mit einem Lande nicht die Verschlechterung ihrer Beziehungen zu einem anderen bedeute.

Die „Reinigungs“-Aktion Sowjetrußlands.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hat, wie bereits kurz gemeldet, angeordnet, daß im Laufe des Jahres 1933 eine sog. „Reinigungsaktion“ durchgeführt wird. Weiterhin wird vom 11. Dezember ab eine Aufnahmeperrone sowohl für die Mitglieder als auch die Parteiamtler für das Gesamtgebiet der Sowjetunion in Stadt und Land verhängt.

Derartige Parteisäuberungen haben wiederholt stattgefunden. Richtungsgebend für die Art ihrer Durchführung war die allgemeine „Reinigungsaktion“, die unter Lenin im Jahre 1921 vorgenommen wurde. In den Jahren 1922 bis 1928 fand eine laufende Überprüfung des Personalbestandes der Partei durch Kontrollkommissionen statt. Rund 260 000 Personen schieden in diesen Jahren aus der Partei aus. Im November 1928 beschloß das Zentralkomitee eine neue „General-Reinigungsaktion“, von der besonders die Anhänger der Trotski-Opposition erfasst werden sollten. Die Durchführung dieser Säuberungsaktion, die bis zum Jahre 1930 anhielt, und auf Grund der Richtlinien der Parteikonferenz vom April 1929 erfolgte, traf praktisch besonders die Rechtsopposition, die inzwischen zu einer neuen Gefahr angewachsen war.

Die neuangekündigte Generalsäuberung soll wiederum oppositionelle Einflüsse zurückdrängen und durch hartes disklinarisches Durchgreifen den Gehorsam der Parteimassen gegenüber der obersten Führung sichern.

Moskau, 12. Dezember. Zur bevorstehenden Generalsäuberung der Kommunistischen Partei verweist die „Pravda“ heute auf den ukrainischen Bezirk Dschow, wo die verbrecherische und verräterische Tätigkeit leitender Personen der Bezirksverwaltung aufgedeckt wurde, die den Parteiorganen aus dem Dorf Beskowny gab, den Plan der Getreideanfuhrung nicht durchzuführen. Die „Pravda“ fordert, daß eingeschritten werde und verlangt ferner ein allgemeines Vorgehen gegen die Kommunisten, die leistungsfähig Staatsgelder verausgaben, den Beamtenapparat aufblähten, den Bürokratismus förderten und Augenblende betrieben.

In der Roten Armee werden im Dezember und im Januar alle Parteiorgane neu gewählt. Auch im Lande sind Neuwahlen innerhalb der Partei vorgesehen. Ein starker Personalabbau dürfte bevorstehen.

Reichshaushaltsplan ohne Reserven!

Die Kassennot der Länder und Gemeinden.

Die Reichsregierung hat dem Reichstag in einer amtlichen Darstellung einen Ueberblick über die finanzielle Lage und die Gestaltung des Haushaltsplans für 1932 gegeben. Darin wird u. a. gesagt:

Die Erfahrungen des vergangenen Jahres haben gezeigt, daß es unter den jetzigen Verhältnissen unmöglich ist, einen Haushaltsplan für ein ganzes Jahr im voraus als dauernd ausgeglichene Haushaltsplan aufstellen zu können. Durch die Einwirkungen der Krise auf das Wirtschaftsleben und ihre Zurückwirkungen von hier aus auf die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben wird der Haushaltsplan fortwährend so in Mitleidenhaft gezogen, daß es immer wieder neuer Maßnahmen bedarf, um den einmal vorhandenen Ausgleich auch wirklich aufrecht zu erhalten. Das hat in den letzten beiden vergangenen Jahren nicht nur Deutschland erfahren müssen, sondern ebenso auch alle übrigen Länder. Bei einer solchen Lage wäre es verfehlt, wenn erklärt werden würde, daß es sich bei dem vorliegenden Haushaltsplan um einen dauerhaft ausgeglichenen Haushalt handle. Es kann vielmehr lediglich davon ausgegangen werden, daß sich die Regierung bemüht hat, die erkennbaren Gefahrenpunkte für das Durchhalten des Etats nach Möglichkeit auszuweichen. Sie ist sich klar darüber, daß trotzdem noch starke Gefahrenpunkte im Haushaltsplan vorhanden sind. Solche Gefahrenpunkte sind insbesondere:

Die Kassennot der Länder und Gemeinden, aber auch der gesamten sozialen Versicherungsträger sowie sonstige größere Erschütterungen des Wirtschaftslebens können schließlich auch auf das Reich zurückwirken und es unter besonderen Umständen zwingen, helfend einzuspringen, um große allgemeine Schäden abzuwehren. Man braucht nur zurückdenken an die Verhältnisse des vergangenen Jahres, wo das Reich nach dem offenen Ausbruch der Kreditkrise im Juli gezwungen war, auch mit eigenen Kassenmitteln auf den verschiedensten Gebieten einzugreifen. So mußte es 65 Millionen ausgeben, um einen Teil der Länder bei ihren Kassenverpflichtungen zu unterstützen. Es mußte auch ungefähr 120 Millionen bar ausgeben, um die in Angriff genommenen Banken- und Wirtschaftskreditlinien durchzuführen zu können. Für diese Maßnahmen war selbstverständlich im Reichshaushalt 1931 nichts vorgesehen. Diese Hilfen wurden 1931 u. a. dadurch möglich, daß das Reich aus der Münzprägung sich größere Einnahmen verschaffen konnte, so daß diese Hilfen die Kasse des Reiches nicht umwerfen konnten.

Schließlich mußte in den Reichshaushaltsplan ein Globalabstrich in Höhe von 110 Millionen RM. eingestellt werden, um den Haushalt auszugleichen. Es wird mit allen Kräften dafür gefordert werden, daß dieser Globalabstrich wirklich zu entsprechenden Absehnungen von Haushaltsausgaben führt. Er ist in dieser Höhe notwendig geworden, weil die Verhandlungen über Ausgaben einsparungen mit den Reichsressorts nicht so schnell abgeschlossen werden konnten, um dem Reichsrat den Entwurf des Haushaltsplans rechtzeitig vorlegen zu können. Die zur Auffüllung des Globalabstrichs notwendigen Ausgabenabstriche werden in der Weise erfolgen, daß ein gleich hoher Betrag in der Rechnung des Jahres 1932 abgesetzt wird. Insofern liegt im Globalabstrich selbst kein Gefahrenmoment im Sinne der vorstehend angegebenen. Er wird in diesem Zusammenhange lediglich deswegen erwähnt, weil er mit den angeführten Gefahrenmomenten einseitig erweitert, daß im Haushaltsplan keine Reserven für unvorhergesehene eintretende Fälle enthalten sind. Dieses völlige Entbehren des Haushalts 1932 von jeder Reserve bedeutet bei der unübersichtlichen, scharf zugespitzten Wirtschaftslage und bei der in den Ländern und Gemeinden bestehenden zum Teil sehr schwierigen Finanzlage eine nicht außer acht zu lassende Gefahr für die Finanzlage des Reiches.

Diese Lage erfordert während des ganzen Jahres eine überaus vorsichtige Haushaltswirtschaft. Es darf keine Ausgabe geleistet werden, die nicht schärfsten Anforderungen an die gebotene Sparsamkeit genügt. Es müssen darüber hinaus aber weitere Maßnahmen ergriffen werden, um auf

organisatorischem Wege eine weitere Einschränkung der Verwaltungsausgaben der gesamten öffentlichen Hand für dieses Jahr und in größerer Auswirkung für die nächsten Jahre zu erreichen. Die Reichsregierung ist sich dessen bewußt, daß die von ihr in Angriff zu nehmende Verwaltungsreform Kassenverlegenheiten dieses Jahres nur in beschränktem Umfang begegnen kann. Sie ist aber von der Ueberzeugung durchdrungen, daß hier Maßnahmen ergriffen werden müssen, die zwar nicht sofort größere Einsparungen erbringen, die aber in weiterer Folge die öffentlichen Haushalte entlasten.

Das Reichskommissariat für Arbeitsbeschaffung.

Berlin, 12. Dezember. Die „Landvolk-Nachrichten“ erfahren, daß in den nächsten Tagen das Reichskommissariat für Arbeitsbeschaffung seine offizielle Tätigkeit aufnehmen werde. Reichskommissar Dr. Gerke werde einheitliche Richtlinien für eine umfassende Arbeitsbeschaffung herausgeben und in Zusammenarbeit mit den übrigen Reichsstellen für deren beschleunigte Durchführung sorgen. Siedlung und Hilfe werden dem Arbeitsbeschaffungskommisariat wahrscheinlich nicht unterstellt werden.

Besprechungen

beim Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung.

Berlin, 12. Dezember. Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung empfing heute den Präsidenten des Reichslandbundes Grafen Kaldereuth sowie mehrere Herren des Reichslandbundes und besprach mit ihnen die Frage der Arbeitsbeschaffung im Zusammenhang mit der Lage der Landwirtschaft. Am Nachmittag waren die Vertreter aller Richtungen der Gewerkschaften bei dem Reichskommissar zu einer Aussprache über das Arbeitsbeschaffungsprogramm und die Wünsche der Gewerkschaften. Dabei wurde von allen Vertretern der verschiedenen Organisationen die Notwendigkeit der beschleunigten Durchführung eines öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms zu normalem Lohn unterstrichen.

Vollhafter von Goesch über den Anteil der Frauen am wirtschaftlichen Wiederaufbau.

London, 13. Dezember. Der Londoner Lyceumclub, ein Klub werktätiger Frauen, gab Montagabend zu Ehren des deutschen Vollhäfters von Goesch ein Essen, an dem mit anderen Gästen Sir Austin Chamberlain und der ägyptische Gesandte teilnahmen.

In einer Rede wies Herr von Goesch auf die hervorragende Arbeit hin, die die Frauen aller Länder und besonders Deutschland nach dem Abbruch des Krieges für die Wiederherstellung der Welt geleistet hätten. Der durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufene Rückschlag könne nur wieder gutgemacht werden durch gemeinsame Arbeit aller zivilisierten Länder, zu der sie sich hoffentlich auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz zusammenfinden würden.

460 Festnahmen in Paris.

Paris, 13. Dezember. Bei Kundgebungen, die Anhänger der Aktion Française gegen die Schuldenzahlung an Amerika am Montag veranstalteten, wurden insgesamt 460 Personen festgenommen, von denen aber die meisten nach Feststellung ihrer Personalien auf freien Fuß gesetzt wurden.

„Journal“ meldet Verschärfung der Lage in Spanien.

Paris, 12. Dezember. „Journal“ meldet aus Madrid, daß der gestrige Sonntag allenfalls eine Verschärfung der umfänglichen Agitation gebracht habe. In zahlreichen Städten, darunter Driebio, Salamanca und Sevilla hätten Demonstrationen stattgefunden und seien Bombenanschläge verübt worden. Die Lage sei derart, daß der Allgemeine Arbeiterverband an alle ihm angeschlossenen Arbeiter-Organisationen ein Rundschreiben gerichtet habe mit der Aufforderung, die Umtriebe der gegnerischen Syndikalist und Kommunisten zu bekämpfen, die die Republik unterhöhlen.

Lokale Nachrichten.

Grünberg, 12. Dezember 1932.

Grünberger Stadtparlament.

Beinahe 2 Stunden „Alaranlage“.

Wenn vor noch nicht allzulanger Zeit geklagt wurde, daß die Sitzungen des Grünberger Stadtparlaments zu selten stattfinden, so ist gegenwärtig gerade das Gegenteil der Fall. Es dürfte sich nicht oft wiederholen, daß nur eine Woche zwischen den Sitzungen der Stadtverordneten-Versammlung liegt, wie es diesmal der Fall war. Hier spricht freilich das nahe Weihnachtsfest und die Härte des Winters mit, der die schnelle Erledigung von Anträgen erheischt, die der Not der Armen steuern soll, soweit es unter den gegenwärtigen katastrophalen Verhältnissen eben noch möglich ist.

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Aber gestern blieb es eigentlich nur bei den Schatten, die in Gestalt eines verhältnismäßig starken Polizeiaufgebots Form annahmen. Die großen Ereignisse blieben aus.

Die Zuhörer-Tribüne war wieder dicht gefüllt. Man sah die bekannten Gesichter; es sind halt immer wieder dieselben, die „Interesse haben“ für die Verhandlungen unserer Stadtväter und Stadtmütter.

Bereits vor Eintritt in die Beratungen der Tagesordnung, die nur fünf „Punkte“ aufwies, schien es, als wollte ein „Sturm“ losbrechen. Aber es war nur der bekannte „Sturm im Wasserglas“. Stadtv. Dr. Hildebrand legte Verwahrung dagegen ein, daß sich ein Mitglied des „hohen Hauses“ beim Verlassen der Sitzung „entschuldigen“ sollte. Es sei nur nach der Geschäftsordnung (§ 8, Abs. 3) erforderlich, den Grund anzugeben. Ihm aber sei in der letzten Sitzung (S. 12), „plötzlich übel“ geworden, nachdem von der „Tribüne“ der Stadtverordneten-Versammlung kommunistische Reden gehalten wurden, die in Form und Inhalt mit einer Stadtverordneten-Sitzung nichts mehr zu tun hätten. In ähnlichen Fällen würde ihm in Zukunft wohl wieder „übel“ werden. Er lege auch Wert auf Verhängung einer Ordnungsstrafe, damit diese „Zustände“ einmal andernorts (Bezirksauschuß) zur Sprache kämen. Schon hier erhielten von der Zuhörer-Tribüne einige: „Hört, hört!“ Anteilnahme an den kommunalen Belangen. . .

Die ersten Punkte der Tagesordnung fanden glatte Erledigung. Längere Zeit nahm schon die Wahl für den Spar-Lassenvorstand in Anspruch. Der Wahl durch Zuzug wurde von bürgerlicher Seite widersprochen. Also Zettelwahl. Und als der „Stimmensammer“ mit der großen Holzkugel durch die Reihen der Stadtväter schritt, fiel die scherzhafte Bemerkung: „Notstandsarbeit!“ Auch sonst kam der Humor zu seinem Recht. Und das hilft manchmal über die schwierigsten Situationen hinweg.

Während der „meterlangen“ Aussprache über die Magistratsvorlage „Annahme einer Anleihe zum Bau der Alaranlage“, des schwierigsten Punktes der Tagesordnung, wurde es lebhafter im Saale. Da gab es technische Bemängelungen. Mit „System Lampe halb und halb“ wurde die geplante Anlage bezeichnet. Feinlich wäre es auch, wenn das einträte, was vom Magistratsrat befürchtet wurde, daß „wir mit der Alaranlage auf dem Trockenen sitzen“, wenn die Gelder für den Zinsenendienst nicht gesichert würden. Ja, ja, zu einer Alaranlage paßt eben keine „Trockenlegung“.

Das einzig Gute war, daß diese „unerlöste“ Debatte, in der viel „leeres Stroh“ gedroschen wurde, schließlich nach Unterbrechung der Sitzung noch ein „happy end“ aufweisen konnte. Der Höhe der Debatte stand eine „gemäßigte Temperatur“ im Saale ausgleichend gegenüber, die zu vielen Blicken auf das „amtliche Thermometer“ veranlaßte. §§

* Evangelische Gemeinde-Vertretung. Die Einführung der neu gewählten evangelischen kirchlichen Gemeindevertretung findet am 4. Adventsonntag statt.

* Eine „Weihnachtsmusik“ zum Besten der Diakonissenstation (Gasserstraße) des Städtischen Frauenvereins findet Mittwochabend in der Erlöserkirche statt. Es ist dankenswert, daß der Kinderchor der Volksschule 5/6 (Lindenbergschule), die Singgemeinde, sowie Damen und Herren aus unserer Stadt unter Leitung von Lehrer Gollmer den Reinertrag ihres Konzertes für die Schwesterstation bestimmt haben, da diese so notwendige und wertvolle Einrichtung, die vor fast 50 Jahren vom Städtischen Frauenverein ins Leben gerufen wurde, schwer unter der Not der Zeit leidet. Rund

8000 RM. jährlich betragen die Ausgaben für die Station. Der meiste Teil dieser Summe wird an das Mutterhaus Bethesda gezahlt für Ausbildung, Kranken- und Altersversorgung, Kleidung usw. der Schwestern. Ferner muß der Station Geld zur Verfügung stehen für die Krankenpflege und für die Unterhaltung von bedürftigen Kranken in der Stadt. Der verhältnismäßig geringste Teil der 8000 RM. wird für die Wirtschaftsführung der Station verwendet. Die Mittel für die Station werden durch freiwillige Beiträge aufgebracht, dazu kommen Spenden des Vereins der Industriellen, der Krankenkassen usw. Ferner zahlen die evangelische Kirche sowie die Stadtverwaltung Zuschüsse; von der Stadt wird auch das Haus in der Gasserstraße zur Verfügung gestellt und häuslich unterhalten. Trotz des allseitigen regen Interesses sind heute die Geldmittel, die von privater Seite und von den öffentlichen Kassen gegeben werden können, weitaus geringer als früher. Auch freiwillige Spenden von Pflegegebern, Lebensmitteln u. dergl. gehen heute nur noch spärlich ein. Die schlechte Wirtschaftslage wirkt sich auch hier aus. Andererseits wird die Finanzprognose der Schwestern durch die wachsende Not in der Bevölkerung von Jahr zu Jahr größer. Die Jahresberichte geben stets einen genauen Überblick darüber, aber auch ohne diese zahlenmäßigen Velege wissen wohl alle, was unermüdliche, treue Schwesterarbeit bedeutet. Jedem, ohne Unterschied des Standes und der Konfession dienen die Schwestern; 7 Diakonissen sind z. Bt. auf der Station beschäftigt. Möchte es nicht dahin kommen, hier abzubauen zu müssen! Deshalb freuen wir uns, daß der Station durch das Konzert am Mittwoch einige Mittel zugeführt werden sollen. Möchten alle, die es ermöglichen können, die freundliche Mühe der Veranstalter unterstützen und durch den Besuch des Konzertes mit für die Erhaltung der Diakonissenstation sorgen.

Was soll ich schenken?

Elegante Wäsche

gehört auf jeden Weihnachtstisch

Sie kaufen das Beste billig bei

GRAU

Inhaber Bruno Hoffmann

* Advent-Jugendgottesdienst. Am Nachmittag des 2. Adventsonntages fand in der Erlöserkirche ein Advent-Jugendgottesdienst statt, an dem nicht nur die evangelische kirchlich organisierte Jugend, sondern auch die Mitglieder anderer Jugendverbände mit ihren Fahnen und Wimpeln in erfreulicher Zahl teilnahmen. Der weite Raum des Gotteshauses war nur durch die Markterzen und die Kerzen an den Adventskränzen stimmungsvoll beleuchtet. Der Gottesdienst trug liturgischen Charakter. Sprechchor, Orgelspiel sowie Gesänge des Evangelischen Männerbundes und des von Instrumentalmusik begleiteten Jugendbundes E. C. wechselten miteinander ab mit der Bestimmung inniger Anbetung. Herr Holzer vertiefte den Eindruck der Stunde durch einen Sologesang. Fräulein Reisch begleitete auf der Orgel. Pastor R. Geisler hielt eine Ansprache über Off. Joh. 1, 8: „Ich bin das A und das O.“ Vom Kommen des Menschen und vom Kommen Gottes zeugte diese Adventsrede. Der Weg des Menschen durchs Leben werde zielstrebend nur dann, wenn der Mensch dem Kommen Gottes standhält. Der lebendige Beweis des Kommens Gottes sei Christus selbst, an dessen Kommen die Adventszeit besonders gemahnt. Mit dem Adventsgebet: „Komm, Herr Jesus!“ schloß die Ansprache. — Am Ausgange wurde eine Kollekte für Zwecke kirchlicher Jugendarbeit eingekammelt.

* Katholischer Frauenbund. Gewiß schon lange hatte sich groß und klein auf die beliebte Nikolausfeier des kath. Frauenbundes gefreut, die am Sonntag im großen Saale des Schützenhauses stattfand, der bis auf den letzten

Platz dicht gefüllt war. Im Anfang des gut zusammen gestellten Programms wechselten Gedichte mit Liedern eines Knaben- und Mädchenchores, die lehrerwähnten mit Instrumentalbegleitung, die sehr schön vorgetragen und mit viel Beifall aufgenommen wurden. Die Leitung der Chöre lag in den bewährten Händen von Fräulein Gertrude Gottwald. Ein munterer Reigen von 8 Schülerinnen der 1. Volksschulklasse, der mit Violine (Kavlan G. L. J.) und Klavier (Fräulein Gottwald) begleitet wurde, verfehlte bei der bunten Beleuchtung nicht seine Wirkung. Einem Gespräch von 3 kleinen Jüngern folgte nun das deutsche Weihnachtsspiel in 2 Bildern von Erika Ebert: „Fünf Englein kommen gezeugen.“ Das Spiel wurde allerliebste von allen Kindern wiedergegeben, insbesondere muß dabei die gute Aussprache und Betonung hervorgehoben werden. Um dieses hat sich besonders die Lehrerin Charlotte Wöhl verdient gemacht. Im Anschluß sprach Stadtpfarrer Gottwald, Protektor des Frauenbundes, herzliche Worte über die Bedeutung der Nikolausfeier. Er betonte, wie schön es sei, daß uns noch all die alten liebgewordenen Sitten verblieben seien, die wir von unseren Großeltern her kennen und die auch wir wieder unsern Kindern übermitteln möchten. Diese alten Volksgüter von hoher Bedeutung wolle gerade der Frauenbund durch seine Feiern in die Familien hineinpflanzen. Er erwähnte die zahlreich anwesenden Kinder, dem St. Nikolaus, der nicht der Mann mit der Rute sei, mehr Gütigkeit entgegen zu bringen, denn in ihm müssen wir den großen Wohltäter, den späteren Bischof von Myra, erblicken. Dem St. Nikolaus wurde in späteren Jahren Knecht Ruprecht zur Seite gegeben, dessen Aufgabe es sein soll, das Gute zu belohnen und, wo es notwendig, auch einmal das Böse und Unartige zu bestrafen. So war es nun auch in Wirklichkeit, denn St. Nikolaus mit Mantel, Mitra und Stab in Begleitung von Knecht Ruprecht erschienen jetzt, um unter allen Kindern viel Freude zu erwecken. Freilich, erst kam die strenge „Prüfung“ und manches Herz mag dabei arg geklopft haben, aber St. Nikolaus und Knecht Ruprecht waren sehr verständlich gesonnen. Mit den beliebten Süßigkeiten, Äpfeln und Nüssen — für all die Sachen hatte der Frauenbund auch in diesem Jahre wieder recht reichlich gesorgt — kamen die Kinder leuchtenden Auges zu den Eltern zurück. Gerade der überaus zahlreiche Besuch mag dem Frauenbund Genugtuung sein, wie beliebt die jährliche Nikolausfeier ist und wie viele mehr und mehr an einem Gemeindefest geworden ist. Fr.

* Evangelischer Arbeiter- und Volksverein. Im voll besetzten Gemeindehaus hielt am Sonntag der Verein seine Weihnachtsfeier ab. Dankenswerterweise wirkte, wie stets bei den Feiern des Vereins, wieder der Evangelische Volksschor mit, der unter Leitung von Konrektor Korfchen die beiden gemischten Chöre „Stille Nacht, heilige Nacht“ und „Lobt uns das Kindlein wiegen“ vortrug. Fr. Singe sprach sehr eindrucksvoll als Vorpruch das Gedicht von Gustav Schiller: „Das Kind der Höhe kommt.“ Nach Verlesung des Weihnachtsevangeliums sprach Pastor Wadewitz mit wenigen, aber zu Herzen gehenden Worten von der großen Liebe Gottes, die uns geschenkt ist, und die unsere Herzen ebenfalls zu mannigfachen Liebestaten entzündet. Es ist allerdings notwendig, die Gottesbotshaft nicht nur äußerlich zu hören, sondern sich in sie in stiller Innerlichkeit zu versenken. Dann wird auch in solcher Notzeit wie gegenwärtig das schönste aller Feste ein segnetes werden. — Neben allgemeinen Gesängen und Gedichtvorträgen zeigte die Kinderchor des Vereins ein weihnachtliches Märchenpiel mit Liedern und Tänzen, damit reichen Beifall erntend. Nach der Pause fand eine Einbeziehung der Kinder mit kleinen aber nützlichen Gegenständen auf Kosten des Vereins statt. Arbeitersekretär Gaffron stellte in seinem Schlusswort ganz knapp das Wollen des Vereins heraus: die evangelische Arbeiterkraft zu Gott zu führen und um eine ihr gerecht werdende Stellung im wirtschaftlichen und politischen Leben zu ringen, er danke allen Mitwirkenden und auch einzelnen freundlichen Gebern, und lud alle evangelischen Erwerbslosen ein zu dem am Dienstag im Gemeindehaus stattfindenden Unterhaltungsabend des Evangelischen Erwerbslosendienstes. Für einen Teil der alten und bedürftigen Mitglieder des Vereins findet noch nächste Woche eine kleine Einbeziehungsfest statt. G.

* Pflege der Volks- und Heimatkunde durch Lichtbild und Film. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat die Provinzialverwaltung von Niederschlesien vielfachen Anregungen nachkommend, zwei Lichtbildreihen über die Provinz Niederschlesien und zwei Lichtbildreihen über die Oligocene der Provinz Niederschlesien anfertigen

Lannenduft und andere Düfte.

Von Rudolf Presber.

„Ich freu' mich auf Weihnachten!“ jubeln die Kinder und öffnen mit behutamen Fingern wieder eins der kleinen Fenster an ihrem bunten Advent-Kalender an der Wand.

Ich alter Knabe freu' mich auch auf Weihnachten. . . Nicht, weil ich von dem Fest erwarte, daß es mir heimlich langgehegte Wünsche erfüllt. Nicht, weil ich glaube, daß ich — was noch viel schöner wäre — die Gabentische meiner Väter diesmal mit erlesenen Herrlichkeiten beschenken könnte. Aber — von allem andern, dem Heiligen und Idealen dieses Festes, von seiner tieferen Bedeutung und Symbolik einmal ganz abgesehen — ganz schlicht und fimpel gesagt: Es riecht so schön. Viel schöner riecht's als jedes andere Fest. Das macht die liebe Tanne mit ihrem harzigen Duft und der seine Geruch nach Wachs und — na ja, sagen wir's schon: nach schlichtem Hausmannskonsort, traditionellem Gebäck der Familie, dessen Duft mitschwingt.

Der Homo sapiens ist nicht in erster Linie „Nasen-Tier“ wie der Hund. Aber je feiner das Nervensystem eines Kulturmenschen ist, je wichtiger wird, scheint mir, die Rolle, die in seinem Leben die Nase spielt. Sie hat ihre Stelle, darin sie schwelgen darf — als höchstes scheint mir für deutsche Nasen die Weihnachts- — und erlebte auch wieder nicht allzu selten ihr Martyrium, das sie ertragen muß.

Ein altes Schwänklein erzählt, daß einem Schwaben, der eingeschummert war, seine ulkrohen Wandergeossen ein Stücklein weichen Käse unter die Nase in den Bart geschmiert hätten. Nach einer Weile erwachte der Schwabe und äußerte: „Hier schint's!“ — und dieses sagend, legte er sich auf eine entfernte Bank. Nach fünf Minuten erhob er sich wieder: „Hier schint's a u!“ und begab sich ins Freie in die Mitternacht, wo er sich auf den grünen Rasen legte. Und wieder nach einer Weile setzte er sich auf und tadelte verwundert: „Himmel — jetzt schint's hier a u sch!“ Ein kurzes Besinnen — und er legte sich aufs andere Ohr mit der resignierenden Entscheidung: „Da, in dere Welt schint's halt über a l l!“ . . .

An den biederer Schwaben, der das Käselein auf seinem Bart nicht merkte und schließlich zu der Einsicht kam, daß die ganze Erde halt überall schlechte Düfte verbreite, ließ man sich in den bitterböden Zeiten des Weltkrieges erinnern. Eine Fahrt in der Eisenbahn — in der Elektrischen — ein Einkauf im überfüllten Laden — ein Vortrag „zum Besten

von“ — ja, sogar eine klassische Theateraufführung — ha, in dere Welt schint's halt überall, derb schmeißlich aber ehrlich gesagt. Und leider richtig. Wo waren die schönen Zeiten geblieben, da in allen besseren Theatern nach dem Vorbild der Hoftheater, die da erzieherisch wirkten, ein uniformierter Beamter mit der Riesenparfümprie erschien, um etwas Fliederduft oder verbünnte Rosenessenz über die Blüschseffel des Parketts und hinauf bis in die Ränge zu streuen? Diese schöne und menschenfreundliche Übung war damals schon — besonders wenn Mittagsvorstellungen stattgefunden hatten und die Begeisterung eines kaum entlassenen Sonntagspublikums noch in der Atmosphäre lag — nicht unerwünscht.

Die Zeiten haben sich verfeinert. Es ist bekannt (oder auch wenig bekannt, aber wahr), daß es in früheren Zeiten mit der Reinlichkeit, so doch wohl die lauberen Häuser bedingt, nicht allzu glänzend bestellt war. Man kann sich's schwer vorstellen, daß selbst der Sonnenkönig, dessen Prachtgewänder und Schmuck ein Vermögen kosteten, nach einwandfreien Zeugen sich schlecht gewaschen habe. Bei den Schilderungen feierlicher Levers, bei denen Grafen die Strümpfe und Herzöge das Hemd „reichen“ durften, ist sehr viel von Wändern und Atlas und Seide und sehr wenig vom Wajschwasser die Rede. Und man muß — beispielsweise — das entzündende, aber auch so winzige Lavoir in Schloß Malmaison betrachten, das Josephinen, der ersten Gattin Napoleons, in ihrem kaiserlichen Exil genügte.

Das Bad, das im alten Rom eine so große Rolle spielte, ward im Mittelalter seinem eigentlichen Reinlichkeitszweck etwas entzogen. Im fünfzehnten Jahrhundert besaß auch das beschriebene mittlereuropäische Haus seine Rufe, „darin der Hausherr etwa mit seinem Eheweib oder sonstem einem guten Freund sitzt oder ein Kindele drei vier Wein neben guten Sträuben ausleert“. Bei den Vornehmen aber ging's mit der Bedienung oft felsenam zu. Herr Hans von Schwetzingen erzählt in seinen Denkwürdigkeiten vom Beginn seines Hofdienstes: „Allhier erinnere ich mich, daß ich wenig Tage zu Hof war; da habe die alte Herzogin, allda mußte ich aufwarten als ein Jung. Es währt nicht lange, kommt Jungfrau, Unte (Kunigundin) Rienen genannt, habend nach dem raus, best mich, ihr kalt Wasser geben, welches mir selbstam vorkam, weil ich zuvor kein nader Weibesperson gesehen, weiß nicht, wie ich es verhe, begieße sie mit kaltem Wasser. Schreit sie laut und ruft ihren Namen an und jaget der Herzogin, was ich ihr mitgespielt; die Herzogin aber lachet und jaget: Mein Schweinlein wird gut werden.“ Immerhin es wurde auch gebadet. Sogar mit Enthusias-

mus. Wie man heute Almosen und Trinkgelder gibt, gab man damals „Bade-Gelder“, damit auch die Armen mal ins Wasser steigen konnten. Dann ist die Sache bald ausgeartet, und als gar die „neuen Krankheiten“ erschreckend um sich griffen und als neben den Geißeln auch die Pest, die Ansteckungsherbe der Badestuben unerschöpflich zu machen, gegen das viele Baden eiferten, da trat der Rückschlag ein und — na ja, ich sagte schon, im glanzvollen Beginn der Neuzeit war es keine Seltenheit, daß sehr berühmte und angesehene Männer, zum Beispiel der vierzehnte Ludwig und der Philosoph Leibnitz, den feineren Nasen — unangenehm aufstiegen.

Für die Genüsse, die dem menschlichen Geruchsorgan ermöglicht sind, ist die folgende Liste so amüsant wie belehrend. Die Klassifikation der Geruchsempfindungen, die schon von Linne aufgestellt, von Zwaardemaker erweitert wurde, stellt folgende Gerüche zusammen: 1. Aetherische Gerüche (Äpfel, Birnen, Wein, Aether usw.). 2. Aromatische oder Spezereigerüche (Kampfer, Lorbeer, Terpentin, Nelken, Ingwer, Pfeffer, Zimt, Anis, Pfefferminze, Lavendel, Methol usw.). 3. Balsamische oder Blumengerüche (Jasmin, Orange, Hyazinthe, Linde, Nelke, Veilchen, Niesede, Tee, Vanille, Heliotrop, Waldmeister usw.). 4. Moschusartige Gerüche (Ambra, Moschus, Patchouli). 5. Zwiebelartige oder Lauchgerüche (Zwiebel, Knoblauch, Schwefelkohlenstoff, Kautschuk, Fischgerüche, Clor, Jod). 6. Brenzlige Gerüche (Tabak, gebrannter Kaffee, Rauch, Teer, Karbol usw.). 7. Kaprylgarüche (Schweiß, Käse, Bodengeruch). 8. Widerliche und betäubende Gerüche (Opium, Wagnen). 9. Elekterregende Gerüche oder Gestänke (Fäulnis, Fäzes).

Wir scheint, Rinn und sein Voller Zwaardemaker täubende Gerüche (Opium, Wagnen). 9. Elekterregende Gerüche einen besonders für Deutschland wichtigen vergessen, der vielleicht zwischen die „aromatischen“ und „balsamischen“ Gerüche einzufallen wäre. Den köstlichen Duft des lieben deutschen Christfestes, den das schärfste deutsche Haus kennt. Jenen an holder Erinnerung aus fröhlicher, seliger Kinderzeit so reichen Duft, gemischt aus Tannennadeln, Wachlichtern und einer Spur traditionellen Weihnachtsgebäcks.

Weiße Zähne: Chlorodont

Die Bildbreite über die Provinz Niederschlesien
Wilder aus der geschichtlichen Vergangenheit der Pro-
vinz sowie umfassendes Material aus der Wirtschaftsges-
chichte, den einzelnen Landschaften und Städten, ihrer Kul-
tur und ihrem Volksleben. Die Bildbreite über
Grenzgebiete stellt die schweren Schädigungen
nach dem Vertrag dar. Der
Landeshauptmann der Provinz Niederschlesien stellt die ge-
nannten Bildreihen Schulen, Vereinen und Verbänden
kostenlos zur Verfügung. Nur etwa entstehende Versand-
kosten sind von dem Besteller zu tragen. Die Bestellung
der Bildreihen sowie eines weiteren Films über Schle-
sien kann unmittelbar beim Mittelschlesischen Bildverleihen-
und, Breslau 1 (Paradies-Strasse 25/27), erfolgen.

* Keine Abberufung des SA-Führers Heines aus
Schlesien. Wie von zuständigen nationalsozialistischer Stelle
mitgeteilt wird, sind die Pressenachrichten, daß der Gruppen-
führer der schlesischen SA, Reichstagsabg. Heines, aus
seiner Breslauer Dienststellung abberufen und anderweitig
verwendet werden würde, frei erfunden. Gruppenführer
Heines wird weiter die Führung der schlesischen SA be-
halten.

* Verkehrsbericht des Schiffsverkehrs-Bereichs zu Breslau.
(Woche vom 5. bis 11. Dezember.) Auch die letzte Woche hat
keine Erleichterung für die Dampfschiffahrt gebracht; der Rang
der verkommenen Fahrzeuge ist infolge der starken Ablei-
tungen auf circa 650 zurückgegangen. Das Frostwetter der
letzten Tage hat bis heute die Schiffsahrt nicht beeinträchtigt;
es muß aber bald eine Milderung eintreten, da die Eis-
bildung auf der kanalisierten Oder sonst zum Liegen der
Schiffe zwingen würde. Ueber die Bewegung durch Kanäle
liegen folgende Meldungen vor: Zu Berg 85 beladene, 146
leere Kähne, zu Tal 284 beladene und 9 leere Kähne. Um-
geschlagen wurden zu Tal in: Cöslhofen 14 786 To. einschl.
2878,5 To. verschiedene Güter; Döpnitz 672 To. verschiedene
Güter; Breslau 6717 To. einschl. 6172 To. verschiedene Güter;
Malsch 10 577 To. einschl. 665 To. verschiedene Güter und
2647 To. Steine. Aus Stettin wurden 7200 To. Massengut,
in der Hauptsache Papierholz, Abfälle, Futtermittel und
Kohle herausgeschleppt. Da auch Kohlen- und Holztrans-
porte nach Berlin unverändert fortgesetzt wurden, ist der
Kahnraum in Stettin fast völlig vergriffen. Die Kahnlinien
zogen weiter an, Deckfähne nach ober-schlesischen Häfen waren
nicht zu haben. Auch das Hamburger Bergeschiff ist weiter
befriedigend. Die Tauchtiefe der Elbe bei Havelberg be-
trägt 1,70 Meter. Vom Frachtausgang für die Oder seit-
gehefte Schiffsfrachten in RM je Tonne (exkl. aller Neben-
kosten, als Umschlag, Zollabfertigung, Versicherung, Kipp-
gebühren): Schiffsfracht für ganze Kahnladungen Steinkohle:
von Breslau nach Berlin-Obersee-Stettin-Hamburg für
ober-schlesische Brennstoffe 3,40, 2,35, 3,00, für niederschlesische
Brennstoffe 3,33, 2,18, 3,00; von Döpnitz nach Berlin-Ober-
see-Stettin-Hamburg 4,80, 3,00, 4,40; von Cöslhofen-Ober-
see nach Berlin-Obersee-Stettin-Hamburg 5,40, 3,60,
5,00. Für andere Güter in ganzen Kahnladungen sowie für
Teilmengen treten entsprechende Zuschläge ein.

* Bevölkerungsbewegung in der Woche vom 4. bis
10. Dezember. Zugang: Geburten 4, zugezogen 49, zusammen
53. Abgang: Todesfälle 6 (+ 3 Ausm.), weggezogen 10, zu-
sammen 16. Mitfin Wochenzugang: 37.

* Wegen der Uebernahme von Sammlungen für
alle möglichen Zwecke sind in letzter Zeit auch hier Klagen
laut geworden. Seitens der Polizei wird auf wilde Sammler
besonders geachtet werden. Öffentliche Sammlungen müssen
von der zuständigen Behörde genehmigt und die Sammel-
listen von der Polizei abgestempelt sein.

* Mit der Führung der Nationalsozialistischen Not-
gemeinschaft in Grünberg ist ab 10. Dezember Herr Paul
Schorsch (Zeppelinstraße) beauftragt worden.

* In gewöhnlichen Briefen darf kein Geld verschickt
werden! Von postalfreier Seite wird erneut darauf hinge-
wiesen, daß für verloren gegangene gewöhnliche Briefstücken
mit Geldeinlage kein Ersatz geleistet wird.

* Reichsbund der Kriegerkassen. Die Ortsgruppe
Grünberg hielt ihre fällige Monatsversammlung,
verbunden mit einem Eisbeisessen, am Sonnabend in den
„Reichshallen“ ab. Zahlreich waren die Kameradinnen und
Kameraden auch aus der Umgegend erschienen. Nach Er-
ledigung der in Anbetracht des Essens kurz gehaltenen Tages-
ordnung, in der wiederum ein neuer Kamerad begrüßt
wurde, und in der die Mitglieder über die Steuerbestim-
mungen betreffend Kriegssopfer aufgeklärt wurden, erhielt
jedes Mitglied ein von der Ortsgruppe gespendetes Eisbein.
In schönster Harmonie blieben die Mitglieder mit ihren
Gästen, die Sorgen des Alltags vergessend, noch einige
Stunden bei Musik und Tanz zusammen.

* Stenographen-Vereinigung Stolze-Schrey. Am
1. Bundespreiswettbewerb 1932/33 beteiligte sich die Ver-
einigung mit 37 Arbeiten, von denen 28 preiswürdig waren.
Einen 1. Preis nach Abgabe von 10 fehlerfreien Arbeiten
erhielten: Frida Kunzmann, Albert Pohl. 1. Preise er-
hielten: Otto Kluge, Fritz Neumann, Charlotte Raethel,
Elfride Röhr. Ferner erhielten außer Wettbewerb einen
1. Preis zum 9. Male Karl Deider, Alfred Hoffmann, Kurt
Röhr, Frau Elise Vorwerk, Hubert Vorwerk; zum 8. Male
Gertrud Müller; zum 7. Male Gertrud Ambrosius, Gerhard
Horn, Frau Hildegard Kallbume, Frau Hedwig Pohl, Alisons
Schwinka; zum 6. Male Frau Hedwig Deider, Ida Bieh,
Marie Wade; zum 5. Male Gerhard Michalsky, Dora Pohl,
Richard Schulz; zum 4. Male Margarete Neumann, Toni
Lupke; zum 3. Male Elisabeth Raethel; zum 2. Male
Irma Schmidt; zum 1. Male Erich Kluge. — Im Abschluß-
schreiben des Anfänger-Unterrichts gaben preiswerte Ar-
beiten ab die Schriftstatter Rastler und Grünfel. Eine
lobende Erwähnung verdiente die Arbeit von Flechig. — P.

* Arbeiter-Samariter-Kolonie. Unter dem Motto
„Wohltun und mitzuteilen vergesse nicht!“ stand die am
Sonntag stattgefundene Weihnachtsfeier für
die Kinder erwerbsloser Mitglieder in der „Reichshalle“.
Der mit Tannengrün geschmückte Saal sowie ein Christbaum
gaben dem ganzen einen würdigen Rahmen. Zahlreich
waren Eltern und Kinder, sowie Freunde der Sache er-
schienen. Nach gemeinsamem Gesang erhielten sämtliche
Kinder Kaffee und Striezel. Es folgten Musikstücke, Vor-
träge in schlesischer Mundart von Herrn Schwarz, sowie der
Zeit entsprechende Gedichte, von Kindern vorgetragen und
mit großem Beifall bedacht. Ganz besonders freudig auf-
genommen wurde ein von den kleinsten vorgeführtes
Puppenspiel. In einer Ansprache gedachte Vorsitzender
Göbel all derer, die heute unfreiwillig zum Nichtstun ver-
urteilt sind und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es bald
gelingen werde, sie wieder in den Arbeitsprozeß einzuführen.
Auch ermahnte er alle, treu zur Samariter-Bewegung zu
stehen und mitzuarbeiten an dem großen Werk der Liebe.
Die Geschenke für 45 Kinder bestanden teilweise aus Unter-
wäsche und Kleidern, welche sämtlich von Frauen der Mit-
glieder selbst angefertigt worden waren; außerdem erhielten
alle Kinder noch Äpfel, Pfefferkuchen und Schokolade. Herr
Märzel bedankte sich im Namen aller Erwerbslosen für

die Geschenke. Mit einem gemeinsam gesungenen Liede fand
die gut und würdig verlaufene Veranstaltung ihr Ende.

* Der Gewerkschaft der Metallarbeiter (S.-D.) hielt am
10. d. M. im Vereinslokal eine gut besuchte Versam-
lung ab. Sie stand im Zeichen einer Feierstunde zum
100. Geburtstag des Gründers der Deutschen Gewerkschaften,
Dr. Max Hirsch. In einem Vortrag wurde die Laufbahn
dieses bewährten Führers geschildert. Sein Wahlspruch
„Gleichberechtigung, Vereinbar und Schiedsgericht“ sei
heute Gemeingut aller Gewerkschaftsbewegungen geworden.
Einige ältere Mitglieder, die den Führer noch persönlich ge-
kannt haben, schilderten Episoden aus Versammlungen und
Konferenzen. Nach Erledigung interner Angelegenheiten ver-
wies der Vorsitzende auf die Anwesenheit des Bezirksleiters
G. Stöckinger (Breslau) in der nächsten Monatsver-
sammlung.



Jeder Leser findet alle Arten Geschenke im Anzeigenteil
des Grünberger Wochenblattes, Zeitung für Stadt u. Land

Und wo kaufe ich?
In Grünberg führen alle Geschäfte
reelle Waren zu soliden Preisen!



* Die Gartenbau-Gemeinschaft hielt am Freitag in
den Räumen der Verbrüderung für Obst-, Wein- und Garten-
bau ihre letzte diesjährige Versammlung ab. Nach der Be-
grüßung durch Direktor Hoffrichter machte Obstbau-
inspektor Holzer Ausführungen über den Zusammenhang
zwischen Düngung und Schädlingsbekämpfung.
Dabei streifte er eine Reihe bevorstehender Arbeiten, wie
das Kalten der Stämme, Herstellung einer Theobald'schen
Spritzbrühe, Vorbeugung gegen den Stachelbeermehltau u. a.
Direktor Hoffrichter äußerte sich hierauf über die Bedeu-
tung des Porreegemüses, das ein gutes Vorbeugungsmittel
gegen alle Stoffwechselkrankheiten sei und im Westen
Deutschlands als abwechslungsreiches Wintergemüse starke
Verbreitung gefunden habe. Um es auch hier mehr einzu-
bürgern, habe er ein Probeessen in der Anstaltsküche vor-
bereiten lassen. Die Versammlungsbesucher bekamen nun
im Speisesaal den Porree in dreierlei Zubereitung vor-
gelegt. Man sah hierbei überraschte Gesichter, da Porree
infolge seines Wohlgeschmacks bei entsprechender Zuberei-
tung schon beinahe als Spargelerbsen gelten kann. Die Zu-
bereitungsvorschriften wurden gegen geringes Entgelt an
Interessenten abgegeben und infolge der großen Teil-
nehmerzahl restlos abgesetzt. Anschließend folgte noch die
Beantwortung von Briefkastenfragen und die Bekanntgabe
über vorteilhafte Bezug von Düngemitteln. Gartenbau-
inspektor Spennert gab noch einige Hinweise über Frost-
schutz der Rebe und die bisherigen Ergebnisse der Düng-
ungsversuche in den städtischen Weinbergen. Als Thema
für die nächste Versammlung, die infolge des Weihnachts-
festes erst im Januar stattfindet, wurde Baumpflege und
Vogelschutz gewählt. Konrektor i. R. Fechner dankte den
Führern der Gartenbau-Gemeinschaft und Lehrern der
Verbrüderung für ihre erfolgreiche Bemühungen um Aufklä-
rung im Gartenbau. Zwei neue Mitglieder meldeten sich
zur Aufnahme.

* Acht auf die Milchsorten und ihre verschiedenen Preise.
Durch die Bestimmungen des Reichsmilchgesetzes sind mehrere
Sorten Milch geschaffen worden, deren Wert für die mens-
chliche Ernährung ganz verschieden ist. Von den Milchver-
brauchern wird dies leider noch nicht in der notwendigen
Weise beachtet. Das führt dazu, daß vielfach aus Unkennt-
nis weniger gute Milch zu hoch bezahlt wird, während an-
dererseits die Lieferanten der besonders bearbeiteten Milch
ihre Produkte nicht absetzen können. Man hat zwischen ge-
wöhnlicher „Vollmilch“, „Markenmilch“ und „Vorzugsmilch“
zu unterscheiden. Markenmilch und Vorzugsmilch stammen
von Tieren, bei denen nicht der geringste Verdacht für das
Vorhandensein von der menschliche Gesundheit schädigenden
Krankheiten besteht. Sie werden unter amtlicher Kontrolle
in Ställen und Verarbeitungsräumen gewonnen und für den
Verbrauch auf Flaschen abgefüllt. Die Flaschen tragen die Be-
zeichnung „Markenmilch“ oder „Vorzugsmilch“. Die Ver-
schlüsse sind so eingerichtet, daß sie nur einmal benutzt werden
können. Dem Verbraucher wird hierdurch die Gewähr ge-
geben, daß er stets gute, frische Milch erhält, die unbedingt
im rohen Zustand genossen werden kann. Die gewöhnliche
Vollmilch darf im allgemeinen nicht in Flaschen verkauft
werden. Dies ist nur zulässig, wenn die Milch pasteurisiert,
d. h. bis zu einem gewissen Grade erhitzt worden ist.

Der unsterbliche Hampelmann.



Geschäftstrübel in den Straßen Berlins am „Silbernen
Sonntag“. Natürlich fehlten auch die Hampelmänner nicht.

* Prüfung von Rückstrahlern. Wie der Amtliche Preus-
sische Pressedienst mitteilt, hat das Preussische Innen-
ministerium angeordnet, daß für die Prüfung von Rück-
strahlern nur die Prüfstelle zuständig ist, in deren Bezirk der
Hersteller ansässig ist. Ein im Freistaat Preußen ansässiger
Hersteller muß daher die von ihm hergestellten Rückstrahler
der preussischen Prüfstelle vorlegen und sie mit dem preus-
sischen Kennzeichen versehen.

* Der neuangelegte Radfahrerweg in der Gr. Fabrik-
straße ist nunmehr durch Aufstellen von zwei beschrifteten
Tafeln als solcher gekennzeichnet worden.

* Das Radfahren auf den Bahnsteigen (das gilt auch für
den vor der Sperre) ist nach der Eisenbahn-Verkehrsordnung
strengstens verboten. Gegen diese Verordnung wird immer
wieder, auch von solchen Personen, die „es wissen müßten“,
verstoßen.

Die „Verkehrsfürer“ sehen sich der Gefahr des
Verstärkenden aus.

* Beseitigt wird der auf dem Promenadenweg am
Augustbrunn angelegte Boden aus der Gr. Fabrikstraße.
Man kann daher den Weg wieder ungehindert passieren.

* Sachbeschädigung. Verschiedene Straßenbäume
sind in letzter Zeit dadurch beschädigt worden, daß ihnen von
Pferden die Rinde abgeknabbert wurde. Seitens der Ratscher
sollte daher darauf geachtet werden, daß die Tiere beim An-
gelen nicht gerade in Reichweite von Bäumen zu stehen
kommen. Es ist auch untersagt, Tiere an Bäumen usw. an-
zubinden.

* Schwerer Unfall eines Arbeitsdienstmännchens aus dem
Kreise Grünberg. In Goldberg erlitt bei Planierungs-
arbeiten am Wolfsberg der Arbeitsdienstmann Grünig
aus dem Kreise Grünberg einen schweren Unfall. Er kam
unter eine umstürzende Lade zu liegen, wobei ihm beide Ober-
schenkel gebrochen und zerquetscht wurden. Ferner trug er
noch eine Verletzung des Rückgrats davon. Der Schwerver-
letzte fand im Goldberger Krankenhaus Aufnahme. Das
dortige Arbeitslager wird vom Jungdeutschen Orden unter-
halten.

* Fahrrad-Diebstahl. Am 9. d. M. in den Abendstunden
wurde von einem Fahrradhandlanger eines Geschäftes der Nieder-
strasse ein Damenfahrrad (Marke Munsdorf, Nr. 57341),
Gestell schwarz, gelbe Felgen, rote Bereifung, gestohlen. Vor
Ankauf wird gewarnt. Zweckdienliche Angaben erbittet die
Kriminalpolizei.

* Hühner-Diebstahl. In der Nacht zum 10. d. M. drangen
Diebe in den Hühnerhof eines Anwohners des Gesund-
brunnens und drehten an drei Stellen den Hühnern die
Hälse ab. Da die Täter geflohen wurden, ergriffen sie unter
Zurücklassung der Beute die Flucht. Die Ermittlungen
wurden sofort aufgenommen. Man ist der Spur.

Filmchau.

Zentraltheater Grünberg. „Das Erwachen der
Seele.“ Ich habe mich schon oft gewundert, daß kein Re-
gisseur es unternimmt, den Film vom Kinde zu schaffen.
Aber es müßte ein Film sein, der seines Gegenstandes
würdig, ein Film, der neben dem Optischen auch das
Akustische festhält. Der gespielte Film, bezeichnet als der
erste psychologische Großfilm der Welt, ist sicher vor Jahren
einmal ein verdienstvolles Werk gewesen. Und wenn er
heute noch immer ein starkes Interesse hervorgerufen ver-
mag, so zeigt das deutlich, daß kein Regisseur, Dr. Simonett,
dem dankbaren Stoff die besten Seiten abzugewinnen
wußte. Der Film begleitet das Kind vom ersten Lebens-
tage bis zum vollendeten 3. Lebensjahr. Mit den Mitteln
der experimentellen Psychologie zeigt er den Entwick-
lungsgang der seelischen Funktionen vom einfachsten Reflex bis
zu zweckbestimmtem Handeln. Bei den heute herrschenden
psychologischen Betrachtungsweisen würde man ihn ganz
anders ansetzen. Aber Mittern kann er immer noch Finger-
zeige geben und den Blick für die Lebensäußerungen ihrer
Jüngsten schärfen. Und außerdem — Kinder wirken eben
meist niedlich, und schon deshalb wirkt der Film gut. Er
wäre wertvoll auch der Film der Arbeiter-Samariter-Ko-
lonie: „Schlachtfeld der Arbeit.“ Er zeigt Berufs-
unfälle, gibt Winke für erste Hilfeleistung und klingt aus
in die Mahnung, sich durch Ansehen an die Arbeiter-Sama-
riter-Kolonie das nötige Wissen und Können anzueignen,
das man für erste Hilfe nötig hat. Außerdem lief ein
Verbeifilm für die „Volksfürsorge“. Veranstalter
dieser Aufführung war die Ortsgruppe Grünberg des Deut-
schen Freidenker-Verbandes E. V.

* Filmstoffe, die die Ufa bringt. Die Ufa beabsichtigt,
einen Schubert-Film zu machen. Der Film geht be-
reits im März im Rahmen der Produktion Günther Stapen-
horst ins Atelier. — Joe May beginnt am Montag mit den
Aufnahmen zu dem neuen Jan Kiepura-Film der
Cine-Albani, der im Herbst in Deutschland erscheint. Außer
Jan Kiepura und seiner Partnerin Jenny Jugo spielen in
weiteren Hauptrollen: Ralph Arthur Roberts und Paul
Kemp, sowie Ida Wüst, Hilde Hildebrandt, Paul Hörbiger
und Julius Falkenstein. — „Wenn die Liebe Mode
macht“ ist der endgültige Titel des neuen Ufa-Films,
dessen vorläufiger Arbeitstitel „Sapphirblau und Aschenpö-
tel“ war. Die Regie dieses Films führte Franz Wenzler. Die
Hauptrollen spielen Renate Müller, Georg Alexander und
Otto Wallburg. Der Film wird noch vor Weihnachten in
Berlin seine Uraufführung erleben.

Stadtverordneten-Sitzung in Grünberg.

**Aufnahme einer Anleihe von 650 000 RM. zum Bau der Kläranlage.
150 000 RM. werden für Darlehen an Hausbesitzer
zur Herstellung der Hausanschlüsse bereitgestellt.**

Montag, 12. Dezember.

Anwesend: 29 Stadtverordnete; vom Magistrat: Oberbürgermeister Dr. Busse, Bürgermeister Lemme, Stadtbaurat Ribbed, Stadträte Apelt, Gaffron, Hartmut, Kaupfe, Körnchen, Kähler, Kura, Niedenführ und Raabe. — Außerdem hat Magistrats-Assessor Dr. Malms am Magistratsstisch Platz genommen.

Die Zuhörer-Tribüne ist vollständig besetzt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Stadtv. Dr. Hildebrand um Worterteilung zu einer persönlichen Bemerkung. Er nimmt Bezug auf die in der vorigen Sitzung seitens der Stadtv. Hr. Jürns angeregte Ordnungssache, weil er die Sitzung vor Schluss verlassen habe. Er habe es nicht nötig gehabt, sich zu entschuldigen, weil es ihm auch nach der Geschäftsordnung nicht zugemutet werden könne, sich politische Reden anhören zu müssen. Bei diesen Reden „sei ihm übel geworden“ und er habe es für richtiger und würdiger gehalten, das Lokal zu verlassen. Auch habe der Stadtv.-Vorsteher nicht genau nach der Geschäftsordnung seines Amtes gewaltet, als er den kommunalistischen Stadtv. Hr. Laube dreimal zur Sache rief. Bei einem dritten Ordnungsruf habe der Vorsteher den betr. Stadtverordneten von der weiteren Teilnahme an der Sitzung auszuschließen. Stadtv. Dr. Hildebrand erklärt, er würde sich gegebenenfalls sein Recht beim Bezirksausschuss suchen.

Stadtv.-Vorsteher Lindner erklärt, er werde am Schluss der Tagesordnung auf die Angelegenheit zurückkommen.

Übernahme des Verwaltungsgehilfen Anders in das Beamtenverhältnis.

(Referent: Stadtv.-Vorsteher Lindner.)

Die Stelle des seit dem 1. April 1932 in den Ruhestand versetzten Beamten Oskar Schmidt ist noch nicht wieder besetzt. Sie wird zur Zeit von dem Verwaltungsgehilfen Anders, der sich im Angestelltenverhältnis befindet, verwaltet.

Nach den Satzungen der Ruhegehaltsklasse müssen die Ruhegehaltsbeiträge dann noch für den pensionierten Beamten weitergezahlt werden, wenn die Stelle nicht wieder besetzt wird, dagegen fallen die Ruhegehaltsbeiträge für den pensionierten Beamten weg, wenn in die Stelle ein Nachfolger eintritt, weil dann für den neuen Beamten Beiträge zur Ruhegehaltskasse zu entrichten sind.

Die Schmidt'sche Stelle verursacht jetzt an Gehalt für Anders, an Arbeitgeberanteilen zu den Sozialversicherungsbeiträgen für Anders und an Ruhegehaltsbeiträgen für Schmidt jährlich insgesamt 3700,98 RM. Personalausgaben.

Bei der Überleitung des Anders ins Beamtenverhältnis mit der Eigenschaft als „Stadtschreiber“ und mit einer Beförderung nach Gruppe 6 Pr. B. D. ergeben sich an Gehalt und an Ruhegehaltsbeiträgen für Anders jährlich zusammen 3509,92 RM. Personalausgaben, so daß sich für den Fall, „wenn Stadtschreiber Anders angestellt wird, eine Ersparnis von 190,96 RM. jährlich ergibt. Die Brutto-Personalausgabe für Anders senkt sich noch um den Einbehaltungsbetrag.

Der Magistrat hat deshalb beschlossen, Anders ins Beamtenverhältnis zu übernehmen.

In der Steuerbuchhaltung, die mit einem Personal von durchschnittlich 5 Mann besetzt ist, werden zur Zeit Personen beschäftigt, die sich lediglich im Angestelltenverhältnis befinden. Es ist nicht ein einziger Beamter darunter. Der Magistrat hält es aus Sicherheitsgründen für angezeigt, daß wenigstens eine Person der in der Steuerkasse Beschäftigten die Beamteneigenschaft aufzuweisen hat. Auch dieser Umstand sprach für die Anstellung des Anders.

Die Stadtverordneten-Versammlung nimmt Kenntnis.

Ausbau der Bürgersteige in der Raumburger Straße.

(Referent: Stadtv. Lüders.)

Für den Ausbau des Bürgersteiges in der Raumburger Straße ist der Justizfiskus (der Preussische Staat) zu Anliegerbeiträgen für das Gerichtsgefängnis herangezogen worden. Der Justizfiskus hat vor dem Bezirksausschuss in Begleit gegen die Veranlagung Klage erhoben.

In dem Rechtsstreit ist wegen eines formalen Mangels zugunsten des Preussischen Staates entschieden worden, weil ein förmlicher Beschluß der städtischen Körperschaften über den Ausbau fehlte. Dieser Beschluß kann aber nach Ansicht des Bezirksausschusses noch nachgeholt werden, so daß der Betrag von 851,12 RM., den der Justizfiskus bereits unter Vorbehalt bezahlt hat, nicht zurückerstattet zu werden braucht.

Es wird daher gebeten, dem förmlichen Beschluß, den der Magistrat am 25. Oktober 1932 über den Ausbau des Bürgersteiges in der Raumburger Straße gefaßt hat, beizutreten, was seitens der Versammlung ohne Debatte geschieht.

Wahl von 4 Personen für den Sparkassenvorstand.

(Referent: Stadtv. Heinrich.)

Der Sparkassenvorstand bestand nach der bisher gültigen Satzung aus: dem Magistratsdirigenten, einem weiteren Magistrats-Mitgliede, 5 Stadtverordneten und einem Bürgerdeputierten. Mitglieder waren: Oberbürgermeister Dr. Busse (als Magistratsdirigent), Stadtrat Kähler (als Magistrats-Mitglied), die Stadtv. Brandt, Dr. Hildebrand, Ringel, Stadtv.-Vorsteher Lindner und Stadtv. Schneider, Direktor Fiedler (als Bürgerdeputierter).

Nach der neuen Sparkassensatzung besteht der Vorstand aus: a) dem Magistratsdirigenten; b) 4 von der Vertretung des Gewährverbandes wählbaren Annehmungen

des Gewährverbandes, die dessen Vertretungskörperschaft auf die Dauer ihrer Wahlperiode nach den Grundrissen des Verhältnismäßigkeitswahlrechts wählt; c) 2 Mitgliedern, die der Vorsitzende des Gewährverbandes-Organis bestell.

Zu den unter b) und c) aufgeführten Mitgliedern sollen nur solche Personen gewählt oder bestellt werden, die besondere wirtschaftliche Erfahrung und Sachkunde besitzen; sie dürfen dem Magistrat nicht angehören und weder Beamte oder Angestellte einer Sparkasse, noch Unternehmer, persönlich haftende Gesellschafter, Aufsichtsrats-, Vorstandsmitglieder oder Angestellte nicht öffentlich rechtlicher Unternehmungen sein, die Spareinlagen oder Depositionen annehmen oder gewerbsmäßig Darlehensgeschäfte betreiben.

Es wird gebeten, die unter b) genannten 4 Personen, die also nicht Mitglieder des Magistrats sein dürfen, zu wählen. Die Mitglieder können, sie brauchen aber nicht, Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung zu sein.

Es sind zwei Wahlvorschläge eingegangen; eine Liste Lindner und eine Liste Hildebrand. Der Wahl durch Zuzug wird vom Stadtv. Heinrich widersprochen; es muß daher geheime Wahl erfolgen. Auf Liste 1 entfallen 14, auf Liste 2 entfallen 13 Stimmen; 2 Zettel sind ungültig. Von der Liste 1 gehen als gewählt die Stadtv. Lindner und Brandt, von der Liste 2 die Stadtv. Dr. Hildebrand und Ringel.

Aufnahme einer Anleihe zum Bau der Kläranlage

(Referent: Stadtv. Brandt.)

Auf den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 15. 8. 1932 in Sachen Kläranlage wurden 8 Firmen zur Angabe eines Angebotes aufgefordert. Mit dem Angebot sollten die Firmen die von ihnen sicher zu erhaltenden Finanzierung des gesamten Bauvorhabens genau erläutern. Dieser Aufforderung sind nur 2 Firmen gefolgt: die Damag-Mequin, Berlin, und die Frände-Werke, Bremen. Beide Projekte entsprechen dem Stadtverordneten-Beschluß vom 15. 8. 1932, indem getrennte Systeme mit Klärfeldern und besonderem Schlammraum, der die Möglichkeit der Schlammumwälzung bietet, angeboten sind. Da die Projekte jedoch in einzelnen Konstruktionsstellen voneinander abweichen, wurde von dem Oberstadtschreiber Rosenquitt (Breslau) ein erneutes Gutachten eingeholt, welches zu dem Ergebnis kam, daß beide Projekte zur Ausführung empfohlen werden können. Der Kostenschlag der Damag-Mequin schlägt mit 486 600 RM. ab, der der Frände-Werke mit 485 268 RM. Die Damag-Mequin hat mit ihrem Projekt aber keine Finanzierungsmöglichkeit gebracht, sondern nur den Vorschlag einer Kreditierung, welcher nach Auffassung des Magistrats für die Durchführung des Projektes nicht in Frage kommen kann. Die Damag-Mequin will nämlich nur einen Teil der Baukosten in Form von einem Kredit von 100 000 RM., rückzahlbar innerhalb 5 Jahren, und von 150 000 RM., rückzahlbar in 3 Jahren, aufbringen.

Dagegen bieten die Frände-Werke, Bremen, der Stadt eine Anleihe von 650 000 RM., auszahlbar mit 90 Prozent bei 6 Prozent Zinsen, 1/2 Prozent Verwaltungsstellen und 1-2 Prozent Tilgung, für 10 Jahre unkündbar, an. Der Geldgeber verlangt, daß ihm die laufenden Darlehensleistungen gesichert werden. Dies soll geschehen,

1. indem sich der Magistrat verpflichtet, die Kanalgebühren, die nach Fertigstellung der Kläranlage, wenn der bestehenden Polizeiverordnung gemäß alle anschließfähigen Hausgrundstücke angeschlossen sind, über 200 000 RM. jährlich betragen, in erster Linie zur Bezahlung der Anleihezinss und Anleihe-Tilgungsraten, und zwar 3/4 des Aufkommens für die laufenden Darlehensleistungen auf die Kanalbauanleihe der Kommunalbank für Niederschlesien in Höhe von 1 200 000 RM. und das restliche Drittel für die laufenden Darlehensleistungen auf die jetzt abzuschließende Anleihe von 650 000 RM. zu verwenden;

2. indem der Magistrat die Nutzung der Stadt aus ihrer Beteiligung an der Elektrowirtschaft G. m. b. H., Grünberg, und der Elektrizitätslieferungskoncession der Elektrowirtschaft G. m. b. H. in der Stadt Grünberg der Stadtsparkasse Grünberg zur treuhänderischen Verwaltung überläßt mit der Maßgabe, daß sie die Einnahmen aus der Gewinnbeteiligung und der Koncession erst dann an die Stadt weiterleitet, wenn sie sich davon überzeugt hat, daß die Stadt die fällig gewordenen Zins- und Tilgungsraten an den Geldgeber der 650 000-RM.-Anleihe bezahlt hat.

Der Anleiheerlös soll zum Bau der Kläranlage verwendet werden. Wieviel von dem Anleiheerlös dazu nötig ist, ist noch nicht genau zu übersehen, da noch nicht feststeht, wieviel Grundförderung und verstärkte Förderung aus den Mitteln der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge die Stadt erhält und ob und wieviel Baukostenzuschuß aus den Mitteln der DfHilfe zu bekommen ist. Aus den nicht zum Bau verwendeten Teilen des Anleiheerlöses sollen sich zu einem gewissen Gesamtbetrage Darlehen an Hauseigentümer gegeben werden, die verpflichtet sind, ihr Hausgrundstück an die Kanalisation anzuschließen, aber die Anschlusskosten aus eigenen Mitteln nicht aufbringen oder anderwärts nicht beschaffen können. Einen bestimmten Plan hierzu wird der Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung zu gegebener Zeit zur Entscheidung vorlegen. Darüber hinaus freie Mittel sollen zur Umschuldung kurzfristiger Kredite und zur Abzahlung rückständiger Verbindlichkeiten, die innerhalb des ordentlichen Haushaltsdefizits liegen, verwendet werden.

Die Zins- und Tilgungsbedingungen, sowie der Auszahlungsfürs der angebotenen Anleihe sind, gemessen an der allgemeinen Lage am Kapitalmarkt, sehr günstig. Die Bedingungen zur Sicherung der laufenden Darlehensleistungen, denen bei den jetzigen Verhältnissen des Kommunalkredits nicht ausgewichen werden kann, sind durchaus nicht hart.

Der Magistrat ist der Überzeugung, daß er in absehbarer Zeit ein günstigeres Darlehensangebot nicht bekommen wird und hat sich besonders mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, den dringenden Kläranlagenbau langfristig zu finanzieren, entschlossen, das Anleiheangebot anzunehmen.

Stadtv. Brandt beleuchtet die technische Seite dem ganzen Angelegenheit und tritt für das System Damaghe Mequin ein. Er erachtet dann um Auskunft, was ein vom Magistrat inzwischen noch eingeholtes Gutachten des Stadtbaurats Dr. Trauer (Breslau) über das Rosenquitt'sche Gutachten sagt, sowie um Gewährleistung für Ausführung, Leistung und Sicherheit beim Bau der Kläranlage. — Stadtv. Dr. Hildebrand kommt zu demselben Ergebnis wie Stadtv. Brandt, wenn auch mit einigen Einschränkungen. Bei der Finanzierung müßten insbesondere entsprechende Mittel als Darlehen für die Hausanschlüsse bereit gestellt werden. — Stadtv. Rudewig äußert Bedenken, daß die in der Vorlage eingezeichneten 200 000 RM. Kanalgebühren eingehend werden, da sowohl Hausbesitzer wie Mieter ohne Geld seien. Auch er erachtet, Mittel für Darlehen an Hausbesitzer in erhöhtem Maße bereit zu stellen, ebenso Stadtv. Kaupfe.

Stadtbaurat Ribbed sucht die von den Vorrednern geäußerten Bedenken zu zerstreuen. Das Gutachten des Dr. Trauer schließt sich im wesentlichen dem Gutachten Rosenquitt an. Die von Dr. Trauer empfohlenen Änderungen würden auch seitens der Frände-Werke berücksichtigt werden.

Oberbürgermeister Dr. Busse bemerkt, daß an der Anleihe nichts zu bemängeln sei und die Frände-Werke das Geld bereits vor dem Bau der Kläranlage überweisen wollen (bis 1. Februar 1933 muß es überwiesen sein). Es müsse versucht werden, bald alle Grundstücke an die Kanalisation anzuschließen (bisher sind es 624). Als Mittel für Darlehen an die Hausbesitzer sollen auch die aus der DfHilfe noch zu erwartenden Beträge reserviert werden. Redner bittet, die Entscheidung über die technische Seite der Kläranlage dem Magistrat zu überlassen. Die Finanzierung könne nicht besser geboten werden. Für die Hausanschlüsse ständen jetzt auch Reichsgeldzuschüsse zur Verfügung. Es dürfe keine Verzögerung im Beginn der Arbeiten eintreten.

Stadtv. Heinrich erbt in Punkt 1 der Vorlage einen starken Eingriff in die städtische Selbstverwaltung, in Punkt 2 eine Verpfändung städtischer Einnahmen. Der schwierigste Teil der Hausanschlüsse stehe noch bevor: der Anschluß der vielen kleinen Häuser, Staatszuschüsse müßten gesichert werden, um dem Grünberger Handwerker Arbeit zu verschaffen durch die noch zahlreichen erforderlichen Hausanschlüsse.

Oberbürgermeister Dr. Busse nennt die vom Vorredner geäußerten Mängel „nur starke Schönheitsfehler“. Die Form der Sicherung des Geldgebers sei mild. Einen besseren Vorschlag könne der Magistrat nicht machen.

Darauf verliest Stadtbaurat Ribbed das Gutachten des Dr. Trauer.

Auf Antrag des Stadtv. Dr. Hildebrand wird hierauf die Sitzung eine halbe Stunde unterbrochen. Die Fraktionen ziehen sich zu besonderen Beratungen zurück.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärt zunächst Stadtv. Brandt, seine Fraktion habe auch jetzt noch Bedenken gegen die Vorlage, sie könne ihr nur dann zustimmen, wenn der Hausbau nach dem System Damag-Mequin gebaut wird. — Stadtv. Dr. Hildebrand empfiehlt, zu versuchen, eine Einigung der beiden Gutachter über die strittigen Punkte herbeizuführen und beantragt, zu beschließen, daß die Verwendung der aus der Anleihe fließenden Gelder von der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung abhängig gemacht wird.

Stadtv. R. Laube empfiehlt Annahme der Vorlage, um mit dem Bau so schnell wie möglich beginnen zu können. Finanzielle Bedenken seien zwecklos, da die Stadt keine Mittel habe. Die Frände-Werke müßten aber tarifmäßige Löhne und einwandfreie Behandlung der Arbeiter zu sichern. — Auch Stadtv. Hartmann erhebt um baldige Inangriffnahme der Arbeiten und stimmt der Vorlage zu.

Nach weiterer Debatte, in der aber wenig Neues gesagt wird, erfolgt die einstimmige Annahme folgenden Antrags des Stadtv. Dr. Hildebrand:

„Dem Magistratsantrage wird mit folgender Maßgabe zugestimmt:

1. Vor der Auftragserteilung an die Frände-Werke ist die Übereinstimmung der beiden Sachverständigen Rosenquitt und Trauer über die zwischen ihnen strittigen Punkte herbeizuführen.

2. Die Verwendung der aus der Anleihe fließenden Gelder ist von der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung abhängig, soweit die Gelder nicht verwandt werden: a) zum Bau der Kläranlage selbst; b) zur Zahlung an alte städtische Gläubiger, die zur Aufnahme der neuen Anleihe unter den vorgezeichneten Bedingungen bestimmungsgemäß ihre Zustimmung geben müssen; c) für die Beschaffung städtischer Hausbesitzer mit mindestens 150 000 RM. für die Herstellung der Hausanschlüsse.“

Ankauf des Eisenschmiedwerkhäuses der Conf. Grünberger Gruben, Raumburger Straße.

(Referent: Stadtv. Urbach.)

Der Magistrat hatte in der Stadtverordneten-Versammlung am 2. März 1931 die Vorlage: Ankauf des Eisenschmiedwerkhäuses der Conf. Grünberger Gruben an der Raumburger Straße zurückgezogen, um mit den Gruben wegen des Kaufpreises weiter zu verhandeln und um noch verschiedene Fragen, die in der Stadtverordneten-Versammlung aufgetreten waren, zu klären. Die Verhandlungen mit den Conf. Grünberger Gruben sind nunmehr soweit fortgeschritten, daß der ehemalige Preis von 15 000 RM. auf 12 000 RM. herabgesetzt worden ist, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Stadt für Ofen, Herde und elektrische Installation noch einen Betrag von etwa 700 RM. aufwenden muß. Der Betrag von 12 000 RM. soll in der Weise gezahlt werden, daß die Gruben eine größere Anzahl Wohlfahrtskassen einkassieren, und die hierdurch wegfallenden Unterstellungen als Abbedungen für den Kaufpreis des Hauses den Gruben überwiesen werden. Der jeweilige Rest des Kaufpreises soll bis zur vollständigen Abdeckung mit 6 Prozent verzinst werden.

Es wird beantragt, dem Ankauf des Eisenschmiedwerkhäuses zuzustimmen.

Stadtv. Urbach bemerkt, es empfehle sich, vor Zustimmung noch einige Fragen zu klären, so z. B. die der Wasserversorgung. — Stadtv. M. Busch meint, in das Haus würden nicht 700 RM., sondern 7000 RM. hineingehören.

werden müssen. — Auch die Stadtv. Meier, Hartmann und Brandt äußern Bedenken. — Stadtrat Körner erklärt, an der Pumpe sei nichts auszusetzen, das Haus besitze 4 Wohnungen zu je 3 Stuben und 8 Wohnungen zu je 2 Stuben.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen mit dem Zusatz, daß in dem Kaufvertrag die Wasserversorgung von den Conz. Grünberger Gruben sichergestellt werden muß.

Keine Fahrt nach Biegnitz.

In der vorigen Sitzung war beschlossen worden, daß eine Deputation von Stadtverordneten nach Biegnitz fahren solle mit dem Auftrage, beim Regierungspräsidenten zu verhandeln, Mittel für städtische Winterhilfsmaßnahmen zu erhalten. Oberbürgermeister Dr. Buse hat mit dem Regierungspräsidenten Fühlung genommen und dieser hat am 10. d. M. mitgeteilt, daß staatliche Mittel nicht zur Verfügung stehen und von der Reise abzusehen sei. Stadtv.-Vorsteher Lindner weist auf die vom Reichstag beschlossene Winterhilfe hin. — Stadtv. Lüders erinnert an den in der vorigen Sitzung angenommenen Eventualantrag der SPD, dessen Annahme geeignet sei, die Reichswinterhilfe zusätzlich zu unterstützen.

Stadtv. A. Laube ist der Auffassung, daß vom Reichstag keine Hilfe zu erwarten sei. Er verweist auf einen zur heutigen Sitzung von der kommunistischen Fraktion eingebrachten Antrag auf eine einmalige Winterbeihilfe mit Deckungsvorschlägen. Dieser Antrag ist aber vom Stadtv.-Vorsteher nicht mit auf die Tagesordnung gesetzt worden, da eine Debatte über ihn nach der Verordnung vom 2. November d. J. gesetzlich nicht zulässig sei, weil die Deckungsvorschläge unzureichend seien.

Stadtv.-Vorsteher Lindner ist mit der Versammlung darin einig, daß die Stadtverwaltung nach Maßgabe der vorhandenen Mittel die Not lindern soll.

Gingefandt.

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion die proffegleiche Verantwortung.

Der Freiwillige Arbeitsdienst an der Partisch an alle Arbeiter!

Im September d. J. traten ungefähr 175 junge Leute aus dem Kreise Grünberg, die aus allen Berufen kamen und zum allergrößten Teil durch die wirtschaftliche Lage unschuldig aus dem Wirtschaftsprozess ausgestoßen waren, in den Freiwilligen Arbeitsdienst und in die Lager des Volksbundes für Arbeitsdienst an der Partisch ein, um den Arbeitgebern zu beweisen, daß sie nicht zu faul sind, zu arbeiten, wie man es eine Zeitlang einmal von ihnen sagte. Die Arbeitgeber hätten nunmehr auch die moralische Pflicht gehabt, bei Einstellungen von jungen Leuten unter 25 Jahren in erster Linie die jungen Leute zu berücksichtigen, welche mit der Schippe und dem Spaten in der Hand sich in den Dienst der Allgemeinheit gestellt haben, da diese, meine Kameraden, ja gerade diejenigen sind, die arbeiten wollen.

Aber niemand von uns wurde eingestellt. Jetzt ist uns im Freiwilligen Arbeitsdienst jedoch ein Licht aufgegangen. Sie, meine Herren, denken gar nicht daran, irgendwelche moralische Verpflichtungen einzulösen. Wenn Sie Arbeitnehmer gebrauchen, und das waren in dieser Zeit bis heute gar nicht so wenige, so haben Sie uns, die wir heute weit über 60 Kilometer von der Heimat Grünberg entfernt für die Allgemeinheit arbeiten, da in Stadt und Kreis Grünberg ja kein Platz für uns war, ganz und gar vergessen.

Nicht wenig Schuld daran hat allerdings auch das Arbeitsamt. Ich betone besonders: Wir sind während der Dauer unserer Beschäftigung im Freiwilligen Arbeitsdienst li. Geseh immer noch Erwerbslose. Wir haben also, obwohl wir nicht im Kreise Grünberg weilen, jedoch hier gemeldet sind, immer noch vollen Anspruch auf Arbeitsvermittlung. Wir sind mit 500 jungen Kameraden an der Partisch-Regulierung, davon mit 175 Leuten aus dem jetzigen Kreise Grünberg, beschäftigt und hoffen von Ihnen, ebenso von der

Stadtv. Dr. Hildebrand beantragt, die noch nicht gezahlten Aufwandsentschädigungen für unbesoldete Magistrats-Mitglieder und Stadtverordnete der städtischen Winterhilfe zu überweisen. — Stadtv. Sporn meint, damit würde man keine große Hilfe leisten können. Unter den Stadtverordneten befänden sich auch Arbeitslose. Der persönlichen Befreiungsfähigkeit seien aber keine Schranken gesetzt. — Für den Antrag Hildebrand stimmen nur 9 Stadtverordnete; er ist also abgelehnt. — Stadtv. Zantke bemerkt noch, richtiger sei es, Doppelpensionen der Winterhilfe zur Verfügung zu stellen.

Debatte über die Geschäftsordnung.

Zu der Beschwerde des Stadtv. Dr. Hildebrand am Beginn der Sitzung erklärt Stadtv.-Vorsteher Lindner, daß er sich im Rahmen der Geschäftsordnung bewegt habe. — Es folgt dann eine persönliche Auseinandersetzung zwischen Stadtv. Fr. Zyrrus und Stadtv. Dr. Hildebrand. — Auf der Tribüne wird es unruhig, so daß der Vorsteher droht, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen. — Stadtv. Heinrich erklärt, die Bestimmung in der Geschäftsordnung über vorzeitiges Verlassen der Sitzungen sei „vorsinftlich“; es gebe auch ein Recht der Minderheit. — Stadtv. Sporn mahnt zu positiver Mitarbeit auch bei gegensätzlichen Anschauungen. — Stadtv. A. Laube spricht über Parlamentarismus, „Mehelwerden“ und Not der Erwerbslosen. (Ruf von der Tribüne: Wo bleibt die Winterhilfe?) — Stadtv. Hartmann ersucht, die Würde des Hauses zu wahren; im Stadtparlament seien keine politischen, sondern Grünbergs Interessen zu vertreten. — Stadtv. Lüders betont, daß Gesetze (in diesem Falle die Geschäftsordnung) zu beachten seien. Stadtv. A. Laube äußert sich in demselben Sinne.

Schluß der Sitzung: 9¼ Uhr.

Kreisverwaltung und dem Arbeitsamt, daß Sie uns wenigstens nicht zum Weihnachtsfest an der Partisch versetzt werden. Wenn Sie uns keine Arbeit geben können, so geben Sie uns wenigstens eine Kleinigkeit, damit ich den jungen Leuten aus dem Kreise Grünberg wenigstens etwas unter den Tannenbaum legen kann. Unser Weihnachtsfest findet in allen unseren Partisch-Lagern am 20. d. M. statt. Es wird für viele unserer Kameraden zugleich das Abschiedsfest von uns sein, da wir den Winter über nicht alle Kameraden beschäftigen können.

Ich erwarte also ab heute bis zum 17. d. M. täglich den Geldbrieftträger und das Paketauto im Lager. Dieser Mann und das Auto werden uns beweisen, ob Sie uns vergessen haben oder, ob Sie doch an uns denken. Das Beste würde uns sehr freuen. Geben Sie uns Berufsarbeit, so ist uns das noch viel lieber. Schreiben Sie bitte alles und senden Sie bitte alles zur gleichmäßigen Verteilung an:

Ernst Reinde, Kameradschafts- und Lager-Führer, Arbeitslager Attendorf (Kr. Frankstädt).

Hinweise.

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion die proffegleiche Verantwortung.

Der Ortsausschuß für Jugendpflege gibt bekannt, daß die Kinovorstellung für Jugendliche mit den interessantesten Filmen „Canada und Dampfer Bremen“ am Donnerstag, dem 15. d. M., nachmittags 3.30 Uhr, pünktlich im Stadttheater beginnt. (Siehe Inserat.)

Für 50 Pf. kann man noch zu Weihnachten sein Glück machen! Am 20. und 21. Dezember findet die Ziehung der Weihnachts-Lotterie statt; bei der 450 000 RM. gewonnen werden. Der Höchstgewinn auf ein Doppelloß beträgt 50 000 RM. und wird auf Wunsch mit 90 Prozent in bar ausbezahlt. Das Loß kostet nur 50 Pf. Beachten Sie deshalb die in unserer heutigen Nummer erscheinende Anzeige der Weihnachts-Lotterie und bestellen Sie Lose auf einer Postkarte.

Aus dem Kreise Grünberg.

3. Rothenburg (Oder), 12. Dezember. Evangelischer Gemeindeabend. Den Auftakt zu den auch in unserem Städtchen vielfach stattfindenden Advents- und Weihnachtsfeiern gab der zur Adventsfeier ausgestaltete Gemeindeabend der evgl. Kirchengemeinde am 3. Advent im Saal des „Schwarzen Adlers“. Nach guter Tradition erfreute er sich eines zahlreichen Besuches aus allen Kreisen und sogar aus verschiedenen Ortsteilen der Kirchengemeinde. Gemeinamer Gesang von Adventsliedern und Chordarbietungen des von Kantor Reich geleiteten Kirchenchores umrahmten den ersten, in sich abgeschlossenen adventlichen Teil des Abends. Im Mittelpunkt desselben stand eine längere Schriftlesung und eine Adventsansprache des Ortspfarrers zu dem Apostelwort aus 2. Kor. 4, 6: „Gott, der da hieß das Licht hervorleuchten aus der Finsternis, der hat einen hellen Schein in unsere Herzen gegeben.“ In der Pause wurden eingehende Mitteilungen gegeben über die vom 9. bis 16. Januar n. J. im ganzen Kirchenkreis Grünberg stattfindende Evangelisations- und Weltanschauungswoche. Unsere Kirchengemeinde wird besucht und betreut von Pastor Selgentreu aus Stroppen, Kreis Trebnitz. Auch uns Christen und Gemeindeglieder tut Belehrung und Schulung in den die Gegenwart bewegenden Fragen des Glaubens und der Weltanschauung dringend not. Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß recht viele Gemeindeglieder diese besondere Gelegenheit zur Vertiefung und Klärung benutzen und alle Abendvorträge und Bibelfunden fortlaufend besuchen. Die Notwendigkeit der inneren Festigung erwies auch die wohlgeleitete Aufführung des vieraktigen religiösen Dramas von Alfred Herzog: „Der Kampf um Gott“, eines Stückes, welches auch schon auf größeren Bühnen von Berufschauspielern gespielt worden ist und z. B. in der Berliner Presse sehr anerkennende Würdigung fand. Soll und wird es in Deutschland auch einmal zu derartigen Auswirkungen der entschlossenen Gottlosigkeit kommen, wie sie uns in diesem Drama auf Grund wahrer Begebenheiten im bolschewistischen Rußland eindrucksvoll und erschütternd geschildert werden? Das ist die Frage, die sich jedem Zuschauer sehr ernst auf Herz und Gewissen legt. In stiller Ergriffenheit folgten alle der bei einzelnen Mitwirkenden durchschnittliches Talent überragenden Darstellung, deren Regie bei Lehrer Führer in besten Händen lag. Als Antwort der dankbaren Zuschauer ergab sich wie von selbst der gemeinsame Gesang des Lutherliedes: „Ein feste Burg ist unser Gott!“ Erwähnt seien auch der Kirchenchor und die Posaunenbläser. Mit herzlichsten Wünschen für eine gesegnete, fröhliche Advents- und Weihnachtszeit schloß der Ortsgeistliche den Abend.

rn. Großreichenau, 12. Dezember. Gemeindevertreter-sitzung. In der am Sonntag abgehaltenen öffentlichen Sitzung beschäftigte man sich u. a. mit dem Ausbau des Gemeindehauses. Beschluß soll hierüber erst nach Eingang eines für den Unternehmer bindenden Kostenschlags gefaßt werden. Bei der Ausführung sollen nur Handwerker aus Großreichenau beschäftigt werden. Ein Vorschlag des Kreisausschusses, den Bau der Straße Großreichenau-Rosel betreffend, wurde abgelehnt, da in Großreichenau hierfür zu wenig Interesse besteht. Einige Unterstützungsanträge wurden bewilligt. Im Hinblick darauf, daß der Gemeinde aufgegeben worden war, den Teil der Kreisausschüsse, welcher im Dorfe liegt, zu reinigen, wurde beschlossen, dieselben einen Antrag an den Kreisausschuß in Grünberg zu richten, daß die Chausseeverwaltung die Reinigung übernimmt, wie es früher beim Kreise Sagan gehandhabt wurde.

n. Niebisch, 12. Dezember. Die Elektrizitäts-Genossenschaft hielt gestern nachmittags im Lokale des Gastwirts Neumann eine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand u. a. die Neuwahl für den verstorbenen Rechner Karl Reijack. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Als neuer Rechner wurde Herr Ernst Rieger gewählt, an seiner Stelle als Vorstandsmittglied Herr Apelt (Kr. 26). Eine heftige Debatte wurde über die hohen Strompreise geführt. Dieser konnte aber nicht ermäßigt werden, da die Genossenschaft noch mit Verlusten zu kämpfen hat.

Pärben, 12. Dezember. Der Radfahrerverein Pärben-Steinborn veranstaltete am Sonntag einen öffentlichen Maskenball. 13 Masken hielten ihren Einzug, die 3 schönsten erhielten je einen Preis.

Die Saat geht auf

Roman von Curt J. Braun

(Nachdruck verboten.)

Er deutete mit riesiger Geste auf Fee und Nju, die beide wie erstarrt in den hohen Lehnstühlen saßen. Peter sah es nicht. „Ihr kennt euch wohl?“ fragte er heiter, „oder muß ich noch vorstellen? Meine Frau — meine Schwägerin.“

Joachim Eipp, der auf diesen Augenblick schon lange gewartet hatte, warf einen blitzschnellen Blick auf Peter. Ihr kennt euch wohl? — Gleich darauf begriff er die Harmlosigkeit des Wortes: Fee erhob sich. Das erste Erschrecken ihres Gesichtes war einer ruhigen Kühle gewichen, als sie ihm die Hand hinstreckte:

„Guten Tag, Herr Eipp. Es freut mich wirklich, Sie hier zu treffen.“ Niemand hätte in diesem Moment mit einer kälteren Lebenswürdigkeit sprechen können als Fee.

Nju war weniger beherrscht. Im Bestreben zur Gleichgültigkeit übertrieb sie die Fremdheit der Begrüßung, so daß Peter sie erstaunt ansah.

Aber es war bei ihm nur ein kurzes Mißtrauen: wahrscheinlich haben sie sich irgendwann einmal verachtet, dachte er — Kindereien der Großstadt. Er war viel zu neugierig auf Eipps Bericht, als daß es ihn länger hier gebuldet hätte.

„Entschuldigt uns“, bat er, „bis zum Essen dauert es doch noch eine halbe Stunde; wir haben inzwischen noch etwas zu erledigen.“ Er lief davon. Eipp folgte ihm die Treppe hinauf mit einer Ruhe, deren Erzwungenheit nur er ganz allein spürte. Oben tief er fast gegen die Wand, so wenig hatte er auf den Weg geachtet. Es war Fee — es war immer noch dieselbe Fee, es waren dieselben Augen, derselbe Mund, die ihn durch alle seine Träume verfolgt — aber ein böses, fremdes Wesen hatte sich dahinter verborgen, das zu ihm sprach: Guten Tag, Herr Eipp — es freut mich wirklich. Er riß sich zusammen, als er sich am Türrahmen schmerzhaft stieß.

Peter schlug die Tür ins Schloß.

„Na — nun schief mal los!“ rief er.

Eipp mußte sich sammeln. Was noch vor einer Stunde alle seine Gedanken erfüllt hatte, war innerhalb weniger Minuten ein fremder, fast vergessener Film geworden, den er jetzt erst mühsam wieder einspannen

mußte, um ihn vorzuführen: die gleichgültige Handlung einer Informationsreise, deren Einzelheiten jetzt lächerlich unwichtig geworden und nur noch mit Mühe zu erkennen waren, weil ihn eben das Schicksal geblendet hatte. Er erzählte davon mit einer fremden, unlebten Stimme.

Weber Fee noch Nju sprachen. Fee hatte das Gesicht gegen die Scheiben gepreßt, sah angelegentlich auf den Hof hinaus und hatte eine unklare



„Du bist ja sehr sicher. Du kannst sogar recht haben. Aber einmal wird er doch dahinterkommen.“

Angst vor ihrer Schwester. Angst... bis das erste Wort fiel. Als Nju nach einer ewig langen Pause ein kühles: „Sol Da hast du's!“ sprach, kam Fee sofort wieder zu sich. Er bedurfte nur des Widerspruchs, um ihre Sicherheit zu wecken.

Sie sah rasch herum und sprach heftig: „Eine Geschmackslosigkeit! Das hätte ich ihm nicht zugetraut!“

Nju lachte.

„Nicht von dir, daß du ihm die Schuld gibst!“ „Was willst du immer von mir? Ich konnte doch wirklich nicht ahnen, daß er hierherkommen wird! So etwas tut man nicht! Er ist kein Gentleman!“ — Fee

wurde leicht auffallend, wenn sie gereizt war. Um so ruhiger wurde Nju in diesen Fällen.

Vielleicht ist er froh, daß er hier untergekommen ist. Es soll ihm zuletzt nicht sehr gut gegangen sein.“

Fee setzte sich auf die Bank neben dem Fenster und sah nachdenklich zu Boden. Eine kleine, nervöse Falte stand zwischen ihren Augenbrauen. Selbst in diesem Augenblick mußte Nju feststellen, wie hübsch die Schwester ausah. Endlich sah Fee auf und sagte zögernd, unsicher: „Glaubst du, daß er wirklich nur wegen Geld hierhergekommen ist?“

„Das weiß ich nicht“, sagte Nju kurz, „und das interessiert mich auch nicht. Auf alle Fälle hätte Peter diese Situation wohl vermieden, wenn du ehrlich zu ihm gewesen wärest! Und es ist das Beste, wenn du ihm jetzt die Wahrheit sagst!“

„Nein!“ Fee schrie fast.

„Soll ich es vielleicht tun?“

„Du —!“ Sie standen dicht voreinander und sahen sich hagerfüllt an. Dann begann Fee zu lächeln. „Er wird es dir nicht einmal glauben“, sagte sie ruhig. „Wenn ich das Gegenteil sage, hält er die ganze Welt für Lügner.“ Nju nickte spöttisch.

„Du bist ja sehr sicher. Du kannst sogar recht haben. Aber einmal wird er doch dahinterkommen — und vor diesem Augenblick hätte ich an deiner Stelle Angst!“

Fees Sicherheit war wirklich sehr dünn, vor der Warnung verschwand sie wie Schnee in der Sonne.

„Ich kann es ihm nicht mehr sagen!“ bat sie. „Früher vielleicht, da wäre es eine Kleinigkeit gewesen, aber jetzt nicht mehr. Er hat mich manchmal gefragt — nach früher — und —“

„Und da hast du geschwindelt!“

„Ja! Natürlich!“

„Warum?“

„Ich — ich weiß nicht, damals kannte ich ihn noch nicht so gut, da hatte ich Angst, und später — später habe ich gemerkt, daß man zu ihm Vertrauen haben kann, daß er kein Wort gesagt hätte, auch wenn's ihm wehgetan hätte... aber da ging es nicht mehr. Da war schon zuviel gesprochen, was ich nicht mehr rückgängig machen konnte, er hätte mir doch sonst nie wieder ein Wort geglaubt —“

Ihre Augen hingen in tiefer, kindhafter Angst an der Schwester. Sie griff nach Njus Hand.

„Du mußt das doch verstehen! Sei doch nicht immer so böse zu mir! Hilf mir doch einmal!“ (Fortf. folgt.)

Volkswirtschaft

Vorbericht zum heutigen Berliner Schlachtviehmarkt

Mitgeteilt von der Firma Krebs u. Sponholz.

Berlin, 12. Dezember. Rinder: Auftrieb 1839, Preis 9-33; Kälber: Auftrieb 2956, Preis 14-45; Schafe: Auftrieb 3831, Preis 17-31; Schweine: Auftrieb 13 073, Preis vollfleischig 240-300 Pfund 39, vollfleischig 200-240 Pfund 37-38, vollfleischig 160-200 Pfund 34-36, vollfleischig 120 bis 160 Pfund 32-33; Sauen: Preis 33-36.

Infolge des etwas zu groß ausgefallenen Auftriebes verlief das Geschäft bei den Rindern und Schafen bei gleichbleibenden — bei den Kälbern und Schweinen bei etwas nachgebenden Preisen — etwas ruhig.

Berliner Produktenbörse vom 12. Dezember. Weizen, mütter, märkischer, 76 Kilogramm Durchschnittsqualität, ab Station 190.00-192.00; Roggen, prompt ruhig, spätere Lieferung mütter, märkischer, 71 bis 72 Kilogramm Durchschnittsqualität, ab Station 153.00-155.00; Gerste, ruhig, ab märkischen Stationen, feine Sorten über Notiz; Braugerste 169.00-179.00, Futter- und Industrieernte 160.00-167.00; Hafer, ruhig, märkischer, Durchschnittsqualität, ab Station 119.00-124.00; Weizenmehl, 100 Kilogramm, frei Berlin, brutto inkl. Sack 24.00-26.70, feinste Marken über Notiz; Roggenmehl, 100 Kilogramm, frei Berlin, brutto inkl. Sack, 0/1 (zirka 70 Prozent) 19.60-21.80, feinere Marken über Notiz; Weizenkleie frei Berlin 9.10-9.40; Roggenkleie frei Berlin 8.70-9.00; Viktoriaerbsen 21.00-26.00, feinste Sorten über Notiz; kleine Speiseerbsen 20.00-22.00; Futtererbsen 14.00-16.00; Pelusiten 13.00-15.00; Ackerbohnen 13.50 bis 15.50; Widen 14.00-16.00; Lupinen, blaue 9.00-11.00, gelbe 12.00-13.50; Serradella, neue 18.00-25.00; Leinfuchsen, Basis 37 Prozent, ab Hamburg 10.00-10.10; Erdnussfuchsen, Basis 50 Prozent, ab Hamburg 10.60; Erdnussfuchsenmehl, Basis 50 Prozent, ab Hamburg 10.80; Trockenschmelz, Partität Berlin 8.80; extrah. Solobohnenschrot, 46 Prozent, ab Hamburg 9.90, ab Stettin 10.70; gefüllte Handelsklassen wurden heute nicht notiert.

Ämtliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 12. Dezember 1932. An der Börse im Großhandel gezahlte Preise für volle Wagenladungen (Delsaaten in

kleinen Mengen) in Reichsmark, bei sofortiger Bezahlung. Nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis.

Tägliche ämtliche Notierungen.

Getreide:	12. 12. 1932	10. 12. 1932
Weizen (schlef.), neu, Heftoltergewicht von 76 kg		
gut, gesund und trocken	19.30	19.30
do. 74 kg, gut, gesund und trocken	19.10	19.10
do. 72 kg, gesund und trocken	18.70	18.70
do. 70 kg, gesund und trocken	18.30	18.30
do. 68 kg, trock. für Mältereizwecke verwendb.	17.70	17.70
Roggen (schlef.), neu, Heftoltergewicht von 71 kg		
gesund und trocken	15.40	15.20
do. 69 kg, gesund und trocken	15.00	14.80
Brauergerste, mittlere Art und Güte	11.70	11.70
Brauergerste, feinste	19.20	19.50
gute	17.80	17.80
Sommergerste, mittlere Art und Güte	17.00	17.00
Industrieernte, 65 kg	16.80	16.80
Wintergerste, 61-62 kg	15.90	15.90

Die Preise verstehen sich per 1000 Kilogramm waggonfrei Breslau in vollen 15-Tonnen-Ladungen.

Tendenz: Brotgetreide freundlich.

Ämtliche Notierung für Mältereizugnisse (je 100 Kilogr.).

	12. 12. 1932	10. 12. 1932
Weizenmehl (Type 70%)	26.75	26.75
Roggenmehl (Type 70%)	21.75	21.50
Auszugmehl	32.75	32.75

*) 65prozentiges 1.—RM., 60prozentiges 2.—RM., teurer.

Tendenz: Etwas freundlicher.

Delsaaten

mittlerer Art und Güte der letzten Ernte.

	12. 12. 1932	8. 12. 1932		12. 12. 1932	8. 12. 1932
Wintererbsen	—	—	Danffamen	—	—
Reinfamen	21.00	21.00	Baumohn, neu	70.00	70.00
Seinfamen	28.00	28.00			

Tendenz: Bis auf Seinfamen ruhig.

Aus anderen Kreisen Schlesiens.

Biegenitz, 12. Dezember. Fleischverbilligung für die Erwerbslosen. Die Fleischermittelung hat beschlossen, jedem Wohlfahrtsempfänger das Pfund Fleisch um 20 Rpf. zu verbilligen. Jeder Fleischermeister wird selbst bestimmen, wie viel Pfund verbilligtes Fleisch er abgeben will. Der verbilligte Fleischverkauf wird im Januar beginnen. — Haftentlassung Leichter. Heute ist auf Grund seiner Haftbeschränkung der vor einiger Zeit wegen Desinfektionsvergehen verhaftete Biegenitzer Industrielle Fritz Leichter, Inhaber der Biegenitzer Maschinenfabrik Leichter u. Sohn, gegen eine Sicherheitsleistung von 50 000 RM. vorläufig auf freien Fuß gesetzt worden. Die Ermittlungen sind derzeit fortgeschritten, das Verdunkelungsgefahr im Inland nicht mehr besteht. Im Ausland steht die Untersuchung auf große Schwierigkeiten, da die ausländischen Banken den deutschen Behörden keine Auskunft geben. Es handelt sich, wie man hört, in erster Linie um eine Schweizer Gründung von Leichter.

Görlitz, 12. Dezember. Die Unterschlagungen des Oberstadtschreibers. In der letzten Stadtverordnetenversammlung kamen die Unterschlagungen des Oberstadtschreibers Frömelts zur Sprache. Wie aus der Antwort des Magistrats hervorging, ist das vom Landgericht beschlossene Voruntersuchungsverfahren noch nicht abgeschlossen. Nach dem bisherigen Ergebnis belaufen sich die Unterschlagungen Frömelts auf über 57 000 RM. Die Unterschlagungen gingen bis auf 1928 zurück. Frömelts befindet sich gegenwärtig in der Heil- und Pflegeanstalt in Bunzlau, wo er auf seinen Geisteszustand untersucht wird.

Waldenburg, 12. Dezember. Wegen Aufruhrs 10 Jahre Zuchthaus. Der Maurer Hermann Seidel aus Weichseln wurde von der Großen Strafkammer Waldenburg wegen Aufruhrs, versuchter Gefangenenerbefreiung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt auf Grund der Terrorverordnung zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Vorfall ereignete sich am 18. Oktober d. J. in der Niederhermsdorf die Wohnung des Invaliden Knoblauch zwangsweise geräumt werden. Vor dem Hause hatten sich 200 bis 300 Personen angesammelt, die zum größten Teil dem antisozialistischen Kampfbund angehörten und nun verurteilt, die Räumung zu verhindern. Die Menge nahm eine drohende Haltung ein, schrie schließend die Pferde des Möbelwagens aus und bewarf das zwischen aus Waldenburg eingetroffene Ueberfallkommando mit Steinen. Unter der Menge befand sich auch Seidel. Er hatte, als ein Unbekannter, der die Pferde vom Möbelwagen losgeschirrt hatte, verhaftet wurde, den einschreitenden Polizeibeamten bedrängt.

Langenbielau, 12. Dezember. Besichtigung der Textilfachschule. Zu einer Besichtigung der Textilfachschule weckte dieser Tage Ministerialrat Prof. Dr. Hofmann hier. In Begleitung des Landrats von Schroeter unternahm er einen Rundgang durch die Fachschule und äußerte sich sehr anerkennend über die geschaffenen Einrichtungen. Er werde stets für Förderung und Unterstützung der Anstalt eintreten. Bei der anschließenden Besichtigung der Werke der Firma Christian Dierig A.-G. sprach sich Prof. Dr. Hofmann ebenfalls anerkennend aus.

Frankenstein, 12. Dezember. Wiederteil eines Totges glaubten. Eine in Lampersdorf wohnende Schuhmacherfrau H. war von einem Neuröder Forstbeamten telefonisch angefragt worden, ob sie die Frau des H. sei. Der Beamte teilte ihr dann mit, daß man ihren Mann im Walde erschossen aufgefunden habe. Zur großen Verwunderung und Freude der Frau trat gegen Abend der totesglaubte Mann ins Zimmer. Eine nochmalige Nachfrage bei dem Forstbeamten ergab, daß der im Walde aufgefunden H. aus Lampersdorf im Kreise Dels stammt. Es war eine Verwechslung vorgekommen, die leicht verhängnisvoll hätte werden können.

Breslau, 12. Dezember. Erneute Unruhen an der Universität. Die Pressestelle der Universität teilt mit: Am Montag, dem 12. Dezember, bald nach 11 Uhr, sammelte sich wieder eine Gruppe Studierender, zum Teil in Couloir, auf dem Korridor des ersten Stockes der Universität, um an dem fingen und „Cohn heraus“ zu schreiben. Als sich die Unruhestifter auf Aufforderung des Rektors nicht entfernten, wurden ihnen die Karten mit Hilfe der Polizei abgenommen.

S. Mittelherzogswaldau, 12. Dezember. Gemeindeversammlung. Gemeindevorsteher Schulz gab ein Schreiben des Bürgermeisters von Freytag bekannt, wonach die Gemeinde zum Ausbau des Bullendorfer Weges durch Siedlung von Gehwegen herangezogen werden soll. Es wurde des längeren über die rechtliche Verpflichtung debattiert, da wohl die Gemeinde den Weg verbessern müsse, sich aber nicht verpflichtet fühle, von weit her Steine anzufahren. Der Weg wird durch Arbeitsfreiwillige chauffemäßig befestigt. Schließlich erklärte man sich bereit, an zwei Tagen Gemeindevorarbeit zu leisten, da auch der einsehende Frost den sonst unpassierbaren Weg befahrbar macht. — Jagd. Bei der am Sonnabend auf Gemarkung Mittelherzogswaldau abgehaltenen Treibjagd (Jagdpächter Thiel-Freytag) wurden von 19 Schützen 105 Hasen, 5 Kaninchen und 11 Fasanen geschossen. Jagdtönig wurde Förster Brandt-Brünzelwaldau.

X Freytag, 12. Dezember. Auszeichnung. Für Verdienste in der Jugendbewegung ist dem Magistratssekretär Krause vom Ruffhäuserbund die silberne Bundesnadel verliehen worden. — Das Arbeitslager des Freiwilligen Arbeitsdienstes in der Jugendherberge wird laut Information an zuständige Amtsstellen im Winter aufrecht erhalten. Die Vorstände verschiedener Militär- und Kameradenvereine unterzogen am Sonnabend das vorbildliche Lager einer Besichtigung.

H. Neustädte, 12. Dezember. Einführung. Am 8. Adventssonntag fand die Einführung der neu gewählten kirchlichen Körperschaften vor verammelter Gemeinde statt. Die Neugewählten wurden durch Handschlag und Gelöbnis verpflichtet. Im Anschluß an den Gottesdienst verammelten sich die kirchlichen Körperschaften zu einer kurzen Besprechung im Gemeindefaal, wo Pastor Lorenz die Aufgaben der Vertreter und der evangelischen Kirche darlegte. — Der landwirtschaftliche Hausfrauenverband gestaltete seine Dezemberfeier zu einer Adventsfeierkunde in der hiesigen Haushaltungsschule. Im festlich geschmückten Saale hatten sich die Mitglieder zahlreich eingefunden und wurden von der Majorsfrau Bieneke begrüßt. Die Schülerinnen und Lehrerinnen der Haushaltungsschule erfreuten die Gäste mit Gedichten und Liedern. Die Vorsteherin las eine Erzählung über die Entstehung des Weihnachtsfestes „Stille Nacht, heilige Nacht“ vor, die mit diesem Liede ausklang. Bei Kaffee und Kuchen ließ es sich gut plaudern und so vergingen die Nachmittagsstunden nur zu schnell.

K. Neusalz, 12. Dezember. Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft. Auf Antrag des Magistrats Neusalz (Ober) hat der Landrat des Kreises Grünberg die Verhängung des Wohnungsmangelgesetzes in der Stadtgemeinde Neusalz wieder aufgehoben. Die Stadtgemeinde Neusalz gilt nach § 4 der 7. Verordnung über die Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft vom 26. Oktober 1931 ab 1. Januar 1933 als Gemeinde ohne Wohnungsmangel, in der die Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes keine Anwendung finden. Mit Verfügung des Landrats Freytag vom 7. März 1928 war die Wohnungszwangswirtschaft u. a. auch in den Gemeinden Mittschau und Aufhals wieder eingeführt worden. Auch diese Verfügung wurde nach Anhörung der Gemeindebehörden in Mittschau und Aufhals aufgehoben.

K. Deutschwarthenberg, 12. Dezember. Der Turnverein e. B. hatte für gestern Abend zu einer Advents- und Weihnachtsfeier eingeladen. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. In der Hauptsache war die Veranstaltung als ein Werbeabend für die edle Turnnische gedacht. Das reichhaltige, gut zusammengestellte Programm wurde von den (45) noch schulpflichtigen Schülern des Vereins bestritten. In seiner Begrüßungsansprache hob der 1. Vorsitzende, Rob. Prüfer, den Zweck: die Erhaltung der heranwachsenden Jugend, die Unterordnung, Disziplin und kameradschaftlichen Geist, treffend hervor. Ein gesunder Geist kann nur in einem gesunden Körper wohnen. Ungemein gefiel „die Wundereisenbahn im Weihnachtswalde“. Durch ihre vortreffliche Wiedergabe nicht minder sprachen das Weihnachtsspiel „Nacht Ruprecht“, die Stellung der Pyramiden, die R.-Gruppen und Freilübungen und schließlich der Reigen der niedlichen Mädchen an. Die ganze Veranstaltung gab Zeugnis von bester Vorbereitung, um welche sich besonders Turnführer Prüfer, Fendler, Schirmer, B. Niebe, beide Neumann und andere sehr bemüht hatten. Die unter Leitung von Dietrich Prause angefertigten und ausgeteilten Vortragsarbeiten der Abgänger fanden viel Anerkennung. Zum Schluß ertönen Nacht Ruprecht und verteilte unter den zahlreichen Kindern seine Gaben. Wirksam unterstützt wurde die Veranstaltung durch ebenso prächtige wie passende Kostüme und entsprechende Szenarien.

J. Sawaldau, 12. Dezember. Ein Motorradfahrerunfall ereignete sich Sonntag nachmittags am Eingang des Ortes. Ein Grünberger Fahrer glitt in einer der vielen Kurven auf der durch den Raubfisch schlüpfend gewordenen Straße aus und wurde mit seinem Fahrzeug auf den Bürgersteig geschleudert. Der Fahrer trug glücklicherweise nur einige Schrammen im Gesicht davon, das Rad wurde erheblich beschädigt.

v. Saabor, 12. Dezember. Gründung. In einer Versammlung bei Witz („Traube“) wurde die Gründung eines Motor- und Kraftfahrerkulubs beschlossen. In den Vorstand wurden gewählt: Elektromechaniker W. Höber als Vorsitzender, Kaufmann Gorkasch als Schriftführer, Dentist E. Kaufmann

Kassierer, Tischlermeister E. Schulz und Fleischer R. Marschall übernahmen die Ämter des 1. und 2. Fahrwarts. Zweck der Gründung ist, sich einem größeren Verbande anzuschließen, um bei Rechtsstreitigkeiten nach etwaigen Zusammenstößen u. a. eine wirksame Vertretung für die angeschlossenen Mitglieder zu haben. — Der Imkerverein hielt am Sonntag eine außerordentliche Sitzung ab, deren Hauptzweck die Beratung über den Anschluß an die Seuchenhilfskasse war, da sehr viele Mitglieder in diesem Jahre infolge der bössartigen Faulbrut arg an ihren Bienenstöcken Einbuße erlitten hatten. Der Vorsitzende, Hermann Müstake, gab zunächst die Sitzungen der Hilfskasse bekannt. Bedingung ist, daß bei jedem Seuchenverdachte der Betroffene ungekündigt dem Vereinsvorsitzenden Meldung macht, der dann an die Polizei und den Gau weiter berichtet. Der Beitritt zur Hilfskasse wurde einstimmig beschlossen. Schatz nahm der Verein Stellung gegen die Schleuderpreise für Honig, soll es doch vorgekommen sein, daß sogenannte „Auchimker“ den Honig schon für 90 Rpf. für das Pfund abgegeben haben, obwohl gerade in Schlesien die Honigernte in diesem Jahre besonders schlecht gewesen sein soll. An der Regel „Honigpreis gleich Butterpreis“ müsse festgehalten werden. Aus der Versammlung heraus wurden scharfste Maßnahmen gegen die „Außenleiter“ gefordert, die ihre Stände der Kontrolle gegen Faulbrut zu entziehen versuchen. Hier müsse das Seuchengesetz rückwärtslos durchgeführt werden, wenn nicht alle anderen Imker durch diese Saumeligen schweren Schaden an ihren Beständen erleiden sollen.

C. Kontopp, 12. Dezember. Der Eisenbahnverein veranstaltete am Sonnabend im „Schwarzen Adler“, wie alljährlich, einen Film- und Vortragsabend. Es wurden die Filme „Walpurgisnacht“ und „Wayer auf Reisen“ vorgeführt. Leider ertitt die Vorführung infolge Versagens der Apparatur Unterbrechungen. — Ein Streichkonzert mit volkstümlichem Programm gab am Sonntag die im Vorjahre neu gegründete Kapelle im „Schwarzen Adler“. Die Leistungen bewiesen, daß sich die Kapelle nicht nur auf Tanz- und Blasmusik beschränkt. Die Solis des Violonisten Blümel ernteten reichen Beifall. Das Konzert war sehr gut besucht, ein Ball schloß sich an. — Eingebrochen wurde am Sonntag Abend bei Schlossermeister Ernst Schulz. Während dieser mit Familie im Konzert weilte, wurde von dem Täter auf der Hofseite eine Fensterscheibe eingebrochen; anscheinend ist er geflüchtet worden, da nichts gestohlen wurde. Oberlandjäger Pfeiffer nahm noch in der Nacht die Ermittlungen auf.

W. Liebenitz, 12. Dezember. Töblich verunglückt. Dem Zimmermann Wilhelm Simon aus Kölmchen, der in Liebenitz an der Kreisstraße beschäftigt war, flog ein Stück Holz an den Oberkörper. Dabei ertitt er schwere innere Verletzungen, die seinen Tod zur Folge hatten.

Schöffen für die Große Strafkammer Ologau für 1933/34.

Durch den Landgerichtspräsidenten in Ologau sind für 1933 vorgesehene Sitzungen der Großen Strafkammer in Ologau für 1933/34 folgende Schöffen ausgelost worden, wonach einzelne Schöffen bis zu 12mal in beiden Jahren berufen sind:

Georg Wiorowski, Tischler, Priebus.
Artur Goldner, Schneidermeister, Halbau.
Albert Adam, Maurerpolier, Sprottau.
Gustav Schulz, Gewerkschaftssekretär, Sagan.
Heinrich Steinke, Lehrer, Sagan.
Karl Dein, Postmeister, Primkenau.
Wilhelm Steinmetz, Direktor, Sagan.

Adolf Wirth, Gutsbesitzer, Ederdorf.
Gans Malsche, Landwirt, Müdersdorf.
Walter Bieneke, Major a. D., Poppitzsch.
Karl Ulrich, Fabrikbesitzer, Giesmannsdorf.
Otto Ender, Konrektor, Neusalz.
Leo Heimann, Kaufmann, Neuthen.
Alfred Jhm, Kaufmann, Grünberg.
Dietrich Krüger, Landwirt, Rauden bei Neusalz.
Paul Michel, Dachdeckermeister, Freytag.
Otto Krug, Gemeindevorsteher, Kolzig.
Wilhelm Pollack, Landwirt, Wenigleßen.
Hermann Markert, Konrektor, Grünberg.
Heinrich Germer, Baumeister, Schlawa.

Schöffen für die Kleine Strafkammer in Ologau.

Für 120 vorgesehene Sitzungen der Kleinen Strafkammer in Ologau für 1933/34 sind u. a. folgende Schöffen ausgelost worden:

Linus Brundke, Gutsbesitzer, Nittrich.
Hermann Haupe, Landwirt, Lippen.
Karl Laube, Bauarbeiter, Grünberg.
Ernst Bartisch, Handelsvertreter, Grünberg.

Robert Zimmer, Amtsvorsteher, Sawade.
Josef Linke, Landwirt, Modritz.
Fritz Müller, Architekt, Neustädte.
Alfred Exler, Kunstgärtner, Neusalz.
Alfred Weber, Kaufmann, Grünberg.
Reinhold Schander, Stellmachermeister, Kontopp.
Heinrich Baumgart, Dachdeckermeister, Vielawe.

Der Unterricht wurde nur in der Zeit von 11 bis 12 Uhr geführt.

Brieg, 12. Dezember. Die Brandstiftungen im Kreise. Gegen den im Zusammenhang mit den beiden großen Schadenfeuern in Vossen und Waldbaus festgenommenen 69jährigen Renteneinpfänger Josef Menzel aus Waldbaus ist von der Staatsanwaltschaft Anklage wegen Brandstiftung in 2 Fällen erhoben worden. Die Ermittlungen haben die Verdachtsmomente gegen Menzel verstärkt; dieser leugnet jedoch weiter, mit den Bränden irgend etwas zu tun zu haben.

Leobisch, 11. Dezember. Bauernkundgebung. Am Sonnabend fand hier eine Kundgebung der Rot- und Schicksalsgemeinschaft und der landwirtschaftlichen Organisationen statt. Der Vorsitzende der Rot- und Schicksalsgemeinschaft, die Vertreter des Christlichen Bauernvereins, des Oberschlesischen Bauernvereins und des Landbundes schloßerten die Notlage der Grenzlandbauernschaft. Auf ihre Ausführungen, die darauf abzielten, den Leobischern zum Notstandsgebiet zu erklären, wurde von den Vertretern der Regierung sofortige Hilfe versprochen. Die Versammlung formulierte schließlich ihre Forderungen in einer Entschließung, die den Reichs- und Staatsstellen übermitteln werden soll. In ihr wird gefordert: Steuerfreiheit für die Katastrophengebiete 1931/32, Senkung der Kommunalabgaben durch Gewährung von 75 Prozent aus Mitteln der Dillhilfe wie in Ostpreußen (statt bisher 50 Prozent), Ermäßigung des Zinsfußes für die Dillhilfskredite der umgeschuldeten Betriebe von 5,7 auf 3 Prozent wie in Ostpreußen, Senkung der Zinsrenten, Zahlung von Ergänzungszuschüssen zum Schulerhalt schon bei 200 Prozent Gemeindezuschüssen statt wie bisher erst bei 400 Prozent, Erlass der Grundvermögenssteuer auf Antrag, Erlassen an den Oberpräsidenten, durch eine neutrale Sachverständige Schlichtungskommission sich an Ort und Stelle von der Notlage der Gemeinden im Kreise Leobisch zu überzeugen, und schließlich Sonderregelung der Umfahsteuerdurchschnittssätze im Kreise Leobisch. Die Versammlung nahm einen durchaus ruhigen Verlauf.

Beuthen N.-S., 12. Dezember. Das Einsturzungsloch im Hallenschwimmbad. Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts begann heute der Prozeß wegen des Einsturzungslochs an dem Neubau des Hallenschwimmbades in Beuthen am 23. Oktober 1932, bei dem 5 Arbeiter getötet und 18 verletzt wurden. Angeklagt sind der Diplomingenieur und Baunternehmer Walter, Architekt Reckmann, Betonpolier Thomalla, Architekt Gernow, Bauführer Raupert, Magistratebauamt Wolff und Bauführer Schindler. Zu der Verhandlung sind etwa 30 Zeugen und 9 Sachverständige, darunter Professoren von mehreren Technischen Hochschulen und der jetzige Stadtbaurat von Leipzig, geladen.

Polnisch-Oberschlesien.

Kattowitz, 12. Dezember. Einführung des polnischen Gewerbegesetzes abgelehnt. In einer Sitzung der Gewerbekommission des Schlesiens wurde über die Einführung des polnischen Gewerbegesetzes in der Wojewodschaft Schlesiens verhandelt. Die Kommission beschloß mit 6 gegen 2 Stimmen, dem Plenum den Antrag vorzulegen, der Ausdehnung des neuen Gewerbegesetzes auf die Wojewodschaft Schlesiens nicht zuzustimmen. Die deutschen Vertreter sprachen sich gleichfalls gegen die Ausdehnung des neuen Gewerbegesetzes aus.

Aus der Provinz Brandenburg.

6. Großblumberg, 12. Dezember. Hilfsaktionen zur Winterhilfe. Die in unferm Drie ständig wachsende Arbeitslosigkeit hat die Durchführung einer besonderen Winterhilfsaktion notwendig erscheinen lassen. Es sind Maßnahmen eingeleitet worden, um die Not in erwerbslosen Familien, die im beginnenden Winter härter sein wird, als im Vorjahre, zu lindern. Die Gemeindevertretung hat in ihrer letzten Sitzung über Möglichkeiten einer wirksamen Durchführung der Winterhilfe beraten und gleichzeitig einen Ausschuß gebildet, welcher sich aus dem Schöffenamt und den Gemeindevorstehern Dergit und Koste zusammensetzt. Auch die Evangelische Frauenhilfe hat in ihrer letzten Monatsversammlung sich mit der Winterhilfe beschäftigt, die sich auch auf die Stephanusgemeinde in Berlin erstrecken soll. Es wurde ein Winterhilfsausschuß gewählt, dem 12 Frauen angehören. Beide Hilfsausschüsse haben ihre gegenseitige Tätigkeit bereits gemeinsam aufgenommen. Es ist eine Hausammlung durch die Frauenhilfe in die Wege geleitet worden, die der Winterhilfe Barmittel, Kleidungsstücke und Lebensmittel zuführen soll. Auch der Jungmädchenverein wird sich durch Anfertigung von Bekleidungsgegenständen in den Dienst des Hilfswerkes stellen. Die bisherigen Sammelergebnisse sind recht erfreulich und zeugen von großer Opferwilligkeit. Die ersten Pakete mit Lebensmitteln aller Art konnten der Stephanusgemeinde bereits zugeführt werden.

Ein nachdenkliches Gespräch über den Wert von Pfennigen.

Wohlfahrtsbriefmarken? Gehört habe ich wohl schon davon, gesehen habe ich aber noch keine. Wie ist das möglich? Die sind doch in jeder Postanstalt und bei den Wohlfahrtsverbänden zu haben. Lesen Sie denn keine Zeitungen? Die Presse bringt doch häufig Notizen und sogar Abbildungen. In vielen Städten sind sie auch schon auf den Straßen verkauft worden. Sind denn das richtige Briefmarken, mit denen man Briefe frankieren kann? Natürlich! Vollwertige Postwertzeichen für alle Postsendungen nach dem In- und Ausland mit kleinen Wohlfahrtsaufschlägen, die dem Kampf gegen die Winternot dienen. Die Idee leuchtet mir ein. Postwertzeichen braucht jeder täglich. Kommt aber bei den kleinen Aufschlägen denn etwas dabei heraus? Bei den Hauptgebrauchswerten (der 4-, 6- und 12-Pf.-Marke) sind es pro Stück freilich nur 2, 3 oder 4 Pfennige. Aber diese Pfennige können sich zu großen Beträgen summieren, denken Sie doch, bei dem täglichen Millionenverbrauch an Postwertzeichen. Ja, ja der Pfennig ist gar nicht zu verachten, wenn er Massen auftritt. Das macht man sich meistens gar nicht klar. Und Sie werden an den hübschen Marken auch Ihre besondere Freude haben. Es sind richtige kleine Kunstwerke, bekannte deutsche Burgen und Schlösser mit reicher geschichtlicher Vergangenheit. Außer den gängigen Werten gibt es auch noch die 25-Pf.-Marke, vor allem fürs Ausland. Und die Weihnachtsmarken sollten alle nur eine 40-Pf.-Wohlfahrtsbriefmarke tragen. Außerdem ist noch eine Dänemark-Wohlfahrtsbriefmarke mit eingedruckter Marke (Lannenbergdenkmal) erschein.

Sport - Spiel - Turnen

Internationale Fußballfragen.

Tagung des Fisa-Vorstandes.

Unter dem Vorsitz seines Präsidenten Jules Rimet (Frankreich) tagte das Exekutivkomitee des Fußballweltverbandes (Fifa). Zu dem großen Erfolg Österreichs im Länderspiel gegen England wurde beschlossen, dem Verband und seiner ausgezeichneten Mannschaft zu dem guten Abschneiden die besten Glückwünsche zu übermitteln. Zur Weltmeisterschaft 1934 wurde die von der eingeleiteten Kommission gewünschte technische Veränderung gutgeheißen. Zur Förderung der Arbeiten wurde ein weiterer Ausschuß gebildet, dem Mauro (Italien) als Vorsitzender, Dr. Bauwens (Deutschland), Ingenieur Fischer (Ungarn) und Generalsekretär Dr. Schröder angehören. Das Verhältnis der südamerikanischen Fußballverbände zur Fifa und die Arbeit der nordischen Staaten auf der Konferenz in Kopenhagen wurden geprüft. Zwecks Aufstellung eines Speisefußes der internationalen Schiedsrichter wurde die von Dr. Bauwens ausgearbeitete Kostenliste angenommen, ferner ein Entwurf der Schiedsrichterberichte an die Fifa.

Fußball

Tabellenstand am 11. Dezember 1932:

Vereine	Spiele	Gew.	Verl.	Unentsch.	Tore	Pkt.
Sportklub Jauer	12	7	3	2	42:19	16:8
Schlesien Haynau	14	8	3	3	50:31	19:9
WVB. Regnitz	13	8	4	1	33:21	17:9
F.C. Dils 03 Regn.	13	7	4	2	36:25	16:10
Sportfr. Grünberg	12	4	5	3	24:27	11:13
Dtsch. S.C. Neulatz	13	4	7	2	24:39	10:16
Preußen Glogau	13	4	8	1	27:45	9:17
Spielvereinig. 96	10	1	9	—	15:44	2:18

WVB. Wartenberg I—Blau-Weiß Jülichau I 0:3, Eden 4:3, Halbzeit 0:1.

Am Sonntag weilte die WVB-Mannschaft zum letzten Verbandsspiel bei Blau-Weiß in Jülichau und mußte sich eine Niederlage gefallen lassen. Die Wartenberger traten mit Erfolge in der Verteidigung an. Die Leistungen der Stürmer waren nicht so wie sonst, und so war die Niederlage nicht zu verhindern.

WVB. Freystadt II—Leßendorf I 10:2.

Handball

Nordniederschlesischer Turngau.

Eine Klärung im Spielstand der Meisterklasse ist zwar eingetreten, wenn auch in etwas anderer Weise, als man vermutet hatte. WVB. Grünberg kam durch Nichtantreten der Freystädter Meistermannschaft zu einem leichten Erfolg. Das erst 3 Tage vor dem Spiel an den Gauspielführer ge-

Das ist wirklich ein sehr guter Weg, auch mit kleinen Summen etwas für die Notleidenden zu tun. Selbstverständlich heißt es für mich nun auch: Im Weihnachtsmonat nur Wohlfahrtsbriefmarken auf alle Postsendungen! Die Marken sind bei den Wohlfahrtsorganisationen und den Postanstalten erhältlich.

Tages-Nachrichten aus aller Welt.

Glückwunschschreiben an Gräfin von der Groeben. Berlin, 12. Dezember. Der Reichspräsident hat der Vorsitzenden des Vaterländischen Frauenvereins vom Roten Kreuz und stellvertretenden Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, Frau Dr. h. c. Gräfin Agnes von der Groeben zur Vollendung ihres 70. Lebensjahres in einem herzlichen persönlichen Schreiben unter Würdigung ihrer vaterländischen Verdienste seine Glückwünsche ausgesprochen.

Kultusminister a. D. Dr. Becker leicht verunglückt.

Berlin, 12. Dezember. Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Personenkraftwagen und einem Lastauto wurde der frühere Preussische Kultusminister Dr. Becker im Gesicht leicht verletzt. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde er in seine Wohnung gebracht.

Hans Vertram in Surabaja angekommen.

Surabaja, 12. Dezember. Der deutsche Flieger Hans Vertram ist nach gut verlaufenem Fluge, von Bima kommend, hier gelandet. Kurz nach dem Abflug von Bima entdeckte der Mechaniker Allen einen blinden Passagier, der sofort nach der Ankunft in Surabaja, die um 18.30 Uhr Ortszeit erfolgte, festgenommen wurde. Vertram erklärte auf Befragen, sein Flug sei bislang nur durch starke Gegenwinde gehindert worden. Er beabsichtigt, bei Sonnenaufgang Surabaja zu verlassen und hofft, in einem Flug ohne Zwischenlandung die Stadt Medan im Nordwesten der Insel Sumatra erreichen zu können.

Raubmord im Vogtland.

Plauen (Vogtland), 12. Dezember. Die 61 Jahre alte Ehefrau des Lebensmittelhändlers Maximilian Höfer wurde in ihrer Wohnung in der Dvorstadt ermordet aufgefunden. Die Leiche wies mehrere Messerstiche am Hals auf. Die Täter haben etwa 10 RM. aus der Ladentasse geraubt. Im Schlafzimmer und Badezimmer durchwühlten sie sämtliche Behälter und fanden weitere 90 RM.

Bier Kinder ertrunken.

Memel, 12. Dezember. Auf dem Dorftisch in Corallischen (Kreis Memel) brachen gestern sechs Kinder durch die dünne Eisdecke. Vier Kinder ertranken, die übrigen beiden konnten mit Mühe gerettet werden.

Schiffszusammenstoß in Holtenau.

Kiel, 12. Dezember. Auf der Holtenauer Reede stießen der Königsberger Dampfer „Tilfit“ und der Bremer Dampfer „Elektra“ zusammen. Die „Elektra“ mußte in sinkendem Zustande auf Strand gesetzt werden.

Schlagwetter-Explosion in Belgien — sechs Opfer.

Perronnes (Sennegau), 12. Dezember. In der tiefen Grube St. Margherite ereignete sich eine Schlagwetterexplosion, der sechs Personen zum Opfer fielen.

richtete Erfuchen um Verlegung des Spieles mußte abgelehnt werden, weil ja der amtliche Spielplan schon seit etwa 8 Wochen bekannt ist. Es ist schade, daß auf diese Weise die Entscheidung fallen mußte. Die 1. Mannschaft der Reichsbahn Glogau lieferte der 1. Fraustädter Mannschaft ein Spiel, das der Schiedsrichter wegen unternünftigen Verhaltens der Glogauer Mannschaft nach 46 Minuten bei einem Stande von 2:2 abbrach. Die weiteren Ermittlungen in dieser Angelegenheit werden vom Gauspielführer unterommen werden. Dem WVB. Neulatz gelang ein knapper Sieg über Herwigsdorf. Die anderen Spiele wurden ohne große Überraschungen durchgeführt.

Schlagball

Schlagballspiele der Grünberger Volksschulen.

1924 wurden erstmalig von den Volksschulen des Kreises und denen der Stadt Grünberg Schlagballwettkämpfe ausgetragen. Die Volksschulen und die Stadtschulen hatten jede ihre beste Mannschaft ermittelt, die dann um den Sieg kämpften. In den späteren Jahren wurden diese Wettkämpfe nur von den Grünberger Volksschulen ausgetragen. Der Ortsausschuß für Leibesübungen hatte für die siegreiche Mannschaft einen Wimpel gestiftet, der, als Wanderpreis gedacht, in den ewigwährenden Besitz der Schule übergeht, die ihn dreimal errungen hat. Den ersten Wimpel gewann die Volksschule 7/8. Seit 1927 wird um den neuen Wimpel gespielt, den bisher einmal die Volksschule 5/6 und zweimal die Schule 7/8 errungen hat. Wegen der geringen Zahl der oberen Knabenklassen an den Grünberger Volksschulen hat man den Kampf um den Wimpel seit 1930 ausgesetzt und bringt seit dieser Zeit nur 2 Urkunden zur Verleihung für die beiden besten Mannschaften. Hoffentlich können im nächsten Jahre wieder alle Schulen Schlagballmannschaften aufstellen.

Den 1. Platz bei den diesjährigen Wimpelspielen belegte die Lange Gasse mit 8 gewonnenen Spielen. Dann folgen Lindeberg-Schule mit 2 gewonnenen und 1 verlorenen Spiel, Pestalozzi-Schule B mit 1 gewonnenen und 2 verlorenen Spielen, Pestalozzi-Schule A mit 3 verlorenen Spielen. Lange Gasse und Lindeberg-Schule erhalten über ihre Erfolge bei den Spielen eine Urkunde.

Kegeln

Meisterschaftskämpfe in Grünberg.

Der 2. Lauf der Meisterschaftskämpfe im Verband Grünberg des DKB. auf Vohle Bahn I und II (Keglerheim Parkhotel) je 50 Angeln ist beendet. Sämtliche gemeldeten Starter haben sich an diesem Kampf beteiligt. Der Stand der fünf besten Meisterschaftskämpfer nach dem 1. und 2. Lauf ist folgender: 1. Georgi 1416 Holz; 2. Zillmer 1405 Holz; 3. Döft 1394 Holz; 4. Hofmann 1390 Holz; 5. Flieger 1382 Holz. Das beste Resultat auf Bahn I erreichte Georgi mit 357, auf Bahn II Zillmer mit 349 Holz. Die höchsten Sagen schoben Flieger 79, Zillmer 78, Georgi 77 Holz.

Rechtsentscheide des Kammergerichts in Mieterkassachen.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt folgende zwei Rechtsentscheide des Kammergerichts in Mieterkassachen vom 5. November 1932 mit:

Im Verfahren auf Erhebung der Genehmigung des Wohnungsamtes zum Wohnungsaustausch haben das Miet-einigungsamt und die Beschwerdestelle die Bekanntmachung des Oberbürgermeisters der Stadt Berlin vom 25. 5. 1932, wonach bei Wohnungen mit einer Friedensmiete von mehr als 400 RM. die Genehmigung des Wohnungsamtes zu dem Tausche vom 1. 6. 1932 ab nicht mehr erforderlich ist, auch dann anzuwenden, wenn die Verlegung der Genehmigung vor dem 1. 6. 1932 erfolgt ist.

Nach § 5 der Verordnung über die Mietzinsbildung in Preußen in der Fassung vom 8. 10. 1931 sind das Miet-einigungsamt und die Beschwerdestelle zur Festlegung der Friedensmiete für eine Wohnung, die durch Teilung einer Vierzimmerwohnung nebst Boden entstanden ist, verpflichtet, wenn nach dem Vortrag des Antragstellers die Teilung vor dem 1. 4. 1932 erfolgt ist.

Beachten Sie bitte bei Einkäufen die Inserenten unserer Zeitung

Rundfunk-Programm für den 14. Dezember 1932.

Königsruferhausen 184 kHz / 1635 m / 60 kW

6.15: Gymnastik. — 6.30: Wetter. — 6.35: Frühkonzert des Philharmonischen Orchesters. — 9.30: Wohlfahrtsstunde für Unbeschäftigte. — 10.00: Nachrichten. — 10.10: Schulfunk. Wie die Wohlfahrtsbriefmarken entstehen. — 11.00: Seewetterbericht. — 11.30: Lehrgang für praktische Landwirtschaft. Allgemeine Gesichtspunkte für die Wirtschaftseinstellung. — 12.00: Schach. — 12.05: Zeitzeichen. — 1.35: Nachrichten. — 2.00: Schallplatten. — 3.00: St. Nikolaus in Rot. Von Felix Timmermanns. — 3.30: Wetter. — 3.45: Frauenstunde. Der bunte Teller in Nord und Süd. — 4.00: Pädagogischer Funk. Tägliche Übungen im Deutschunterricht der Volksschule. — 4.30: Nachmittagskonzert des Orchesters erwerbsloser Musiker Hannover. Vom Norddeutschen Rundfunk. — 5.30: Weltanfang und Weltende in den Religionen der Völker. 3. Die europäischen Religionen. — 6.00: Finnische Musik. — 6.30: Die Verbreitung der deutschen Sprache in der Welt. — 6.55: Wetter. Kurzbericht. — 7.00: Englisch. — 7.30: Stunde des Beamten. Beamtenreform und Reichsbeamtenverwaltung. — 8.00: Unterhaltungsmusik der Kapelle Barnabas von Gecp. Aus dem Hotel Eplanade, Berlin. — 8.30: Max Mehl liest aus eigenen Werken. — 8.55: Unterhaltungsmusik. — 9.20: Die Jagd nach dem Gold des Kapitlans Kid. Eine abenteuerliche Geschichte in sechs Fortsetzungen von Rudolf Schneider-Schelde. 3. Teil. Vom Südwestlichen Rundfunk. — 10.15: Wetter. Nachrichten. Sport. — 10.45: Seewetterbericht. Langmusik der Kapellen Paul Gohwin und Theo Balo. Aus der Femina, Berlin.

Dreslau 923 kHz / 325 m / 75 kW

6.15: Gymnastik. — 6.35: Frühkonzert des Philharmonischen Orchesters. Dirigent: Hugo Bucher-Riemann. Aus Berlin. — 8.15: Wetter. Gymnastik für Hausfrauen. — 11.15: Zeit. Wetter. Nachrichten. Wasserstände. — 11.30: Wetter. Staatsbürgerliche Erziehung des bayerischen Nachwuchses. — 11.50: Mittagskonzert der Dresdener Philharmonie. Vom Mitteldeutschen Rundfunk. — 1.05: Wetter. Schallplatten. — 1.45: Zeit. Wetter. Nachrichten. Börse. — 2.05: Schallplatten. — 2.45: Schallplatten und Reflame. — 3.10: Landwirtschaftliche Briefe. Nachrichten. Börse. — 3.35: Welche Aufgaben stellt die Grenzlandlage Schlesiens unserer Volksschulverbildung? — 4.00: Wochenschrift der katholischen Mission. Ein Bericht auf Schall von der Theosophischen Prophezei in der Jahrundertstunde. — 5.00: Die Sinfonie in der Geologie und in der menschlichen Überlieferung. — 5.20: Landwirtschaftliche Briefe. Wirtschaftliche Klaviermusik. — 5.50: Wie der Jagd vom Knecht Ruprecht in den Sack gesteckt wurde. — 6.10: Chansons. — 6.40: Konzert des Oberschlesischen Landes-theater-Orchesters. — 7.25: Wetter. — 7.30: Sinfonische Tänze. Geleitet von der Hamburger Philharmonie. Vom Norddeutschen Rundfunk. — 8.45: Nachrichten. — 8.55: Zu Unterhaltung und Tanz. Konzert der Breslauer Funkkapelle. — 10.15: Wetter. Nachrichten. Sport. — 10.40: Unterhaltungskonzert des Orchesters des Danziger Stadttheaters. Vom Ostmarken-Rundfunk.

Noch keine Klarheit in der Schulden-Frage.

Herriot vor der Kammer; er will nur mit Vorbehalt zahlen und gemeinsam mit England vorgehen. — Vor einer französischen Regierungskrise? — Das Lausanner Abkommen in Gefahr.

Unter ungeheurem Andrang des Publikums, das zum Teil keinen Einlaß fand, wurde gestern nachmittag die französische Kammer eröffnet, in der nach einer kurzen, vom Abg. Marin hervorgerufenen Geschäftsordnungsdebatte Ministerpräsident Herriot eingehend zur Schuldenfrage Stellung nahm. In der drängendsten Frage des Augenblicks: Sollen wir zahlen oder nicht? führte Herriot unter Hinweis auf die letzte englische Note und die entsprechende amerikanische Antwort aus, zweideutige Lösungen seien eines Landes wie Frankreich unwürdig. Deshalb sei die Zahlung auf Sperrkonto ausgeschlossen worden, ebenso die Möglichkeit der Überweisung von Bonds. Auch die Anrufung eines Schiedsgerichts komme vorläufig nicht in Frage. Für eine bedingungs- und vorbehaltlose Zahlung sei er nicht, er könne sich aber auch mit einer einfachen Zahlungsverweigerung nicht einverstanden erklären, da eine solche Geste im unangenehmsten Augenblick käme. Man müsse bedenken, welche Rückwirkungen die Zahlungsverweigerung auf die Vereinigten Staaten haben würde, wo jetzt schon die Haltung Frankreichs in gefährlicher Weise mißverstanden werde. Außerdem seien die Schuldenregelungsabkommen dann hinfällig. Herriot warnte auch vor der Gefahr, einen Keil zwischen England und Frankreich zu treiben, während doch Frankreichs gesamte Politik auf dem französisch-englischen Vertrauensabkommen aufgebaut sei. (Lebhafter Beifall.) Besonders maßgebend für seine Entscheidung sei jedoch gewesen, daß Frankreich die Respektierung der Verträge zum Grundfals seiner Politik erhoben habe. Wie könnte Frankreich bei den internationalen Konferenzen diese Politik verteidigen, wenn es den Begriff „Respektierung der Verträge“ zunichte werden lasse?

Auf einen Einwurf von rechts: „Und Deutschland?“ bemerkte Herriot: „Gerade Deutschland gegenüber haben wir uns stets auf den Standpunkt gestellt, daß die Verträge respektiert werden müssen, und ich darf es mir zur Genugtuung anrechnen, einen deutschen Reichsfunktionär in Lausanne zu derselben Auffassung gebracht zu haben. Bei der Ruhrbesetzung hat Frankreich sich auf die Verletzungen Deutsch-

lands gegen die Verträge berufen. Frankreichs Ehrenpflicht ist es, die ewigen Gesetze der politischen Moral zu verteidigen. Herriot betonte darauf, daß er nur mit Vorbehalt zahlen wolle, wenn er auch noch nicht wisse, mit welchem, da er gemeinsam mit England vorgehen wolle; er hoffe noch abends einen entsprechenden Text einbringen zu können, und werde deswegen vor den zuständigen Ausschüssen erscheinen.

Nach den beifällig aufgenommenen Ausführungen Herriots und einer kurzen Replik Marins beschloß die Kammer, sich auf Dienstag zu vertagen.

Das nach der Kammeröffnung erfolgte Erscheinen Herriots vor den vereinigten Kammerratschüssen für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten hat, wie weiter berichtet wird, noch keine Klärung über Frankreichs Haltung in der Schuldenfrage gebracht. Herriot soll in den Wandelgängen der Kammer erklärt haben, falls er am Dienstag keine Mehrheit erhalte, würde er in sein Ministerium eintreten, dessen Politik nicht den von ihm in der Kammer entwickelten Richtlinien entspreche.

In einer Rede des englischen Schatzkanzlers Chamberlain in Birmingham äußerte dieser u. a., es stehe im Augenblick nicht zur Debatte, von unseren Schuldnern irgendeine Zahlung zu verlangen, was aber nicht bedeuten soll, daß ihre Verpflichtungen getrichen sind. Sie sind lediglich ausgesetzt, und wenn es unglücklicherweise unmöglich sein sollte, das Abkommen von Lausanne zu ratifizieren, weil sich die Signatarmächte mit den Vereinigten Staaten über eine befriedigende Regelung der Schuldenfrage nicht zu einigen vermögen, dann werden wir zu dem Stand zurückkommen, der vor dem Hoover-Moratorium in Kraft war und unsere Rechte gegenüber unseren Schuldnern werden voll wieder aufleben.

Paris, 13. Dezember. Herriot bemüht sich, eine Schuldenformel zu finden, der die Mehrheit der Kammer ihre Zustimmung geben kann.

Ein Palast für 3.50 Mark zu haben!

In Glasgow fand die Versteigerung eines antiken Gebäudes mit 14 Zimmern, das Ganze umgeben von einem ausgedehnten Garten, statt. Das Haus gehörte zur Hinterlassenschaft des verstorbenen Baumwollmagnaten Coats, der es aber zu Lebzeiten niemals bewohnt hatte.

Zur Auktion waren nur wenige Leute erschienen, größtenteils Neugierige, die keineswegs daran dachten, das Gebäude zu erwerben. Trotz aller Anstrengungen des Auktionsators wurde auch nicht ein einziges Angebot abgegeben. Als das Protokoll über die fruchtlose Versteigerung schon geschlossen werden sollte, ertönte plötzlich die hohe Stimmstimme eines stillen Fräuleins. Die Dame bot fünf Schilling, das sind circa 3.50 Mark.

Alles Lächle über diesen offensichtlichen Scherz, nur der Auktionator nicht. Er bot tiefenst das Gebäude für fünf Schilling vorrichtigsmäßig aus, und da er kein höheres Angebot erhielt, schlug der Hammer zum dritten Male zu. Der Palast mit den 14 Zimmern und dem großen Gartenpark war das Besitztum des ertaukten Fräuleins geworden.

Aber alles hat gewöhnlich einen kleinen Haken, wenn es gar zu billig ist. So auch hier: das Gebäude befindet sich in einem vollkommen vernachlässigten Zustande und ist unbewohnbar. Die Kosten für die notwendigen Reparaturen würden Tausende von Pfund verschlingen. Nichtsdestoweniger ist für das Haus eine ungewöhnlich hohe Steuer zu entrichten. Und der Grund und Boden, auf dem das Gebäude steht, ist nur gemietet! Was übrigens eine oft gebräuchliche Gepflogenheit in England ist — das Fräulein hätte es wissen können. Beim Bau eines Hauses wird das Terrain häufig gar nicht gekauft, sondern auf 99 Jahre gemietet. Also tritt zur Haussteuer noch die recht erhebliche Grundstückssteuer. Das Fräulein aber ist, daß das Gebäude schon 97 Jahre alt ist, so daß der Grundeigentümer in zwei Jahren seinen Grund und Boden zurückverlangen wird. Was das Fräulein dann mit ihrem Palast, der in zwei Jahren buchstäblich zu einem Ruinenhaufen geworden sein wird, anfangen will, weiß niemand.

So kommt es, daß die etwas voreilige Dame mit ihrem neuen Besitztum nicht viel Freude hat. Es ist also durchaus möglich, sich dieses „herrliche“ Haus bei der nächsten Auktion für vielleicht noch billigeres Geld zu erwerben. m. b.

Verfälschter Zement!

Kürzliche Versuche haben bewiesen, daß die Bindekraft des Zements sich um 60 Prozent erhöht, wenn man Zucker beimischt. Natürlich zuckert man den Zement nicht mit einem Teelöffel, wie man das bei dem Kaffee gewohnt ist. Dem Bindemittel wird eine flüssige Zuckerslösung beigegeben. In

Italien, wo diese Versuche gemacht wurden, ist man jetzt dazu übergegangen, buchstäblich mit Zuckermischung die Bausteine der Häuser zusammenzufügen.

Interessant ist, wie man auf die Entdeckung kam. Ein Chemiker untersuchte das Baumaterial, das die alten Römer verwendet hatten. Dabei fand man unter dem Stoff, der die Steine miteinander verband, auch gewisse Teile von Zucker. Die alten Römer haben also ihre riesigen Bauten mit einer Beimischung von Zucker errichtet. Vielleicht erklärt diese Tatsache das Geheimnis der unglaublichen Dauerhaftigkeit der antiken Gebäude.

Verfügt den Zement — das wird die Parole der Bauweise der Zukunft sein!

Ein hartnäckiger Druckfehler!

Einer der hartnäckigsten Druckfehler schlich sich in eine in New York in deutscher Sprache erscheinende Zeitung ein. Dort war am 17. November zu lesen, daß für die gesellschaftlichen Abende eines deutschen Klubs die Herren Smith und Miller einige Lieder komponiert hätten. Zu lesen waren allerdings die Worte: „Lieder hatten komponiert die Herren Smith und Miller.“ Am nächsten Tage erschien eine Berichtigung. Es habe natürlich nicht heißen müssen: „Lieder hatten komponiert...“, sondern: „Lieder hatten komponiert die Herren Smith und Miller.“ Auf den erneuten Protest dieser Herren erschien am nächsten Tage wieder eine Berichtigung. Es habe nicht heißen müssen: „Lieder“, auch nicht „Lieder“, sondern „Lieder“.

Dahin... und: „Wir bitten, diesen Druckfehler gütigst zu korrigieren.“

Benutzt die Mittags-D-Züge!

Austritt eines Ministerkandidaten aus der SPD.

Mainz, 13. Dezember. Der ursprünglich als Badischer Innenminister in Aussicht genommene Dr. Krauß in Mainz hat seinen Austritt aus der SPD. erklärt. In einem Schriftsatz begründet er diesen Schritt damit, daß ihm die politische Haltung der badischen Sozialdemokratie, die durch die Ablehnung des Kontraktbates die badische Koalition gesprengt habe, das Weiterverbleiben in der Sozialdemokratischen Partei unumgänglich mache.

Feuergefecht mit Geldschrank-Anadern.

Berlin, 13. Dezember. Zwischen Polizeibeamten und Geldschrank-Anadern, die in die Tepler Sparkasse eingebrochen waren, kam es zu einem Feuergefecht. Ein Polizeibeamter wurde verletzt, die Einbrecher entkamen.

Vertrams Flugzeug beschädigt.

Sorabaya (Java), 13. Dezember. Als der deutsche Flieger Vertram heute (Dienstag früh) 4 Uhr zum Weiterflug zu starten versuchte, gelang es ihm nicht, das schwer beladene Flugzeug hochzubringen. Das Flugzeug rannte in einen Graben am Ende des Flugfeldes. Das Untergerüst und der Propeller zerbrachen. Vertram und sein Mechaniker blieben unverletzt. (Siehe „Tages-Nachrichten“ aus aller Welt).

58 000 Tote?

Die chinesische Delegation in Genf veröffentlicht Zahlen über die Verluste durch japanische Artillerie, Luftangriffe, Raubzüge, Brandbomben usw. Danach sind seit dem 18. Dezember 1931 bis zum 5. Dezember d. J. in der Mandchurei getötet worden: 12 026 Zivilpersonen, 20 214 Soldaten, 890 Polizisten, 25 618 Freiwillige, zusammen also rund 58 000 Menschen!

Polizeistunde am Heiligen Abend.

Von Arbeitnehmerseite ist die Festsetzung der Polizeistunde für den Heiligen Abend auf 19 Uhr angeregt worden. Die der Amtliche Preussische Pressedienst einem Rundschreiben des Preussischen Innenministeriums an die Polizeibehörden entnimmt, kann eine derartige Regelung aus grundsätzlichen Erwägungen nicht in Frage kommen. Die Polizeibehörden werden jedoch angewiesen, im Interesse der verheirateten Arbeitnehmer durch Verhandlungen mit den örtlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen dahin zu wirken, daß die verheirateten Arbeitnehmer im Gastwirtsberuf am Heiligen Abend nach Möglichkeit von 19 Uhr ab von ihrer Arbeit freigestellt werden. Sollte daneben eine Polizeistundenvorverlegung in geringem Umfang für erforderlich gehalten werden, so bestehen dagegen keine Bedenken.

Urteil im Osteroder Bombenlegerprozeß.

Osterode (Ostpreußen), 12. Dezember. Im Bombenlegerprozeß gegen 14 Nationalsozialisten wurde heute abend das Urteil gefällt. Das Gericht sprach die Angeklagten Zuchthaus, Kerker, Zucht und Arzthaus frei und verurteilte Hans Oltha wegen groben Unfugs und Diebstahls zu 2 Jahren und 6 Wochen Gefängnis, Emil Gierke wegen derselben Vergehen sowie wegen Meineids zu insgesamt 2 Jahren und 4 Monaten Gefängnis und 6 Wochen Haft, Alfred Schlegel zu 2 Jahren Gefängnis und 6 Wochen Haft, Bernhard Schwan ebenfalls zu 2 Jahren Gefängnis und 6 Wochen Haft und eine Reihe weiterer Angeklagter zu geringeren Gefängnisstrafen.

Die Angeklagten hatten bekanntlich in der Nacht zum 9. August vor dem jüdischen Kaufhaus Lonsky eine aus einem Denkmäl auf dem Ehrenfriedhof Dröbnitz herausgebrochene und mit Pulver gefüllte Granate niedergelegt. Nur durch das zufällige Vorbeikommen eines Kellers waren die Täter verhindert worden, so daß die Explosion nicht erfolgte. Die Angeklagten hatten den Standpunkt vertreten, daß sie den jüdischen Inhaber des Kaufhauses lediglich durch den Krall einen Schreck hätten einjagen wollen, während der Staatsanwalt ein Attentat unterstellt und hohe Zuchthausstrafen beantragt hatte.

GDV. gegen Herabsetzung der Lehrlingsvergütung.

Nach Mitteilung des Gewerkschaftlichen Presse-Dienstes fällt unter den von der Arbeitgeberseite geäußerten Wünschen bei Tarifverhandlungen neben anderen besonders das Verlangen auf Herabsetzung der Vergütung für Lehrlinge auf. Die amtlichen Schlichtungsorgane seien bei ihren Schiedssprüchen auch auf diese Forderungen eingegangen.

Der GDV. wandte sich deshalb an das Reichsarbeitsministerium mit dem Ersuchen, darauf hinzuwirken, daß eine Herabsetzung der Lehrlingsvergütung bei den Tarif- bzw. Schlichtungsverhandlungen unterbleibe, um damit einer großen Gefahr für den beruflichen Nachwuchs zu begegnen.

Eine ausreichende Lehrlingsvergütung sei u. a. notwendig, um auch den befähigten Kindern armer Eltern den Weg in die Angestelltenberufe offen zu halten. Ein Abbau bzw. gar eine Streichung der Lehrlingsvergütung liefte nur der Lehrlingsgüterlei erheblichen Vorschub. Letztere würde sich in jeder Hinsicht auch zum Schaden der gesamten Angestelltenchaft aus. Die starke Finanzschwäche der Lehrlinge in der gegenwärtigen Krisenzeit rechtfertige aber eine Herabsetzung ihrer Vergütung. Monats-Bezüge von 10 RM. und 15 RM. wären absolut nicht angemessen. Sie reichen in den Großstädten kaum zur Bestreitung des notwendigen Fahrgeldes etc. aus.

Auf dem städtischen Grundstücken Niederstraße 87a (früher Schiller) sind zwei günstig gelegene Speicherräume vom 1. Januar 1933 ab zu vermieten. Angebote sind bis zum 20. Dezember d. J. an den Magistrat, Rathaus Zimmer Nr. 8, zu richten. Magistrat Grünberg, 10. 12. 32.

Amtliche Bekanntmachung der Stadt Rothenburg-Oder.
Finanzprüfungsamt.
Der nächste Finanzprüfungsamt findet hier selbst am Mittwoch, dem 14. Dezember d. J., im unteren Sitzungszimmer des Rathauses anlässlich des Krammarktes statt. Rothenburg-Oder, den 12. Dezbr. 1932. Der Magistrat. J. B. Paulig.

Amtliche Bekanntmachung der Stadt Freystadt N.-Schl.
Öffentliche Mahnung.
Die Grundvermögens- und Haussteuer für den Monat Dezember 1932 sowie die Bürgersteuer für 1932 ist zur Vermeidung der Zwangsversteigerung bis zum 15. Dezember 1932 zu entrichten. Stadthauptkasse Freystadt N.-Schl.

Amtliche Bekanntmachung der Stadt Züllichau.

Gefunden
wurde ein Fahrradgestell zu einem Damenfahrrad. Marke: Opel, Nummer: 1 007 381. Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Jetzt am billigsten
das gute Edelweißrad und die Edelweiß-Nähmaschine. Katalog gratis und franko von Edelweiß-Decker, Deutsch-Wartenberg 2.

Früh vom westl. u. hannov. Züchter, liefere Ferret u. Züchter von 20-100 Pfd. zu 38 Pfg. pro Pfd., ab hier per Nachnahme. Für einwandfreie Lieferung bürgt meine Person. Garantie 6 Tage nach Empfang. Verpackung von 2-4 Stück 1 RM., 5-10 Stück 2 RM. Chr. Fortkord, Schloss-Holte 154 I. Westl.

Guterhaltene Selbstschaltelpeferd und goldschwarze Peferd
Schertendorferstr. 22, I.

Junger tüchtiger westfälischer Konditor- und Bäckergehilfe,
im 22. Lebensjahre, in ungetragener Stellung, in beiden Fächern die Gehilfenprüfung mit „Gut“ bestanden, Schüler der berühmten Internationalen Konditorenfachschule in Köln a. Rhein, Spezialist in Wiener Keks und fe. Torten, sowie in Schanzenherarbeiten, sucht gestützt auf gute Zeugnisse, zum 15. Januar oder 1. Februar, evtl. auch früher, Stellung. Lohn nach Uebereinkunft. Gest. Angebote erbittet Hanns C. Römer, Scherberg i. Schl., Breslauer Straße 36, ptr.

Zuverl. Person
i. d. d. Bezirksfiliale als Generalvertr. ges. hoh. dauernd. Verd. Beruf gl. (kostenl.) Gehring & Co. G.m.b.H. Unkel/Rhein 584

Suche Baden mit Wohnung
Verkehrsstraße bevorzugt. Off. n. C Z 322 an die Gesch. d. Bl.

Hausgrundstück
mit Garten, inmitten der Stadt gelegen, sofort zu verkaufen. Offerten unt. CW 321 an die Exped. dieses Blattes.

Goldfischer!
Hypothek auf Landwirtschaft, 1500 RM., vom Selbstgeber gesucht. Offerten unt. D A 323 an die Exped. dieses Bl.

Radio
4 Röhren - Batterie billig zu verkaufen. Zu erfrag. in der Expedition d. Bl.

Einfach möbl. Zimmer
sep. Eing. m. 2 Betten an 2 Herren od. Damen jst. zu verm. Zu erfr. in d. Exp. d. Bl.

Chronische Krankheiten,
auch Flechten, auch Handflechten, welche bislang nicht abheilen wollten, behandelt mit Erfolg **Wulf Rabe,** Privatgelehrter der Heilkunde, Sorau N.-L., Thurmstraße 3. 9-12 und 4-6.

Empfehle trodenes tief. Brennholz,
gef. 3tr. 1,60; Scheite, gef. 3tr. 1,80. **Kurt Kuba,** Mittelstraße 3. Lieferung frei Haus.

Guterhaltene Konzertflöte
zu kaufen gesucht. Angeb. unt. DG 325 an die Exped. d. Bl.

Roche-maschine
zu kaufen gesucht. Zu erfrag. in der Expedition d. Bl.

STADTTHEATER

750

Nur 3 Tage! Dienstag bis Donnerstag!



**Ein
unverblin
fiemor**

Eine Tonfilm-Operette

mit

Gustav Fröhlich, Lien Deyers,
Anny Ahlers, Ernst Verebes.

Musik: Bruno Granichstaedten.

Ein Tonfilm aus der Welt des Tonfilms!

Sie werden Zeuge von echten Tonfilm-Aufnahmen in einem großen Berliner Tonfilm-Atelier. Sie erleben das Entstehen eines großen Tonfilms, und Sie verfolgen den Lebensroman eines kleinen Mädchens, das zum Film kommt und ein Star werden will.

Im Beiprogramm:

An oberbayrischen Seen.
Es wird geheiratet.
Ein Lustspiel mit Szöke Szakall.

Täglich 6 und 8 1/2 Uhr.

Dienstag, 3 1/2, und Mittwoch, 3 1/2: Letzte Vorstellungen.

Der weiße Dämon. („Rauschgift.“)

Schenk von Rothe

Schenke praktisch!

Fischbach-Raffee die Festmischung
in der neuen

Zierdose 1/2 Pfund 1,20, 1,40, 1,60 und 1,80 RM.

wird jeder Hausfrau Freude bereiten.

Otto Rothe, Ring 21/22

Schöne Weihnachtsgeschenke



in größter Auswahl zu vor-
teilhaften Preisen!

Kleiderstoffe in Wolle und Seide
in den modernsten Geweben.

Waschsamte glatt und gemustert.

Oberhemdenstoffe
in dezenten Mustern.

Stoffe für Schlafanzüge und Morgenröcke
Besonders preiswert: Bettbezüge, Bettlaken,
Damast-Tischtücher und Künstlerdecken.

Web- und Manufakturwaren

Inf. A. Niemietz, Oberstr. 1a, gegenüb. v. Kaufmann Sigusch.

Vergessen Sie nicht, die Gutscheine einzulösen!

Letzter Termin: 20. Dezember.

Goldfische, Zitronenfische, Zwerghelpe
Pflanzen und Fischfutter
eingetroffen

Erich Maeuer,
Niederstraße 9.

Hausordnungen
u. Mietverträge
empfiehlt die
Geschäftsstelle
des Grünberger
Wochenblattes.

Herzlichen Dank

allen, die uns anlässlich unseres
goldenen Ehejubiläums durch
Gratulationen und sonstige Auf-
merksamkeit beehrten.

Ernst Schulz und Frau
Scherndorfer Str. 19a.

Gastwirtsverein.

Donnerstag, den 15. 12., nachm. 4 Uhr:

Monatsversammlung

bei Kollegen Tischen.

Ortsausschuß für Jugendpflege.

Die Kinovorführung findet am
Donnerstag, dem 15. d. M., pünktlich
nachm. um 8 1/2 Uhr im Stadttheater
statt. Der Eintritt ist nur gestattet gegen
Vorzeigung der den amtlichen Stellen
und den Vereinen zugehellen Einlaß-
karten. Dienstadt, 1. Vorl.



Schlafanzüge

bürgerten sich in den letzten
Jahren immer mehr ein. Sie
werden nicht nur von Damen
und Herren getragen, sondern
sind besonders für Kinder jeden
Alters außerordentlich beliebt. In
vielen hübschen Farben vorrätig.

Kinder-Schlafanzüge

Trikot, indanthrenfarbig 1 75
..... 2,50 2,00

Damen-Schlafanzüge

Batist, m. langem Arm 2 25
4,95 2,65

Herren-Schlafanzüge

aus weichem Flanell u.
indanthr. Stoffen 5 25
..... 7,75 6,50

H.O. Schultz

Bettbezüge

Bettlaken

Inletts

und viele praktische Geschenke
jetzt billig!

Als Weihnachtsgeschenk
10% Rabatt in Waren

Kaufen Sie jetzt im Wäschehaus

Th. Hildebrandt

Berliner Str. 4, gegenüber „Reichsaber“

Mittwoch von 9 Uhr an:

Wellfleisch mit Brühe,

nachmittags 5 Uhr:

Warmen Backsinken

Wilhelm Heptner,

Burkgeischäft

Heute frische Gutslebertwurst

in bekannter Qualität und Güte.

Mittwoch und Sonnabend

weiße und Thüringer Bratwurst
empfehlen Jos. Baumann, Niederstraße 40.

Für die vielen Beweise der Liebe, Verehrung und
Wertschätzung bei dem Hinscheiden und der Beer-
digung unseres lieben Heimgegangenen, des Rentners

Reinhold Heinrich

die uns in Wort, Schrift und Kranzspenden über-
mittelt wurden, sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Grünberg i. Schles., den 13. Dezember 1932.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die zahlreichen Beweise der Teilnahme
bei dem Hinscheiden meiner geliebten Gattin,
Mutter und Tochter sagen wir allen, auch Herrn
Pastor Wackwitz, unsern

besten Dank.

Grünberg, den 13. Dezember 1932.

Otto Werner nebst Kindern
und Angehörigen.

Weihnachts- Lotterie

Ziehung 20. u. 21. Dezember
135516 Gewinne u. 2 Prämien
im Werte von RM
450000
Los 50 Pfg.
Glücksbrill 5 RM
mit 10 Losen sortiert
aus verschied. Tausenden
Porto und Liste 30 Pf.
In allen d. Plakate kennl. Verkaufsstellen u. durch
H. C. Kröger & Berlin W8
Friedrichstr. 192-193
Fernsprecher: A 1 Jäger 2233
Postcheck Berlin 215

Herbin-Stodin

unübertroffen bei starken
Kopfschmerzen
Rheuma-, Muskel- u. Ner-
venschmerzen. Ganz un-
schädlich. Verlangen Sie
daher in der Apotheke nur
Herbin-Stodin u. Sie werden
angenehm überrascht sein.
H. O. ALBERT WEBER, MAGDEBURG

Großer Weihnachtsverkauf in Oderbrucher Bettfedern

Niesenauswahl, fabelhaft billige Preise,
und noch

10% Extra-Rabatt!

Helene Gielisch,

Neutreppe im Oderbruch, Filiale
Grünberg, Am Oberlyzeum 8.

1 Nähmaschine, versenkbar, vor- u. rück-
wärts, RM. 130.—, 1 geb. Nähmaschine
RM. 15.—, 1 Parlophon-Musikschrank, neu
mit Platten, RM. 60.—, 6 Volt-Dynamos,
kompl. Beleuchtungen von RM. 9.— an.
Alb. Grätz, Maugschberg.



Mittwoch, 14. 12. 32,
20.30 Uhr,
Schwarzer Adler:
Jahres-
hauptversammlung.

**Mende-
Radio**
der Begriff
für höchste
Qualität

Frachtbrieft
sind zu haben in der
Geschäftsst. d. Wochenblattes.

Empfehle:
Junges
Hammelfleisch
fr. Giltoteletts.
Gerhard Adler,
Fleischermeister.

Modellschlitten-
Rufen

1,20 m lang 2,00 M
1,40 m lang 2,30 M
1,60 m lang 2,60 M
Schneeschuhe äußerst
preisw. zu verkauf.
Breslauer Str. 25.

Rief. Scheitholz,
auch gefügt, liefert
billigst
A. Klopsch Nachf.
Seilerbahn.
Fernruf 146!

Billige
Bettbezüge
Inletts
Bettlaken
Bischtücher
Handtücher
Tischdecken
usw.
bei

Gabler

Beachten Sie
meine
4 Fenster

ABSO

die sicherste Hilfe
für

Bruchleidende

Zur kalten Jahres-

zeit: Katzenfelle,

Rheumawolle,

elektr. Heizkissen,

Wärmeliebkissen,

Gummiwärmflaschen

Leibwärmer,

Einlegesohlen

Sanitätshaus

H. Andorff

Berliner Straße 8.

Zur Schlacht- zeit

Einkochgläser

1/2 3/4 1 1

30 33 35 3

7 1/2 2 1

38 3 40 3 kompl.

Schmalz- und

Fleischöpfe

1 1 1/2 2 3 1

15 18 28 30 3

4 5 1/2 7 1/2 9 1

55 70 95 120 3

11 13 17 20 1

1.45 1.70 2.20 2.60

Otto Hoffmann
Glas, Porzellan.



V. G. S.

Mittwoch, d. 14. d. M.,

20.15 Uhr im Walfisch:

Berammlung

d. Fußballabteilung.

Zwangs- versteigerungen

Es sollen öffent-
lich meistbietend ge-
gen sofortige Bar-
zahlung versteigert
werden:

Mittwoch, d. 14. d. M.,
um 10 Uhr im Gol-
denen Frieden:

1 Standuhr,
1 Drehbank,
4 Metallbettstellen
mit Matratzen,
1 Post. Filzschuhe,
Bürschenzüge,
1 Sofa,
1 Jagdschrank,
1 Regulator
u. a. m.

Hentschel, Ober-
gerichtsvolkzieher.

Am Mittwoch, dem
14. Dezbr. 1932, vorm.
10 Uhr, „Goldener
Frieden“:

1 Registrierkaffe
1 Klavier
1 Motorrad
1 Schreibmaschine
2 Räder
verschied. Möbel
1 Verkaufsbude
1 Herrenpelz
1 Schnellwaage
u. a. m.

11.30 Uhr:

1 Posten Möbel
Ort der Versteige-
rung wird in der
Pfandkammer be-
kannt gegeben.

Schannwell, Ob-
gerichtsvolkzieher,
Breite Straße 48.

Am Mittwoch, dem

14. Dezbr., 10 Uhr,

im „Gold. Frieden“:

1 elektr. Klavier
1 neue Zentrifuge
„Union“
1 Klavier
1 Registrierkaffe
1 Vertigo
1 Spiegel mit
Unterlag und
verschied. Textil-
waren.

11 Uhr ebenda:
durch freiwillige Ver-
steigerung

1 Mandoline
1 Zither u. 1 Zieh-
harmonika u. a. m.

Müller, G. B. fr. A.

Lattwiese 10b.

Um 10 Uhr in Kon-
topp, vor d. Amts-
gericht:

1 Sofa, Möbel,
1 Schüßenschieß,
1 Pferd, 1 Wagen,
1 Rundfunkappa-
rat m. Lautsprecher.

Um 11 1/2 Uhr in

Kern, Gasthaus:

1 Herrenfahrrad.

Um 18 Uhr in Grün-
wald, Gasthaus

Gräß:

1 Rundfunkappa-
rat m. Lautsprecher,
1 Schreibisch.

Hänelt, Ober-
gerichtsvolkzieher
in Frankfurt.

Weinausschank

Eckardt, Krautstr. 48.

Kirchl. Nachrichten.

Evangelische Kirche

Vibelstunden

Mittwoch abend 7:

Kühnau,

7 1/2: Heinersdorf.

Donnerstag 7 1/2:

Wittenberg und um

8 im Herbergsaal.

Verantwortl. für Poli-
tiz. Tages-Nachrichten aus
der Welt, Politik und
feuilleton Richard Kern
für Provinz, Volks- und
Landwirtschaft und Sport
Wittr Strepel. Für die
Literatur verantw. d. w. t. t.
August Schmid. Sämtlich
in Grünberg.

Druck und Verlag von
W. Ledwonn, Grünberg.

Hierzu zwei Beilagen